Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

FLZ Nr.4-2013
Jahrgang 34
Dezember 2013

FLZ

ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

SPD, Grüne: Kein Politikwechsel.
Wir haben uns anders entschieden.

Verfallsdatum 23. 09. 2013
Aus dem „Regierungsprogramm" der SPD 2013 – 2017

„Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung." (6)

„Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren." (8)

„Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum – die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa." (9)

„Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige. ..." (12)

„Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft." (66ff)

Verfallsdatum 23. 09. 2013
Wählen Sie am 22. September 2013 den Wechsel in Hessen

Dieser Wechsel braucht starke GRÜNE. Und für diesen Wechsel brauchen wir Sie. Wählen Sie Schwarz-Gelb klipp und klar ab, schicken Sie die Herren Bouffier und Hahn in die Opposition. Ohne Ihre Stimme wird der Wechsel scheitern, denn wer den Wechsel will, muss ihn wählen. Und eine Stimme gegen Schwarz-Gelb allein ist noch keine Stimme für einen Wechsel, das haben wir in Hessen bei der Landtagswahl 2008 schmerzvoll erfahren. Nur eine Stimme für die GRÜNEN ist eine sichere Stimme für den Wechsel, für die Abwahl der schwarz-gelben Regierung und gegen eine große Koalition aus CDU und SPD.

Gerechte Steuerpolitik
Staatliche Leistungen und Aufgaben bedürfen einer angemessenen und gerechten Finanzierung durch alle in der Gesellschaft. Steuerpolitik ist deshalb immer auch eine Aussage dazu, wie gerecht es in der Gesellschaft zugeht. Wir wollen die unteren Einkommen durch die Anhebung des Grundfreibetrages entlasten und den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen. Mit einer Vermögensabgabe für Millionäre wollen wir die Schulden aus der Finanzkrise abbauen und mit der Besteuerung großer Erbschaften mehr Investitionen in Bildung ermöglichen. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wir werden Steuerhinterziehung und Steuerstraftaten konsequent bekämpfen. Steuerabkommen mit anderen Ländern, die kriminelle Steuerhinterzieher besserstellen als die ehrlichen Steuerzahler, lehnen wir ab.

(Grünes Regierungsprogramm 2014 – 2019 Hessen)

Wahlbetrug!

Knebelungsgesetz zurücknehmen!

Der GEW Landesvorstand hat am 28. 11. 2013 beschlossen, die hessische SPD, die Linke und insbesondere die Grünen aufzufordern, nach Konstituierung des neuen Landtags das erst im Juni d.J. von CDU und FDP beschlossene Gesetz zur Ausführung von Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 141-Gesetz sowie zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung) wieder zurückzunehmen und ggfs. neu zu fassen.
Dieses Gesetz lässt einer Landesregierung keinen Spielraum, wie sie das sogen. „strukturelle Defizit" bis 2020 abbaut. Die Einnahmenseite wird überhaupt nicht erwähnt. Vielmehr verpflichtet dieses Gesetz, bereits ab 2015 jedes Jahr 20% des o.g. Defizits abzubauen. Das wären bei dem angenommenen Defizit von 1,5 Mrd. rund 300 Mio. Euro, was wiederum dem Abbau von mindestens 6.000 Arbeitsplätzen beim Land Hessen entsprechen würde.
Dieses Knebelungsgesetz wurde noch im Juni von Linken, SPD und den Grünen abgelehnt, u.a. wegen der fehlenden Einnahmenseite.
Die ersten bekannt gewordenen Kürzungs- und Stellenabbaupläne von Schwarz-Grün in Hessen zeigen, wie dringend es ist, dieses Ausführungsgesetz zurückzunehmen. Die drei Parteien, die es im Juni 2013 abgelehnt haben, verfügen im neuen hessischen Landtag über eine ausreichende Mehrheit!

Protest gegen befristete Arbeitsverhältnisse auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am 28. 11. 2013

Protest von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen an der Uni Frankfurt

Auf 25 Angestellte mit einem befristeten kommt nur eine Person mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag!

Autonomie ohne Sicherheit? Symposium an der Goethe-Universität diskutiert über Zukunft der Stiftungsuniversität. Zeitgleich Protest von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen.

Am Donnerstag protestierten auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt über hundert Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen und für eine Regulierung befristeter Arbeitsverträge. Anlass war ein Symposium, zu dem führende Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik anreisten, um über den Erfolg autonomer Universitäten zu diskutieren.

Zum Symposium „Die autonome Universität – ein Erfolgsmodell?" kamen auf Einladung der Goethe-Universität und der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung neben den Präsidentinnen und Präsidenten aus Frankfurt, München, Göttingen, Berlin und Friedrichshafen namhafte Politiker wie Thomas Oppermann – Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Sie diskutierten den ganzen Tag über Chancen und Risiken des fortschreitenden Autonomieprozesses an deutschen Hochschulen.

Vor dem Eingang des Symposiums protestierten zu Beginn über hundert Beschäftigte für bessere Arbeitsbedingungen und für eine Regulierung befristeter Beschäftigung an der Goethe-Universität Frankfurt. Mit 26 roten Pappaufstellern symbolisierten sie das Verhältnis zwischen befristet und unbefristet angestellten Mitarbeitern, hielten Schilder und Transparente hoch. Die Aktion ist gleichzeitig der Beginn der GEW-Unterschriftenaktion „Sichere Perspektiven schaffen". Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen hatte auch zu dem Protest aufgerufen.

Zu den Fakten: Nach Angaben des statistischen Landesamtes ist der Anteil der unbefristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter im Zeitraum 2007 bis 2012 von 11,6 auf 8,2 Prozent gesunken. Ohne die verbeamteten Mitarbeiter ist es noch dramatischer: Auf 25 Angestellte mit einem befristeten kommt lediglich nur eine Person mit einem unbefristeten Arbeitsvertag. Parallel dazu stieg in den letzten zehn Jahren die Anzahl der befristet Beschäftigten um über 140 Prozent.

„Die gegenwärtige Befristungspraxis an der Goethe-Universität ist für uns nicht weiter hinnehmbar. Selbst wenn Verlängerungen möglich wären, wird der vorhandene Spielraum nicht genutzt", so Simone Claar, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und Mitglied des Personalrats.

Tobias Cepok, Referent für Hochschulen der GEW, fasste zusammen: „Mit unserer gelungenen Aktion fordern wir vom Präsidium einen ernsthaften Dialog über Mindeststandards für Gute Arbeit an der Goethe-Universität Frankfurt. Zum Beispiel könnten Mindestvertragslaufzeiten oder ein Mindeststellenumfang bei Neuausschreibungen vereinbart werden."

Ebenfalls kam Kritik von den Studierenden. AStA-Vorsitzender Daniel Katzemeier begrüßte den Protest der Beschäftigten und bilanzierte: „Die autonome Universität führte zu einem Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte. Nicht nur die Beschäftigten haben weniger Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch wir als Studierendenvertreter können uns schwerer für gute Rahmenbedingungen in der Lehre einsetzen."

Pressemitteilung der GEW Hessen vom 28.11.2013

Tobias Cepok, Referent für Hochschulfragen und Jugendbildungsreferent

Weitere Ziele aus dem **„Regierungsprogramm“ der SPD 2013 – 2017** (Auszüge) – **gestrichen**

Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. ***Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.“*** Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. (42f)

(…)

Wir wollen im Rahmen eines ***zweiten Ganztagsschulprogramms*** aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagsschule wirklich heben und mit Leben füllen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagsschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen. Wir werden deshalb zunächst dafür sorgen, dass die von uns im ***Bildungs- und Teilhabepaket 2011*** durchgesetzten Bundesmittel auch zukünftig zur Verfügung stehen, damit die eingesetzten Schulsozialarbeiter ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. (43f)

(…)

Der weitere Ausbau der öffentlichen ***Bildungsinfrastruktur*** und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind …

Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland. (44f)

(…)

Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagsschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. (53)

Verfremdetes Wahlplakat aus dem Wahlkampf 2013

Ansprüch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der ***Einkommens- und Vermögensverteilung*** geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die ***Vermögensteuer*** auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen.

(…)

Auch bei der ***Besteuerung von Erbschaften*** steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten.

(…)

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die ***Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent*** erhöhen. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

Wir wollen eine ***Finanztransaktionssteuer*** mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen.

(…)

Wir streben deshalb einen ***Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland*** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems.

Teil des Paktes ist daneben die ***Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.***

(…)

Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u.a. durch ***Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds*** finden.

Im ***Kampf gegen Steuerhinterziehung*** und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. (25)

(…)

Wahlbetrug!

Grünes Regierungsprogramm 2014 – 2019 für Hessen (Auszüge) – **gestrichen**

Wer Wahlkampfslogans so ernst meint, sollte über Politikverdrossenheit nicht klagen

Reform des Länderfinanzausgleichs

Wir wollen einen solidarischen Länderfinanzausgleich, der die strukturschwachen Regionen angemessen unterstützt, ohne die Geberländer über Gebühr zu belasten. Die Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich kann den notwendigen Handlungsdruck für Veränderungen gegenüber den Nehmerländern erhöhen. Dafür muss sie gut und solide gemacht und mehr als ein Wahlkampfmanöver sein. Wir wollen ein einfaches, überschaubares und dadurch gerechteres Ausgleichssystem schaffen. Ein entsprechendes Konzept haben wir gemeinsam mit anderen Landtagsfraktionen vorgelegt. Eigene Anstrengungen der Länder, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen, müssen sich für sie lohnen und dürfen nicht sofort im Finanzausgleich verschwinden. Die fiskalische Eigenverantwortlichkeit der Länder wird auf diese Weise erhöht und die Basis ihrer Steuereinnahmen verbreitert.

Kommunaler Finanzausgleich und kommunale Abgaben

Wir werden zu einer fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen zurückkehren. Beide brauchen genügend Einnahmen, um ihre Aufgaben für unser Gemeinwesen erfüllen zu können. Die Finanzlage von Landes- und kommunaler Ebene ist dramatisch, die Verschuldung exorbitant hoch. Mit einem einfachen Umverteilen von der einen Ebene auf die andere ist es nicht getan. Es ist eben so, dass der eine nackte Mensch dem anderen nicht in die Tasche greifen kann. Wir brauchen eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Der Kuchen des kommunalen Finanzausgleichs ist sowohl zu klein als auch die einzelnen Stücke ungleich verteilt. Es ist sowohl die Finanzverteilung zwischen Land und Kommune neu zu regeln als auch die Verteilung zwischen den Kommunen.

Die von Schwarz-Gelb abgeschafften kommunalen Instrumente zur Einnahmeverbesserung und Steuerung, wie die Fehlbelegungsabgabe oder die Stellplatzablöse, wollen wir den Kommunen wieder zur Verfügung stellen.

Nachhaltige und geschlechtergerechte Haushaltspolitik

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist mehr als sparen. Daher werden wir die Investitionen in die Zukunft vor allem in den Schwerpunkten Umwelt, Bildung und Soziales spürbar erhöhen und ihnen Priorität einräumen. Eine intakte Umwelt und exzellente Bildung sind das wichtigste Kapital, das wir der nächsten Generation übergeben können.

Der Landeshaushalt ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und neu auszurichten. Den Ansatz des Gender-Budgetings werden wir schrittweise auf den gesamten Haushalt ausdehnen.

Man glaubt es kaum: Offizielles Wahlplakat der SPD bis 22. 09. 2013. Will man Politikverdrossenheit bewusst erzeugen, damit es sich leichter regieren lässt?

Der GEW-Bezirksverband Frankfurt hofft auf die Nutzung der Mehrheit für einen Politikwechsel.

Wir alle haben es verdient.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den Wahlprogrammen von SPD, Grünen und Linken haben wir eine große Schnittmenge für einen echten Politikwechsel in Hessen gesehen, der durch die Landtagswahl auch möglich geworden ist.

In der Bildungspolitik sind für uns die folgenden Punkte besonders wichtig:

- Wiederherstellung des HPVG in der Fassung von 1999 nach dem Gesetzentwurf des DGB von 2008. Das kostet kein Geld und würde ein Signal für die Mitbestimmung setzen.
- Auflösung des überflüssigen Verwaltungswasserkopfes „Landesschulamt“. Das spart sogar Geld.
- die Reduzierung der Belastungen im Lehrerberuf, mit einem verbindlichen Zeitplan für die Rückkehr der Beamtinnen und Beamten zur 40-Stunden-Woche, der auch die Lehrkräfte zeitnah einschließt, sowie die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder.
- eine Inklusionspolitik, die diesen Namen verdient; d.h. Streichung des Ressourcenvorbehalts und keine Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen gegenüber dem bisher in Hessen praktizierten „Gemeinsamen Unterricht“.
- Rücknahme und Verbesserung des KiföG.
- einen verbindlichen Zeitplan zur Beendigung des Unwesens der befristeten Verträge in Schulen und Hochschulen.
- eine Abkehr von der Ökonomisierung von Schule, insbesondere Beibehaltung der Zuweisung von 100% der notwendigen ausgebildeten Lehrkräfte an die Schulen durch das Kultusministerium plus einer Vertretungsreserve.
- Die Sicherung der nötigen Einnahmen für einen Politikwechsel durch die Vereinbarung von Gesetzesinitiativen für die Aktivierung der Vermögensteuer und anderen Steuern, die Länder und Kommunen in den Stand setzen, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Umverteilung von unten nach oben zu beenden. Dazu gehört auch die Verstärkung von Betriebsprüfung und Steuerfahndung.

In diesem Zusammenhang fordern wir Sie dringend auf, dafür zu sorgen, dass auch im Bundestag eine Mehrheit zur Sicherung der nötigen Einnahmen für einen Politikwechsel zustande kommt. Die Äußerung des SPD-Vorsitzenden Gabriel von heute, wonach Steuererhöhungen nicht zum „Kernbereich“ der Forderungen für Koalitionsgespräche gehören, lassen uns aufhorchen!

Wir fordern Sie dringend auf, Ihren Einfluss für einen echten Politikwechsel im oben beschriebenen Sinne geltend zu machen.

Brief des GEW BV FFM an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und Linken im hessischen Landtag vom 06. 10. 13

Aufruf der GEW **zu den Koalitionsverhandlungen von SPD, CDU und CSU**

Meldungen, wonach eine andere Steuerpolitik nicht mehr zu den Kernpunkten der SPD für die Koalitionsverhandlungen gehöre, hat den GEW Bezirksverband Frankfurt veranlasst, von seiner heutigen Sitzung aus den folgenden dringenden Aufruf an die SPD sowie die Öffentlichkeit zu richten.

Die Steuerpolitik ist der Dreh- und Angelpunkt für den Abbau der sozialen Spaltung, der Ungerechtigkeit in den Vermögens- und Lebensverhältnissen und der Defizite in Bildung, Infrastruktur, Sozialpolitik und der Schuldenprobleme von Bund, Ländern und Kommunen.

Wenn in den Koalitionsverhandlungen dieses Thema ausgeklammert oder in seiner Bedeutung herabgestuft wird, kann man das Bundes-„Regierungsprogramm“ der SPD schreddern (wie der Anhang belegt).

Gleichzeitig wären damit auch die Aussichten in den Bundesländern katastrophal.

Die hessische SPD beispielsweise, die ihre Zustimmung zur „Schuldenbremse“ damit begründet hat, dass es zum Schuldenabbau „ein gerechtes Steuersystem mit ausreichenden Einnahmen (braucht)“, wäre fast aller finanziellen Möglichkeiten beraubt, ihr Wahlprogramm umzusetzen.

Ziel all derjenigen, die einen Politikwechsel in Deutschland und Hessen für überfällig halten, muss es sein, das Thema „Gerechte Steuerpolitik“ jetzt und nachhaltig ins öffentliche und veröffentlichte Bewusstsein zu rücken!

Wir „erinnern“ an das, wofür die Bundes-SPD noch vor 5 Wochen (!) eingetreten ist und dokumentieren deshalb Auszüge aus dem „Regierungsprogramm 2013 – 2017“.

Außerdem dokumentieren wir die Begründung der hessischen SPD für ihr Eintreten für eine Verankerung eines Verschuldungsverbots in der hessischen Verfassung 2010.

In der Anlage finden sich – gekürzt – die wesentlichen Wahlaussagen aus dem „Regierungsprogramm“ der SPD 2013 – 2017. Es kann doch nicht sein, sich schon kurz nach der Wahl davon zu verabschieden!

Brief des GEW BV FFM an das SPD-Büro in Berlin vom 29. 10. 13

„Wer am Sonntag die Bildungsrepublik beschwört, muss am Werktag das nötige Geld dafür locker machen!“

Die von Kanzlerin Angela Merkel vor fünf Jahren ausgerufene Bildungsrepublik sei ein „leeres Versprechen“ geblieben, kritisiert Elke Hannack. Warum, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende SZ-Korrespondent Hagen Strauß. *(Veröffentlicht am 22. 10. 2013, Saarbrücker Zeitung)*

Frau Hannack, ist die „Bildungsrepublik“, für die sich Berlin rühmt, Realität geworden?

Hannack: Nein, im Gegenteil. Für viele Menschen bleibt die Bildungsrepublik ein leeres Versprechen. Fast 1,5 Millionen Jugendliche im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Es gibt über sieben Millionen Analphabeten in Deutschland. Alle Studien zeigen: Der Geldbeutel der Eltern entscheidet über den Bildungserfolg der Kinder. Die soziale Spaltung bleibt die Achillesferse des deutschen Bildungswesens.

Was erwarten Sie von einer möglichen großen Koalition?

Hannack: Die große Koalition muss eine große Bildungsreform starten. Alle Bildungsforscher sagen uns, was zu tun ist: Wir müssen mehr in die Qualität der Kitas investieren, also in eine bessere Ausbildung der Erzieher und in kleinere Gruppen. Wir brauchen mehr gute Ganztagsschulen und den Ausbau der Hochschulen. Jugendliche aus armen Elternhäusern benötigen höhere BAföG-Sätze. Die Regierung muss das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen mit einem Vollzuschuss fördern. Und wir müssen die Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung abbauen.

Wie soll das bezahlt werden?

Hannack: Wer am Sonntag die Bildungsrepublik beschwört, muss am Werktag das nötige Geld dafür locker machen. Die Länder sind mit der Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen heillos überfordert; auch wegen der Schuldenbremse. Es ist daher Unsinn, wie bisher den Bund als Geldgeber per Grundgesetz aus der Finanzierung von weiten Teilen unseres Bildungswesens auszugrenzen. Dieses Kooperationsverbot muss komplett aus der Verfassung gestrichen werden.

Wären mit der Umsetzung ihrer Forderungen nicht zwangsläufig Steuererhöhungen verbunden?

Hannack: Natürlich sind höhere Steuern kein Selbstzweck. Milliarden-Investitionen in unser Bildungswesen sind nur machbar, wenn es frisches Geld gibt. Das geht nur mit höheren Steuern auf große Vermögen, hohe Erbschaften und Finanztransaktionen.

Log**In**

Wer sich wie Alice Schwarzer mit ihrem „Appell gegen Prostitution“ über „Armutsprostitution“ aufregt, hat die Wahl, entweder an der Armut Anstoß zu nehmen oder an dem Versuch, ihr durch die Ausübung eines in der BRD gesetzlich geregelten Gewerbes zu entkommen. Schwarzer bevorzugt Letzteres und stellt damit klar, dass ihre Parteinahme für die in der Prostitution arbeitenden Frauen nur vorgeschoben ist und sie in Wirklichkeit einen sozial akzeptablen Anlass dafür sucht, sich auf Kosten der Sexarbeiterinnen mit moralisierenden Lügen in den Vordergrund zu spielen, dorthin eben, wo es für die Emma-Herausgeberin keine Scham- und Ekelschwelle gibt, wenn es darum geht, Gesicht und Stimme an die Bildzeitung zu verkaufen.

Zu den interessierten Lügen der Frau Schwarzer zählt die Gleichstellung der Prostitution mit der Sklaverei. *„Ausdrücklich hat die Bundesregierung den hierzulande in der Prostitution tätigen Frauen die Grundrechte zugebilligt. Für Migrantinnen gelten die Bürgerrechte der EU. Wer nichtsdestotrotz zum brutalst möglichen Vorwurf greift und Sexarbeit als ‚moderne Sklaverei‘ denunziert, verhöhnt im Nachhinein nicht nur Millionen Menschen, die tatsächlich unter der Sklaverei zu leiden hatten, sondern betreibt billige Effekthascherei auf deren Kosten. Der Zweck heiligt die Mittel. Geht es doch darum, die Lebenslüge der Prostitutionsgegner salonfähig zu machen, Frauen würden in der Prostitution nicht einvernehmlich eine Dienstleistung, sondern ihren Körper, ihre Seele, ihre Person verkaufen“*, schreibt der „Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten“ ***Doña Carmen*** in einer Stellungnahme zu Schwarzers Appell.

Der Kauf von sexuellen Dienstleistungen mit Geld hat im offiziellen bürgerlichen Moraluniversum einen schlechten Ruf, weil er das romantisierende Dogma von der Unzertrennlichkeit der seelischen und körperlichen Seite der Sexualität widerlegt. Dass man mit dem Affront gegen die Prostitution auch heute noch erfolgreich politischen Widerhall gewinnen kann, zeigt nur, wie verklemmt die Gesellschaft trotz der „sexuellen Revolution“ der sechziger Jahre und der darauf folgenden Pornographisierung auch heute noch ist, weil es beweist, wie publikumsfähig der Hass auf sexuelle Bedürfnisse ist, die sich einer Einbindung in gesellschaftlich nützliche, auf Dauer angelegte Beziehungen verweigern.

Die derzeit global durchgesetzte Wirtschaftsform ihrerseits hat in Form der Lohnarbeit dafür gesorgt, dass die Verfügbarkeit von Diensten gleich welcher Art universell geworden ist, nicht unbedingt zu Nutzen und Frommen derjenigen, die ihre Arbeitskraft gezwungen sind zu verkaufen. Beispielsweise bei kaum sehr philanthropisch gestimmten Einrichtungen wie den Billigvermarktern Lidl, Walmart und anderen, in Bergbauunternehmungen über und unter Tage, in gefängnisartig eingerichteten „Sweat Shops“, Billig-Klitschen wie Foxcann, der chinesischen Staatsreederei Cosco oder zur Abwechslung bei *France Telecom*, das überdurchschnittliche Suicidrisiko inklusive etc. pp. Das Geschäft mit der Ware Arbeitskraft ist im globalen Maßstab noch immer ein Geschäft, das – auch – über Leichen geht. Wer also nicht bereit ist, etwas gegen das Geschäft an sich zu sagen, sollte über das Geschäft mit dem Sex schweigen! Das handelsübliche Geschäft mit der Ware Arbeitskraft außer Acht zu lassen, also die Bedingungen, die Frauen überhaupt erst zur Vermarktung sexueller Dienstleistungen bringen, nicht grundsätzlich anzugreifen, heißt auch nur, das ganz normale Elend der „Arbeitswelt“ für „anständig“ zu erklären. Wie die SZ schreibt, ist in Schweden seit der Kriminalisierung der Freier die „***sichtbare*** Prostitution“ um ca. die Hälfte zurückgegangen.

So gesehen kommt Schwarzers Kampagne wohl all denen entgegen, dies es aus Gründen ihres öffentlichen Renommees ohnehin lieber in aller Heimlichkeit treiben.

Mehr als 60 Prozent aller Jugendlichen machen einer jüngst erschienenen Studie der FH Fulda zufolge in ihrer ersten Liebesbeziehung *„belastende Erfahrungen bis hin zu körperlicher oder sexualisierter Gewalt [...]. Rund 66 Prozent der Mädchen und 60 Prozent der befragten Jungen zwischen 14 und 17 Jahren beklagten, mindestens einmal Opfer von psychischer oder körperlicher Gewalt geworden zu sein.“* Elternhaus und Schule haben ihnen da offenbar keine Unterstützung und Anleitung zu einem menschlichen Miteinander zu geben vermocht. Alice Schwarzer verlangt *„Aufklärung über die Folgen von Frauenkauf bereits in den Schulen etc.“* und will so den moralischen Zeigefinger wieder zur Leitlinie des Gesprächs mit Jugendlichen über Sexualität machen.

Doña Carmen: *„Noch niemals in der Geschichte hat die Ächtung oder das Verbot der Prostitution die Gleichstellung von Mann und Frau auch nur einen Millimeter vorangebracht. [...] Eine Kriminalisierung von Prostitution hatte stets zur Folge, das freizügige Sexualverhalten von Frauen, die nicht in der Prostitution arbeiteten, zu missbilligen und durch den Dreck zu ziehen. Das waren hierzulande die Zeiten, als Frauen mit ‚häufig wechselndem Geschlechtsverkehr‘ (hwG) als ‚Nutten‘ galten und gesellschaftlich geschnitten wurden‘“*. Was sie auch heute von einer wachsenden Zahl fundamentalistisch orientierter Jugendlicher werden. Schwarzer spielt mit ihren Kampagnen dem an patriarchalischen Normen orientierten Teil der Jugend (und Elternschaft) in die Hände. Die Schulen sollten dabei tunlichst nicht mitspielen!

Wahlen 2013 – Nachtrag: Wen sollen wir wählen?

Eine Orientierungsveranstaltung für Schülerinnen und Schüler

Schon im Frühjahr herrschte in der Politik-AG der Wilhelm-Merton-Schule Einvernehmen, dass wir im Vorfeld der Bundes- und Landtagswahl eine Polit-Veranstaltung für interessierte Schülerinnen und Schüler machen wollten.

Aber wie? Für eine Podiumsdiskussion braucht man geeignete Räumlichkeiten. Wir haben zwar eine geräumige Cafeteria, aber wer garantiert, dass nicht ab der 5. Reihe die Schülerinnen und Schüler – wie gewohnt – ihre Aufmerksamkeit eher ihren eingehenden SMS schenken? Und wie bringt man die eingeladenen Politikerinnen und Politiker dazu, etwas wirklich Substanzielles zu sagen anstatt nur im Talkshow-Stil laber-seicht über die Themen hinwegzuschwallen? Wie kann man erreichen, dass die Politiker wirklich mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren und es nicht beim üblichen Schlagabtausch der Parteienvertreter untereinander bleibt? Kann man davon ausgehen, dass Schülerinnen und Schüler sich zu mehreren Themen so gut auskennen, dass sie bei den Eingeladenen auch nachhaken, wenn diese sich in Allgemeinplätzen zu verlieren drohen? Und wer hat den Mut, das Ganze zu moderieren?

All diese Überlegungen brachten uns davon ab, eine Podiumsdiskussion anzusteuern. Stattdessen haben wir uns Folgendes überlegt: Jede an der Veranstaltung interessierte Klasse bereitet sich auf ein spezielles Thema intensiv vor. Da bieten sich Familienpolitik, Energiewende, Steuerpolitik, und vieles andere mehr an.

Im 20-Minuten-Abstand von Klassenraum zu Klassenraum rotierend, stellen sich die eingeladenen PolitikerInnen in jeder Klasse den vorbereiteten Fragen, so dass die jeweilige Klasse zum Schluss ein persönliches und hoffentlich konkreteres Bild davon hat, was die 5 Parteien SPD, CDU, LINKE, Grüne und FDP zu ihrem speziellen Thema zu sagen haben.

Gesagt, getan. Nun galt es, einen Termin zu finden und die jeweiligen Politik-VertreterInnen von diesem Konzept zu überzeugen. Und das gelang! Am Dienstag, den 2. Juli, trafen Martina Feldmayer (Grüne), Jochen Nagel (LINKE), Ulli Nissen (SPD), Christoph Schnurr (FDP) und Dr. Matthias Zimmer (CDU) um 10 Uhr in der Schule ein und stellten sich nacheinander den Fragen der fünf Klassen, die für das Konzept Interesse gezeigt hatten.

Drei Klassen von Kaufleuten für Bürokommunikation, eine Klasse Bürokaufleute und eine Klasse aus der Fachschule für Wirtschaft hatten sich auf die Themen Familienpolitik, Steuerpolitik, Energiepolitik, Arbeit und Frauen sowie Bildungspolitik vorbereitet. Das Konzept erwies sich – zumindest, wenn man die Kommentare der Schülerinnen und Schüler nach der Veranstaltung ernst nimmt, als ein voller Erfolg! „Jetzt weiß ich zumindest, wen ich nicht wähle!" „Der / die X hat mich am meisten überzeugt." „Der Y hatte ja wirklich überhaupt keine Ahnung!" „Ich weiß jetzt, welche Partei ich auf keinen Fall wählen werde". Die meisten Schüler schwankten dann zwischen zwei Parteien.

Obwohl wir den Politikern vorher die Fragen von den einzelnen Gruppen geschickt hatten, kamen Äußerungen „Mein Bereich ist die Rüstungspolitik, mit den anderen Themen kenne ich mich nicht so aus". Äußerungen von einem Politiker: „Ich bin auch einige Zeit zu Hause geblieben und habe mich um das Kind gekümmert. Väter oder Mütter können ein, zwei Jahre daheim bleiben und müssen nicht arbeiten. Dann reichen die Betreuungsangebote aus".

Das Argument der Schüler, dass aus finanziellen Gründen kein Elternteil zur Betreuung des Kindes zu Hause bleiben kann, wurde nicht eingesehen. Ebenso zählte bei diesem Politiker nicht das Argument der Schüler, dass es für Frauen/Männer schwierig ist, nach einer längeren Elternzeit wieder in den Beruf zurück zu kehren.

Wenn die Politiker nicht auf die vorbereiteten Fragen eingingen, wurde das natürlich bemerkt. Stellvertretendes Fazit einer Schülergruppe: „Alles in Allem lässt sich aus diesem Tag nur Positives ziehen. Den Vertretern der Parteien die Fragen live zu stellen, war sehr aufschlussreich und eine ganz neue Erfahrung."

Auch die Eingeladenen zeigten sich von der Veranstaltung erfreut. „Die Veranstaltung in der WMS hat mir viel Spaß gemacht. War richtig, schön mal wieder mit jungen Leuten in der Klasse zu diskutieren", so Jochen Nagel. Auch alle anderen zeigten sich von diesen etwas anderen Diskussionsrunden sehr angetan und Ulli Nissen hängte gleich noch einen Rundgang durch die Schule an.

Unsere Hoffnung ist, dass die Veranstaltung, die vor den Ferien noch weit entfernt von der „heißen Phase des Wahlkampfs" stattgefunden hat, die Schülerinnen und Schüler motiviert hat, in den jetzt laufenden Wochen etwas genauer hinzusehen und zu hören und nicht nur zu wählen, wer am schönsten aussieht oder den besten Kugelschreiber verschenkt.

Eva Schichtel,
Gisela Laumeier-Kienert,
Günter Riechers,
Marianne Friemelt

Anmerkung der Redaktion:
Dieser Beitrag ist versehentlich nicht in die letzte FLZ gekommen.
Angesichts der auf den vorigen Seiten abgebildeten Widersprüche erscheint er aber immer noch aktuell.

Und so hat die SPD 2010 ihre Zustimmung zur hessischen „Schuldenbremse" legitimiert: „Um beide Ziele zu erreichen, braucht es ein gerechtes Steuersystem mit ausreichenden Einnahmen."

Die hessische SPD Landtagsfraktion ließ 2010 verlauten:
„Die SPD hat nach harten Verhandlungen mit CDU, FDP und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Ende November eine Einigung über die Aufnahme einer Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung erreicht. Der SPD-Landesparteitag hat dem Verhandlungsergebnis am 27. November 2010 mit großer Mehrheit zugestimmt.

Das sind die Positionen der SPD:

- Die SPD bekennt sich zu einem handlungsfähigen sozialen, solidarischen und demokratischen Staat. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, in der Reiche immer reicher und Arme, Mittelstand und öffentliche Haushalte immer ärmer werden, muss überwunden werden.
- Die SPD ist gegen eine Haushaltskonsolidierung durch blindes Spardiktat und sozialen Kahlschlag.
- Für die SPD gilt: Immer mehr Schulden sind keine Lösung. Deshalb treten die Sozialdemokraten für eine deutliche Reduzierung der ständigen Neuverschuldung ein.
- Um beide Ziele zu erreichen, braucht es ein gerechtes Steuersystem mit ausreichenden Einnahmen.

Mit dieser klaren Position unterscheidet sich die SPD einerseits von FDP, CDU und Teilen der Grünen und andererseits von der Partei „Die Linke".

Die SPD will die öffentlichen Haushalte durch eine angemessene Beteiligung der Vermögenden und Spitzenverdiener (u. a. durch Erbschafts- und Vermögenssteuern, eine Finanztransaktionssteuer und eine solidarische Bürgerversicherung), durch die Rücknahme der Klientelgeschenke von CDU und FDP und durch die Streichung unsinniger Ausgaben und Subventionen ausgleichen.

Damit hat die SPD - bundesweit bisher einmalig - mit der sogenannten Schuldenbremse auch auf die Einnahmeverantwortung sowohl des Landtags als auch der Landesregierung verwiesen. Sozial- und Bildungsabbau mit Verweis auf die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse sind damit nicht mehr möglich. Der Schutz der Kommunen, wie von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, wurde verbindlich festgeschrieben.

Die Landesregierung steht nun in der Pflicht, aufzuzeigen, wie sie in Hessen den Haushalt bis 2020 ausgleichen will. Der Versuch von Schwarz-Gelb, mit der Schuldenbremse ein reines Spardiktat in der Verfassung zu verankern, ist in Hessen gescheitert. Die Auseinandersetzung um gerechte Steuern, einen handlungsfähigen Staat, Klientelgeschenke und Sozialabbau findet in Zukunft im wieder im politischen Raum statt und wird nicht durch eine Verfassungsabstimmung entschieden. „Es hat sich als richtig erwiesen, mit Schwarz-Gelb zu verhandeln, anstatt die Ausgestaltung der Verfassungsänderung CDU und FDP allein zu überlassen", stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel fest.

(Homepage SPD Landtagsfraktion 2010)

Schwarz-Grün in Frankfurt als Modell für Schwarz-Grün für Hessen? Das sind die Erfahrungen:

CDU-Grüne subventionieren lieber Gewinne großer Unternehmen als Bildungseinrichtungen

Seit 2007 hat die Koalition aus CDU und Grünen auf städtische Einnahmen in Höhe einer halben Milliarde Euro verzichtet (siehe nebenstehende Artikel).

Wir haben die beiden Parteien, aber insbesondere die Grünen in all den Jahren immer wieder gemahnt, für die Sanierung von Schulen, für den Bau von Bildungseinrichtungen, für soziale Maßnahmen, für einen ordentlich ausgestatteten Ganztagsschulbetrieb, für ordentlich ausgestattete Kitas, für eine sozialpädagogische Betreuung endlich mal die großen Unternehmen dieser Stadt angemessener an den Kosten zu beteiligen – vergeblich!

Wir haben zeitweilig geglaubt, dass die Grünen es wenigstens ernst meinen mit ihrem Postulat: Wer sich gegen neue Schulden ausspricht, müsss auch für ausreichende Einnahmen sorgen!

Nichts davon: Wie schon unter der Schröder-Fischer-Regierung haben die Grünen auch in Frankfurt auf Gewinnsteuern verzichtet. Mit der halben Milliarde hätte man z.B. 20 größere Schulen bauen können oder 50 Kitas oder oder …

Wollen die Grünen die Metamorphose zu einer neuen FDP wirklich konsequent weitergehen?

Die Linke im Römer hatte es bereits bei der Verabschiedung des Haushalts für 2013 im März d.J. so ausgedrückt:

„Wenn wir uns das vorgelegte Papier (den Haushalt 2013) anschauen wird genau deutlich, dass der kleine Mann und die kleine Frau bluten müssen. Anstatt das Geld dort zu holen, wo es durch Steuersubventionierung seit Jahren hinfließt, werden die Menschen nun über höhere Grundsteuern und steigende Eintrittspreise zur Kasse gebeten. Welche Klientelpolitik schwarz-grün verfolgt, sehen wir auch an ihrem Festhalten an einem hauptamtlichen Stadtrat, für den es in der Stadt keine Aufgaben gibt. Hier werden jährlich fast 300.000 Euro Steuergeld verbrannt. Das stinkt und muss den Menschen erzählt werden."
(Pressemitteilung vom März 2013)

Von wegen „Generationengerechtigkeit"

Die Grünen treten ebenso wie die CDU für die Finanzierung öffentlicher Aufträge über Private-Public-Partnership (PPP) ein, das in Wirklichkeit ein Finanzprodukt ist, das insbesondere die Banken mit Gewinn vertreiben und das die Stadt sehr teuer zu stehen kommt. Dies konnte im Landkreis Offenbach schon nach wenigen Jahren gezeigt werden. Dort laufen die meisten PPP-Projekte über 15 Jahre, während sie in Frankfurt 30 Jahre bedient werden müssen. Bau und 30 Jahre Betrieb einer Schule durch private Firmen sind vertraglich fast immer nur zu Lasten der öffentlichen Hand regelbar. Dafür sorgen u.a. die bildungspolitischen Bedürfnisse, die in 30 Jahren nicht gleich bleiben und vor allem die von den Banken geforderte „Forfaitierung mit Einredeverzicht". Nur wenn die öffentliche Hand auf Einwendungen, die ihr nach dem Gesetz zustehen, verzichtet, lässt sich die Gesamtsumme des Projekts als Finanzprodukt auf dem Markt handeln. Aus dem PPP-Projekt der IGS-West wurde bei einem Investitionsvolumen von 27 Mio. Euro ein Finanzprodukt von 67 Mio. Euro.

Der Bundesrechnungshof warnt schon seit Jahren vor dem kreditähnlichen PPP.

Die Grünen belasten also entgegen ihrer Formel von der „Generationengerechtigkeit" die kommenden Generationen in völlig unangemessener Art und Weise.

Leider hat dieser bankenfreundliche Umgang mit Finanzmodellen und -produkten bei den Grünen in Frankfurt Tradition:

1994: Der erste grüne Kämmerer einer deutschen Großstadt sorgte viele Jahre später, als er längst nicht mehr im Amt war, für erhebliche Kosten durch sein Finanzmodell „sale-and-lease-back" beim Technischen Rathaus. Dieses wurde 1994 an eine der Steuerspartöchter der Deutschen Bank, die Deutsche Immobilien-Leasing verkauft, für 12 Jahre zurückgemietet und danach wieder zurückgekauft, um es abzureißen, ein gutes Geschäft für die DIL, ein schlechtes für die Stadt.

Es war Tom Koenigs in Frankfurt, der sich im Übrigen zur Beratung im Amt einen Banker der Deutschen Bank geholt hatte, was damals von der veröffentlichten Meinung als „mutiger Schritt" beachtet wurde.

Mit einer solchen Finanzpolitik kann eine Partei eben immer sicher sein, dass sie den Beifall derjenigen bekommt, die durch ihre Lobby und ihre Medien maßgeblich meinungsbildend sind.

Auch mit einem weiteren Finanzgeschäft sorgt Tom Koenigs heute noch für Zahlungen aus der Stadtkasse an Banken.

Die Stadt Frankfurt veräußerte 1996 und 1997 unter seiner Federführung als Kämmerer Forderungen aus Wohnungsbaudarlehen an Dritte. Die Linke vergleicht dieses Finanzgeschäft mit den sogenannten „Asset Backed Securities" (ABS), deren Ausufern zur jüngsten weltweiten Finanzkrise geführt hat. „Dem Erwerber der Forderungen, vermutlich eine oder mehrere private Banken, wurden vierteljährliche Ausgleichzahlungen vertraglich zugesichert, falls die Zinsen für die laufenden Zahlungen unterhalb des vereinbarten Zinssatzes liegen. D.h. die Stadt muss für die Differenz zwischen laufenden Zinszahlungen der Darlehensnehmer und der mit dem Erwerber der Forderungen vereinbarten Zinssatz aufkommen. Für den Doppelhaushalt wurden für diese Ausgleichzahlungen 9,762 Mio. Euro für 2010 und 9,282 Mio. Euro für 2011 eingestellt. Für die Jahre 2012 und 2013 erwartet die Kämmerei eine Ausgleichzahlung von je 14,866 Mio. Euro zahlen zu müssen."
(Aus einer Anfrage der Linken im Römer von 2010)

2003 konnte die grüne Führung nur durch ihre Basis und ein bereits eingeleitetes Bürgerbegehren (u.a. der GEW) davon abgehalten werden, die gesamte Infrastruktur der Frankfurter U-Bahn an US-amerikanische Firmen zu verleasen – und zwar für 100 Jahre (!!!) und zu deren Bedingungen (!!!). Das „Cross-Border-Leasing" (CBL) hätte der Stadt einen einmaligen Vermögensvorteil von 100 Mio. Euro gebracht (den Gegenwert von 30 Punkten beim Gewerbesteuerhebesatz eines einzigen Jahres, auf den man verzichtet hat).

Viele deutsche Städte haben schon 2004 gezittert, als CBL durch eine veränderte US-Gesetzgebung für US-Firmen unattraktiv wurde, und sich diese versuchten, an den deutschen Kommunen schadlos zu halten.

Vier Jahre später, 2008, zitterten deutsche Städte erneut, weil involvierte Banken infolge der Finanzkrise wiederum Kapital aus den CBL-Verträgen schlugen. *(Vgl. bspw. FR vom 25. 09. 2008, „Jetzt zittern die deutschen Städte")*

2003 Das Bildungszentrum Ostend in Frankfurt wurde das erste PPP-Hochbauprojekt, das in Deutschland vergeben wurde und zwar im Juli 2003.

Von wegen Transparenz

Transparenz war bei der Gründung der Grünen einer der elementarsten Grundsätze und war aus der Basisdemokratie abgeleitet.

In vielen Bereichen ist er heute bei den Frankfurter Grünen unerkennbar weit in den Hintergrund getreten. Dafür einige Beispiele:

Missachtung des Parlaments

- Was den wichtigen Bereich der kommunalen Finanzpolitik betrifft, so ist die Informationspolitik gegenüber dem Parlament, der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung immer schlechter geworden.
- Bereits 2007 / 2008, als Frankfurt mit seinen Überschüssen alle alten Schulden hätte zurückzahlen können (oder alternativ entsprechende Investitionen hätte tätigen können), wurde diese Finanzlage vor der Öffentlichkeit weitgehend geheim und aus der politischen Diskussion fast vollständig heraus gehalten. Es sollten „keine Begehrlichkeiten geweckt" werden.
- Im März des Jahres protestierte die Opposition und die Fraktion der Linken zog sogar unter Protest aus dem Parlament aus. Unter der Überschrift „Schwarz-Grün in die Karten schauen!" erklärte die Linke:
„Am Donnertag werden die Stadtverordneten über Millionenbeträge abstimmen, die sie im Detail gar nicht kennen und auch nicht kennen können. Die sogenannten Sparvorschläge des Magistrats bestehen zum großen Teil aus Überschriften und Absichtserklärungen." *(Pressemitteilung Die Linke im Römer 19. März 2013)*
- Alle PPP-Projekte werden seit einigen Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Römer beraten. Die Stadtverordneten wussten bei der IGS-West zunächst gar nicht, dass es sich um ein PPP-Projekt handelt, weil es von der grünen Dezernentin als „Miet-Kauf-Modell" verschleiert wurde. Auch wurde das geforderte Wirtschaftlichkeitsgutachten erst auf Druck der Landesaufsicht nachgeliefert. Die Opposition musste einen Akteneinsichtsausschuss einsetzen, um als Parlament an Informationen zu kommen.
- An der Schulentwicklungsplanung wurde die Bildungsgewerkschaft GEW nicht beteiligt, obwohl sie dies mehrfach eingefordert hatte. Auch der DGB beklagt dies. Das Gleiche gilt für Modellversuche zur „Inklusion".
- Vorschläge der Bildungsgewerkschaft GEW oder des Gesamtpersonalrats der Lehrkräfte beim Staatlichen Schulamt in Frankfurt an das grüne Bildungsdezernat laufen ins Leere und werden abgewiesen.
- Mehr Transparenz und Einbindung bei der Planung und Durchführung der Modellregion Frankfurt hat auch der Förderschulausschuss des Stadtelternbeirats Frankfurt gefordert, bisher vergeblich.

Wie unangenehm Proteste für CDU und die ehemalige Protestpartei Grüne bereits sind, zeigt sich in einem kleinlichen Schreiben der Stadtverordnetenvorsteherin, die am 09. 10. 2013 die Vorsitzenden der (öffentlichen) Parlamentsausschüsse angewiesen hat, Bürgerinnen und Bürger (die sich dort zu Tagesordnungspunkten zu Wort melden können und oft von anderen unterstützt werden) aus dem Sitzungssaal zu verweisen, wenn sie ihre Meinung zur aktuellen Politik der schwarzgrünen Koalition durch Beifallsbekundungen oder Missfallensäußerungen kundtun.

Die Linke hat deshalb einen Antrag eingebracht, wonach Beifallsbekundungen oder Missfallensäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern keine nachhaltigen Störungen darstellen. „Viele Frankfurterinnen und Frankfurt haben nicht die Möglichkeit, über Parteispenden Einfluss auf die Regierungsparteien zu nehmen. Ihnen bleibt nur der direkte Weg durch Beifallsbekundungen oder Missfallensäußerungen in Ausschusssitzungen. Und diese Möglichkeit sollte ihnen nicht genommen werden" heißt es zur Begründung.

Herbert Storn

Von wegen „Mitsprache und Transparenz": Die Realität unter Schwarz-Grün in Frankfurt sieht anders aus!

Warum unterstützen CDU und Grüne …

… ausgerechnet die großen Unternehmen?

Und belasten die Bevölkerung mit Gebühren und Eintrittspreisen, nicht sanierten Schulen, fehlenden echten Ganztagsschulen usw.

7 Jahre lang hat die Koalition von CDU und Grünen auf 30 Gewerbesteuerpunkte verzichtet. Das ist ein gewaltiger Verzicht von einer halben Milliarde Euro (zwischen 420 und 630 Millionen Euro) zugunsten der großen Unternehmen, wie die folgende Übersicht zeigt.

Vorbemerkung 1:
Ab dem 01. 01. 2007 hat die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt den Gewerbesteuerhebesatz von 490 auf 460 Punkte gesenkt. Das bedeutet, dass die in Deutschland einheitlich zu berechnende Gewerbesteuer um den Faktor 4,9 bzw. 4,6 multipliziert wird. Diesen Faktor können die Kommunen selbst festlegen.

Vorbemerkung 2:
Von den gut 60.000 Unternehmen in Frankfurt zahlen nur etwa 15 Prozent, also 9.000 Unternehmen Gewerbesteuer, 85% zahlen überhaupt keine.

Zwei Drittel der Gewerbesteuer kommt allein von den Top 100. Das sind 1% derjenigen Unternehmen, die überhaupt Gewerbesteuer zahlen. (vgl. FAZ vom 17. 11. 2009)

(siehe Tabelle)

Gewerbesteuervorauszahlungen der 100 größten Unternehmen in Frankfurt am Main in %

(Tabelle)	Anteil a.d. GewSt-Zahlung 2013 in %	Betrag (Mio. Euro):	Anteil an den 100 größten Unternehmen in %
Industrieunternehmen:	**34,4**	**287**	**7**
(der größte Zahler: Sanofi)			
Inländ. Banken:	16,3	136,5	11
Ausländ.Banken:	10,5	87,3	20
Sonstige Geld- und Kreditinstitute:	7,5	0,9	11
Banken zusammen:	**34,3**	**286**	**42**
Versicherungen:	2,4	20	8
Handelsunternehmen:	2,2	18,6	7
Versorgungsbetriebe:	1,0		
Sonstige (darunter Fraport, Infraserv, …)	25,7	214,3	36
100 größten Betriebe zusammen:	100	835	100

Eigene Zusammenstellung nach: Branchenspiegel des Finanzdezernats und FAZ vom 10. 04. 2013

Banken – von Schwarz-Grün verwöhnt. Wie lange eigentlich noch?

DGB Region Frankfurt: Gewerbesteuer für Bildung

OB Peter Feldmann hat nicht die DGB Forderungen nach einem Gewerbesteuersatz von 30 Punkten propagiert, er hat aber eine mögliche realistische Variante von 10 Punkten, befristet, in die öffentliche Debatte um Bildung zu finanzieren eingeführt. Diesem Ansinnen dürfen sich alle jene nicht verschließen, die immer wieder und dies zu Recht fordern, die Politik muss mehr für frühkindliche Bildung tun, die Vorbereitung auf den Beruf muss schon früh in der Schule ansetzen, bis hin zu der Klage um zu schlecht qualifizierte Berufsbewerbungen auf einen Ausbildungsplatz.

Wer dies alles will, der muss auch sagen, wie es bezahlt werden soll und da ist eine um 10 Punkte erhöhte Gewerbesteuer nicht anmaßend, lag sie doch unter OB Wallmanns Zeiten um 30 Punkte höher und kein Unternehmen hat deshalb damals Frankfurt den Rücken gekehrt bzw. ist deshalb dem Pleitegeier zum Opfer gefallen. Außerdem, die Mehreinnahmen im Stadtsäckel durch die 10 Punkte (ca. 30 Millionen jährlich) bekämen die Unternehmen zwar nicht in barer Münze, aber auf jeden Fall im qualifizierten Berufsanfänger zurück, und dass sie damit wiederum bessere Produkte und mehr Gewinn erzielen, müsste auch den ihnen nahe stehenden Fraktionen im Römer einleuchten. Nicht zuletzt würde das heimische Handwerk von einer Sanierung der Schulen profitieren, Arbeitsplätze gesichert werden.

Pressemitteilung vom 06.11.2013

Anhebung des Frankfurter Gewerbesteuerhebesatzes …

… auf den Stand von 2006 ist überfällig, wenn die Bildungseinrichtungen saniert werden sollen!

Nach 7 Jahren wird GEW-Forderung von einem Frankfurter Oberbürgermeister aufgegriffen.

2006 hat die Koalition aus CDU und Grünen beschlossen, ab 2007 den Gewerbesteuerhebesatz von 490 auf 460 Punkte zu senken. Das hatte einen Ausfall bei den Einnahmen von schätzungsweise 60 Millionen Euro pro Jahr zur Folge, den CDU und Grüne billigend in Kauf genommen haben.

Die GEW hatte vor sieben Jahren in einem eindringlichen Appell an die Stadtverordneten vor dieser für die dringend nötigen Bildungsinvestitionen verheerenden Weichenstellung gewarnt.

Inzwischen dürften der Stadt und ihren Einrichtungen durch diese Unternehmenssteuersenkung über 400 Millionen Euro verloren gegangen sein.

Der damalige Fraktionschef Frank wollte damit „einen erheblichen Standortnachteil für Frankfurt im Wettbewerb der Regionen beseitigen." Und die Grünen machten die Senkung mit, „damit die Kommune Spielräume für ein investitionsfreundliches Klima nutzen kann".

Dass Frankfurt als internationales Finanzzentrum einen „Standortnachteil" habe, ist eine durch nichts begründete Schutzbehauptung.

Es müsste doch allmählich auch bei CDU und Grünen die Einsicht gewachsen sein, dass der Finanzierung des Gemeinwesens durch Steuergeschenke an die großen Unternehmen und insbesondere die Banken immer mehr das finanzielle Fundament entzogen wird. Wer sich gegen neue Schulden ausspricht, muss auch für ausreichende Einnahmen sorgen!

Der GEW-Bezirksverband Frankfurt erneuert seinen Appell von 2006 und fordert insbesondere CDU und Grüne auf, endlich die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und der Stadt wieder eine solidere Finanzbasis zu geben – im Interesse der Beschäftigten, der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern.

Presseerklärung des BV FFM vom 07. 11. 2013

Dass der seit 2007 praktizierte Gewerbesteuerverzicht gezielt Großunternehmen begünstigt, zeigt die beigefügte Aufstellung.

Bereits 1994 stellte der damalige grüne Kämmerer Tom Koenigs fest, dass von 60.000 Gewerbetreibenden in Frankfurt nur 17.000, das sind 28%, überhaupt Gewerbesteuer zahlten. Nur 1.000 Unternehmen, also 6% aller Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen, erbrachten schon damals 90% des Gewerbesteueraufkommens, 20 Unternehmen die Hälfte.

Ein Magistratsbericht vom 17. 01. 2003 weist für 2003 folgende Struktur auf:
Von 54.000 Gewerbebetrieben zahlten nur 8.555 Gewerbesteuer voraus. Das waren 16% aller Betriebe. Von diesen erbrachten 5,5% (467 Betriebe) 89% des Gewerbesteueraufkommens, 21 Unternehmen erbrachten rund die Hälfte.

Und 2009 schrieb die FAZ:
„Von den rund 905 Millionen Euro Vorauszahlung für die ersten neun Monate dieses Jahres stammten fast genau zwei Drittel oder 607 Millionen Euro von diesen Top 100. Überhaupt zahlen von den gut 60.000 Unternehmen in Frankfurt nur etwa 15 Prozent Gewerbesteuer." 30% der Gewerbesteuer stammen übrigens von den Banken.

„Inklusion"

Keine vorzeitige Entscheidung bei Schließung von Förderschulen!

Die Schulentwicklungsplanung soll in Frankfurt breit diskutiert werden – so kündigte es Bildungsdezernentin Sarah Sorge am vergangenen Montag an. „Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist dringend notwendig", begrüßen Maike Wiedwald, Sebastian Guttmann und Ingeborg Ulrich vom Vorstand des GEW-Bezirksverbandes Frankfurter diese Ankündigung. „Der GEW-Bezirksverband forderte bereits im Februar 2013, dass der Stillstand bei den Schulentwicklungsplänen seit 2011 schnellstens beendet werden müsse."

Besonders der Schulentwicklungsplan S (für Sonder- bzw. Förderschulen) hätte spätestens mit Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention im Jahr 2011 überarbeitet und mit den Schulentwicklungsplänen für allgemeinbildende und berufliche Schulen (SEP A und SEP B) zusammengeführt werden müssen – gleichgültig, wie man zu der „Inklusionspolitik" der Landesregierung steht. Diesen letzten Aspekt teilt offensichtlich auch Frau Sorge, die diesen Aspekt in die Diskussion mit der Bemerkung um die Schulentwicklungsplanung einbauen möchte. „Die Inklusion stehe nicht zur Debatte, aber der Weg dahin sei offen", wird sie in der Presse zitiert.

„Wir verstehen aber überhaupt nicht mehr, warum Sorge vor Beginn dieses Diskussionsprozesses bereits Fakten mit Installierung der sogenannten „Pilotregion Inklusion" im Frankfurter Süden schaffen will", kommentiert Ingeborg Ulrich die Stellungnahme von Sorge zur Entwicklung der „Pilotregion Inklusion im Frankfurter Süden" im Bildungsausschuss am letzten Montag. Im Bereich des Frankfurter Südens soll an drei Grundschulen und mindestens einer weiterführenden Schule die sog. „Pilotregion Süd" entwickelt werden. Sorge legte im Bildungsausschuss dar, dass im Zuge dieser Entwicklung zwei Förderschulen geschlossen werden müssten. Welche Schulen dieses sein sollen, soll am 4. November – der nächsten Sitzung des Bildungsausschuss – bekannt gegeben werden.

„Wir empfinden es nach wie vor als Skandal, dass die Betroffenen – und dieses sind auch die Lehrerinnen und Lehrer – nicht an den kommunalen Diskussionen über die Entwicklung der Inklusion in Frankfurt beteiligt werden", empört sich Maike Wiedwald von der GEW. So weigert sich Sorge zum Beispiel, die Interessenvertretung der LehrerInnen, den Gesamtpersonalrat, an den inhaltlichen Diskussionen der Beratungskommission zur Entwicklung der Inklusion in der Stadt Frankfurt insgesamt und der Steuerungsgruppe der Pilotregion Süd im Besonderen zu beteiligen.

„Dass sie jetzt ohne jegliche Diskussion und Beteiligung der Betroffenen zwei Förderschulen schließen will, ist nicht hinnehmbar", bewertet Wiedwald diesen Prozess. „Wir befürchten außerdem, dass die „Pilotregion Süd" zu Lasten der Inklusion an den anderen Schulen, die nicht daran teilnehmen, gehen wird!", ergänzt Sebastian Guttmann vom GEW Vorstand. Schon jetzt können einige Grundschulen nicht mehr mit FörderschullehrerInnenstellen ausgestattet werden, obwohl diesen für jedes Kind vier Stunden in der inklusiven Beschulung und weiteren als „Vorbeugende Maßnahmen" zugesagt worden sind."

„Wichtig wäre es, schrittweise einen Weg in eine Schule für alle zu beschreiten, der die Qualitäten des Gemeinsamen Unterrichts sichert und darauf aufbauend einen sinnvollen Weg zur Inklusion einschlägt. Das geht aber nur unter der Beteiligung aller betroffenen Gruppen!", fordert die GEW von der Bildungsdezerntin Sorge. „Im „Hauruck-Verfahren geplante Schulschließungen und Installierungen von Pilotregionen helfen dabei nicht weiter".

Presseerklärung des GEW BV FFM vom 08. 10. 2013

Mehr Transparenz ...

... und Einbindung bei der Planung und Durchführung der Modellregion Frankfurt!

Der Förderschulausschuss des Stadtelternbeirats Frankfurt, bestehend aus Eltern, Schulleitern und Lehrern, fordert mehr Transparenz und Einbindung bei der Planung und Durchführung der Modellregion Frankfurt.

Aus Sicht der Betroffenen werden bei der durch das Staatliche Schulamt vorgestellten Vorgehensweise die folgenden Punkte als problematisch angesehen:

- Erst seit August 2013 läuft das Pilotprojekt „Pilotregion Süd" mit 3 Grundschulen, für die die Wallschule als regionales BFZ zuständig ist (evtl. soll ein Ausbau des Pilotprojektes um 2 weitere Schulen erfolgeN. Es gibt jedoch keine Zielvorgabe für den Piloten oder Vorgaben, welche Daten erfasst und ausgewertet werden sollen. Es ist auch nicht festgelegt, wer wann wie das Pilotprojekt bewertet und welche Schlüsse daraus gezogen werden. Die Einführung der Modellregion macht jedoch nur Sinn, wenn man Zeit hätte, Erfahrungswerte aus der Pilotregion zu sammeln und diese auswerten und beurteilen zu können.
- Die Rückführung des Vorläufer-Konzeptes „Gemeinsamer Unterricht" (GU) dauert bis zu 4 Jahren. Die Förderschulen haben alle gerade erst mit dem Rückführungsprozess begonnen und sollen jetzt, mitten in einem eingeführten aber nicht abgeschlossenen Umstellungsprozess, eine andere Umstellung in die Wege leiten.
- Es herrscht große Planungsunsicherheit bei den Förderschul-LehrerInnen. In Verbindung mit der Gerüchteküche mindert das – zusätzlich zu den hohen Lebenshaltungskosten – die Attraktivität des Standorts Frankfurt für Förderschul-LehrerInnen. Dies ist insbesondere angesichts des andauernden Mangels an Nachwuchs ein Problem.
- Die Einführung der Modellregion Inklusion beinhaltet einen Vertrag der Stadt mit dem Land Hessen, wonach der Bestand an LehrerInnen gleich bleibt. Angesichts steigender Schülerzahlen in Frankfurt führt dies zu Kapazitätsengpässen und damit zu einer Verschlechterung des Schulangebots für Frankfurter Kinder.
- Die in den Förderschulen betreuten Kinder sind sehr unterschiedlich, so dass es immer wieder Kinder gibt, die mehr Förderung und Betreuung benötigen als in einer inklusiven Regelschule angeboten werden kann. Es ist eine Verschlechterung der Lebensperspektive für diese Kinder zu befürchten.

Für weitere Fragen steht Ihnen unser Vorsitzender des Förderschulausschusses, Oliver Gernand unter 0176-84645548 sehr gerne zur Verfügung.

PM des STEB FFM zur Planung und Durchführung der Modellregion Frankfurt vom 21. 11. 2013,
Alix Puhl, Pressesprecherin

Befristet in die „Inklusion"– oder: Wie das grüne Bildungsdezernat die „Inklusion" angeht

Stellenanzeige vom Schulamt / **Wir suchen ...**

Wir suchen für den Bereich Pädagogische Grundsatzplanung zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Büroangestellte/n, EGr. 11 TVöD / VergGr. IVa/III BAT, zur Koordinierung der inklusiven Schulentwicklung in der Pilotregion-Süd

Tätigkeit: Konzeptionelle und Grundsatzarbeit: Aufbau, Begleitung und Unterstützung des Inklusionsnetzwerks (Verbundsystem) in der Pilotregion-Süd in Absprache mit der amtsübergreifenden Steuerungsgruppe Pilotregion-Süd. Das Verbundsystem umfasst voraussichtlich drei bis vier Grundschulen, relevante Kitas und Horte sowie eine weiterführende Schule in den südlichen Stadtteilen Frankfurts. Sammlung und Dokumentation relevanter Informationen über die unterstützenden Hilfen/Stellen (Kostenträger und Leistungserbringer).
Information und Beratung der Eltern zur inklusiven Beschulung. Ermitteln und Initiieren von unterstützenden Angeboten für die Beteiligten des Verbundsystems: Fortbildungen, Pädagogische Tage, Kollegiale Beratungen, Hospitationen.

Evaluation des Verbundsystems:

- Kontinuierliche Beobachtung und Reflexion der inklusiven Beschulung.
- Identifizieren und Benennen von Gelingensbedingungen der inklusiven Beschulung.
- Insgesamt den Prozess der inklusiven Beschulung stärken.
- Faktoren bzw. Kriterien aufzeigen und dokumentieren, wie das Verbundsystem inklusiver Beschulung der Pilotregion in die Gesamtfläche der Frankfurter Schullandschaft übertragen werden kann.

Eintrittsdatum: zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Anforderungen: Abgeschlossene Hochschul-/Fachhochschulausbildung im Bereich der Sozial- und Erziehungswissenschaften oder mit Fachhochschulabschluss im Bereich der Verwaltungswissenschaften, hohes Maß an Kommunikations-, Interaktions- und Koordinationsfähigkeit, Netzwerk- und /oder Mediationserfahrungen, Eigeninitiative, Selbstständiges Arbeiten, Fähigkeiten zur Konzept- und Strategieentwicklung, gute und sichere Ausdrucksweise in Sprache und Schrift, Kenntnisse im Bereich des Hess. Schulgesetzes sowie der SGB VIII, IX + XII.

Hinweise: Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet. Vorbehaltlich der Finanzierung ist eine Folgebeschäftigung um ein weiteres Jahr möglich. Eine Bewerbung ist nur für externe Fachkräfte möglich. Mitarbeiter/innen der Stadt Frankfurt am Main können sich nicht bewerben, da es sich um eine Stelle außerhalb des Stellenplans handelt.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Dr. Apel unter der Rufnummer (069) 212-70394 bzw. elard.apel@stadt-frankfurt.de zur Verfügung. Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte bis zum 10. 05. 2013 an den:
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main -
Stadtschulamt - 40.S3 Pädagogische Grundsatzplanung,
Seehofstraße 41, 60594 Frankfurt am Main

Zur Politik im schwarz-grünen Römer: Bericht vom Bildungs- und Integrationsausschuss am 04. 11. 2013

„Wir gucken uns erst mal die Zahlen an. Wenn sich rausstellt, dass die Eltern ein Gymnasium wollen, wird es auch gebaut und es wird keine Schulformdebatte geführt!"

Bildungsdezernentin Sorge hat sich dadurch ausgezeichnet, dass sie in einem „Stakkato" (ihr eigenes mehrfach verwandtes Wort) einen Schwall von vagen Absichten großen Ausmaßes zur Frankfurter Schulentwicklungsplanung (SEP) und zur „Inklusion" vorgetragen wie z.B. dass die Arbeiten für den SEP ungeheuer breit sein werden, was wahrscheinlich zur Rechtfertigung dafür dient, dass er sehr, sehr lange auf sich warten lassen wird.

„Es geht hier um mehr als eine aktuelle Auseinandersetzung um die Schulen, es geht darum, wie sollen die Schulen für morgen aussehen!!!" (Sorge)

Ganz revolutionär wird sein, dass der SEP S (alte Sonderschulen) und A (allgemeinbildende Schulen) zusammengelegt werden soll (eigentlich eine Selbstverständlichkeit).

Im Stadtschulamt habe man nicht das Personal für einen so breit angelegten Plan, deshalb werde die Plan-Erstellung ausgeschrieben.

Während Sorge also keinen Schulentwicklungsplan in Reichweite hat, kündigt sie dennoch schon eine Vielzahl von schulentwicklungspolitischen Einzelmaßnahmen an: Die Modellregion „Inklusion", (neben der Pilotregion „Inklusion", die erst mal zum Kennenlernen der Einrichtungen diene), die Schließung zweier Förderschulen, die Veränderung von BFZs, vermutlich ein neues Gymnasium, neue Grundschulen …

Es ist Frau Sorge anscheinend nicht klar, dass die Gründung neuer Schulen (z.B: Valentin-Senger-Schule) ihre Grundlage in Teilfortschreibungen eines SEP und diese wiederum ihre Grundlage in einem gültigen SEP haben müssen, der aber nicht mehr gegeben ist, weil er nicht rechtzeitig fortgeschrieben wurde. (Wer sich die Vorlagen zur Teilfortschreibung für die Valentin-Senger-Schule ansieht, M 82, NR652, u.a. – im PARLIS-System der Stadt FFM für jede(n) möglich –, wird kaum zu einem anderen Schluss kommen können).

Wir müssen also wohl von einer Überforderung des Dezernats/der Dezernentin ausgehen. Insofern war die ursprüngliche Entscheidung von OB Feldmann, ihr Dezernat zu verkleinern, nachvollziehbar.

Es steht allerdings zu befürchten – aufgrund der Reaktion bzw. **Nicht**reaktion der meisten Stadtverordneten – dass die Unkenntnis auch bei den anderen BildungspolitikerInnen verbreitet ist. Sonst würden sie vermutlich fordernder aufgetreten sein.

In Bezug auf „Inklusion" hat Frau Sorge wahrscheinlich „Pilotregion" und „Modellregion" durcheinandergebracht. Sie hatte nämlich die „Pilotregion" als „unser Frankfurter Modell", unseren „Frankfurter Weg" bezeichnet hat (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Papier der AG der BerufschulleiterInnen), wo drei Grundschulen und eine weiterführende Schule „sich vernetzen, kennenlernen, strukturelle Dinge klären sollen wie den Einsatz von Integrationshelfern". Mit dieser ‚Pilotregion' will sich Sorge beim Land als „Landesmodell" bewerben. Die Mittel dafür (die Lehrkräfte) kämen durch die Schließung von Förderschulen zustande. Das seien halt „die Parameter des Landes". „Daran müssen wir uns halten", die könnten sich aber auch ändern, man wisse ja nicht. Man wolle auch keine Ängste schüren.

Was viele nicht wussten, dass am gleichen Tag zuvor die Förderschulleiter darüber informiert worden waren, dass 2 Förderschulen geschlossen werden sollen und zwar die Bürgermeister-Grimm-Schule und die Karl-Oppermann-Schule – den genauen Zeitpunkt wisse man noch nicht!!!).

„Wer Inklusion will, dem muss klar sein, dass wir dann keine Förderschulen mehr haben werden. Die Schließung ist nichts Schlimmes, sondern logische Konsequenz (…). Ich fordere zum Dialog auf (…) Wir stehen in enger Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt und mit den Förderschulen (…)", so Frau Sorge weiter. Die Orientierung sei 2015/16. Auf die Nachfrage bzw. Bemerkung der SPD-Stadtverordneten Weber, dass Unruhe bei den Schulen verständlich sei, wenn diese geschlossen werden sollen, ohne dass ein Konzept vorliege und was die Bewerbung als „Modellregion" denn bringe, wird nur mit den bereits genannten Floskeln „beantwortet".

Schulsanierung – ein Plan ist nicht in Sicht

Was die Sanierung von Schulen angeht, so sieht Frau Sorge es nicht so, „dass die Schulen am Darben sind."

Es wird einen „Aktionsplan Schulbau" geben zur Sanierung. Man sei innerstädtisch in Verhandlungen, es werde mehr geben als nur etwas für „die Eli". „Aber es kann nicht ALLES in 2014 begonnen werden!" (Schade, viele hatten auf das Wunder gehofft, dass 2014 ALLE Schulen saniert würden)

„Es wird das getan, was absolut notwendig ist." Schon ab 2014 werde die Elisabethenschule auf jeden Fall saniert. Die Ludwig-Weber-Schule bekomme 2014 „mindestens die Auslagerung und gesagt, wie's weitergeht". Als die SPD-Stadtverordnete Weber darauf hinweist, dass nach 10 Jahren und den jüngsten Protesten sich an der Elisabethenschule endlich was tue, ruft Frau Sorge vor sich hin: „Quatsch!!!" Mike Josef von der SPD kritisiert, dass die Gelder aus dem „Glaser-Fonds" allein für die Elisabethenschule genommen worden seien (42 Millionen Euro). Es gebe aber mindestens 4 Schulen mit ähnlicher Größenordnung, ohne dass gesagt werde, wie dies finanziert werden solle.

Im Übrigen gab es noch einen Antrag von ELF-Piraten, dass „das neue Gymnasium" in bisher mit Gymnasien unterversorgten Stadtteilen angesiedelt werden solle.

Die SPD wollte sich gar nicht auf ein neues Gymnasium festlegen, höchsten eine gymnasiale Oberstufe…

Frau Sorge: „Wir gucken uns erst mal die Zahlen an. Wenn sich rausstellt, dass die Eltern ein Gymnasium wollen, wird es auch gebaut und es wird keine Schulformdebatte geführt!" Basta, möchte man hinzufügen.

Das sollten wir nicht so durchgehen lassen!

Ingeborg Ulrich

Protest der ElisabethenschülerInnen vor dem Römer, Foto: Ina Maria Simon (Elisabethenschule)

DGB-Region Frankfurt: Den Stillstand beenden – Schulentwicklungsplan öffentlich diskutieren

Die Schulentwicklungsplanung soll in Frankfurt breit diskutiert werden – so kündigte es Bildungsdezernentin Sarah Sorge an.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaft GEW ist nicht beteiligt! „Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist dringend notwendig", so Britta Brandau, Vorsitzenden der DGB Frauen in Frankfurt „Der GEW-Bezirksverband im DGB forderte bereits im Februar 2013, dass der Stillstand bei den Schulentwicklungsplänen schnellstens beendet werden müsse."

Besonders der Schulentwicklungsplan S (für Sonder- bzw. Förderschulen) hätte spätestens mit Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention im Jahr 2011 überarbeitet und mit den Schulentwicklungsplänen für allgemeinbildende und berufliche Schulen (SEP A und SEP B) zusammengeführt werden müssen – gleichgültig, wie man zu der „Inklusionspolitik" der Landesregierung steht. Diesen letzten Aspekt teilt offensichtlich auch Frau Sorge, die diesen Aspekt in die Diskussion mit der Bemerkung um die Schulentwicklungsplanung einbauen möchte. „Die Inklusion stehe nicht zur Debatte, aber der Weg dahin ist offen", wird sie in der Presse zitiert.

„Wir verstehen aber überhaupt nicht mehr, warum Sorge vor Beginn dieses Diskussionsprozesses bereits Fakten mit Installierung der sogenannten „Pilotregion Inklusion" im Frankfurter Süden schaffen will". Im Bereich des Frankfurter Südens soll an drei Grundschulen und mindestens einer weiterführenden Schule die sog. „Pilotregion Süd" entwickelt werden. Sorge legte dar, dass im Zuge dieser Entwicklung zwei Förderschulen geschlossen werden müssten. Welche Schulen dies sein sollen, soll am 4. November – der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses bekannt gegeben werden.

„Wir empfinden es nach wie vor als Skandal, dass die Betroffenen – und das sind auch die Lehrerinnen und Lehrer – nicht an den kommunalen Diskussionen über die Entwicklung der Inklusion in Frankfurt beteiligt werden", empört sich Britta Brandau von den DGB-Frauen in Frankfurt. So weigert sich Sorge zum Beispiel, die Interessenvertretung der LehrerInnen, den Gesamtpersonalrat, an den inhaltlichen Diskussionen der Beratungskommission zur Entwicklung der Inklusion in der Stadt Frankfurt insgesamt und der Steuerungsgruppe der Pilotregion Süd im Besonderen zu beteiligen.

„Dass sie ohne jegliche Diskussion und Beteiligung der Betroffenen zwei Förderschulen schließen will, ist nicht hinnehmbar", bewertet Brandau diesen Prozess. „Wir befürchten außerdem, dass die „Pilotregion Süd" zu Lasten der Inklusion an den anderen Schulen, die nicht daran teilnehmen, gehen wird!". Schon jetzt können einige Grundschulen nicht mehr mit FörderschullehrerInnenstellen ausgestattet werden, obwohl diesen für jedes Kind vier Stunden in der inklusiven Beschulung und weiteren als „Vorbeugende Maßnahmen" zugesagt worden sind."

„Wichtig wäre es, schrittweise einen Weg in eine Schule für alle zu beschreiten, der die Qualitäten des Gemeinsamen Unterrichts sichert und darauf aufbauend einen sinnvollen Weg zur Inklusion einschlägt. Das geht aber nur unter der Beteiligung aller betroffenen Gruppen!", fordern die DGB-Frauen Frankfurt von der Bildungsdezernentin Sorge. „Im „Hauruck-Verfahren geplante Schulschließungen und Installierungen von Pilotregionen helfen dabei nicht weiter".

Nach der Umresortierung der Zuständigkeiten des Dezernates durch den OB müsste das jetzt möglich sein.

Britta Brandau, Vorsitzende der DGB Frauen Frankfurt, Pressemitteilung 17.10.2013

DGB Region Frankfurt: Gallus braucht endlich ein Oberstufengymnasium

Harald Fiedler, Vorsitzender des DGB Stadtverbandes Frankfurt am Main, fordert von der Politik in Frankfurter nach jahrzehntelanger Hinhaltetaktik endlich ein Oberstufengymnasium im Gallus einzurichten.

Politikerinnen und Politiker der Stadt können nicht immer wieder fordern, dass insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sich stärker in unsere Gesellschaft integrieren müssen, ihnen aber andererseits gleiche Bildungsangebote und -möglichkeiten z.B. um ein Abitur zu erreichen wohnortnah vorenthalten. Die Jugendlichen, die zwischen Höchst und dem Westend leben, müssen gleiche Bildungschancen erhalten, wie junge Menschen z.B. im Frankfurter Norden. Verwerflich wäre, so Fiedler, wenn die Politik ihre Entscheidung davon abhängig macht, wo sich ihr Wählerpotential befindet und das nicht vorhandene Kommunalrecht für unsere ausländischen MitbürgerInnen dabei eine Rolle spielt. Wer gleiche Lebensverhältnisse in einer Stadt in Sonntagsreden immer wieder propagiert, so Fiedler, der muss dies auch in praktisches Handeln umsetzen. Bei dem längst überfälligen Schulentwicklungsplan hat die Schuldezernentin Sarah Sorge, die Chance entsprechend Zeichen zu setzen. Unterstützung sollte dies nicht zuletzt von Integrationsdezernentin Eskandari bekommen.

Pressemitteilung 08.11.2013

Sanierungsdefizite: Die Vielzahl der Etatanträge zeigt lediglich die Spitze des Eisbergs

Bildungs- und Integrationsausschuss 02.12.2013: **Nichts wird entwickelt! Schwarz-Grün hält das Geld zurück!**

Anlässlich der Etatberatungen zum Haushalt 2014 liegen allein Einzelanträge zur Sanierung von 17 Schulen von Parteien, meist aber Ortsbeiräten vor, die die Notlage dort kennen.

Generell wird die Sanierung von Toiletten an vielen Schulen gefordert.

Teilweise sind die Sanierungsplanungen schon weit vorangeschritten, aber trotzdem wird die Umsetzung von einem Jahr ins andere geschoben.

Klar ist: Die Mittel reichen hinten und vorne nicht. Weil man ja lieber die Gewinne von Banken und anderen Großkonzernen subventioniert.

Zum wiederholten Mal wird eine Sanierungsliste gefordert (u.a. vom Ortsbeirat 6). Dabei stellen die eingereichten Etatanträge ja bereits eine solche dar.

Weitere angemeldete (aber wahrscheinlich wieder nicht berücksichtigte)Bedarfe gibt es bei der Ganztagsbetreuung und beim Schulmittagessen.

Deshalb gibt es zahlreiche Anträge, die Bau- und vor allem Sanierungsmittel erheblich aufzustocken, z.B. der Etatantrag des Ortsbeirats 6 (Aufstockung der Investitionsmittel auf 180 Mio. Euro, wie mal von der Stadträtin öffentlich gefordert.

Die SPD macht den Vorschlag, wenigstens die Aufstockung der Bauunterhaltung von 20 auf 30 Mio. locker zu machen und sie mit einer Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Punkte zu finanzieren.

Bis auf magere Anträge der Koalition aus CDU und Grünen werden wohl alle übrigen Anträge nur noch als Futter für Proteste taugen…

Zur Erinnerung: Seit 2007 haben ***CDU und Grüne auf über eine halbe Milliarde Euro verzichtet*** – durch ihre Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 490 auf 460 Punkte. Wie lange wollen CDU und Grüne diese Gewinnsubventionierung noch treiben???? Was sagt eigentlich die grüne Basis?

Zum Schulentwicklungsplan und zur Inklusion:
Die FDP fragt zu Recht, warum das Dezernat für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans eine Beraterfirma einschalten will, wo doch der Einbezug aller von Schulentwicklung Tangierten, also größtmögliche Transparenz jede Menge Informationen bringen kann.

Die Linke mahnt zum wiederholten Mal die Einplanung der Mittel zur Umsetzung der Inklusion an den Frankfurter Bildungseinrichtungen an.

Und die Berichte zur Integration/Inklusion in der Stadt sind das Papier nicht wert. Viel mehr als eine „ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe“ hat man noch nicht zustande gebracht!

GEW AG SEP

Städtisch tolerierte Trostlosigkeit: „Aufenthaltsraum“ an der Klingerschule

„Vorübergehende Befindlichkeiten …“
Pressekonferenz der Frankfurter GEW am 12.12.2013 zum Thema: ‚Modellregion – Viele Fragen, keine Antworten?‘ geplant

Die Vertreter der GEW richteten – zum wiederholten Mal – an die Schuldezernentin und die sie stützenden Stadtverordneten aus CDU und Grünen die Kritik:

Schulentwicklungsplanung und Modellregion sind im Grunde ineinander verzahnte, nicht voneinander trennbare Vorgänge. Schulentwicklungsplanung setzt die Beteiligung aller mittelbar und unmittelbar Betroffenen voraus, um zu einem gemeinsamen, trag- und zukunftsfähigen Ergebnis zu gelangen und dies dann gemeinsam umsetzen zu können.

Bei der Modellregion wird komplett anders vorgegangen. Bevor die konkrete Zielrichtung (Gestaltung und Umsetzung der Inklusion an Frankfurter Schulen) mit den Betroffenen diskutiert und entwickelt wird, werden schon konkrete Maßnahmen geplant (Teilschließung oder Umwandlung von Schulen – namentlich geht es um die Karl-Oppermann-Schule, die Bürgermeister-Grimm-Schule und die Kasinoschule). Dies wurde den Schulleitern und Kollegien einfach mitgeteilt – ohne irgendeine konkrete Perspektive aufzuzeigen. So demotiviert man Akteure anstatt sie mitzunehmen und zu beteiligen.

Auch andere Gründe sprechen gegen die Einrichtung einer Modellregion, z.B. die Deckelung von Lehrerstellen bei steigenden Schülerzahlen in der Stadt Frankfurt.

Die GEW richtete – ebenfalls wiederholt – folgende Fragen an die Dezernentin:

- Ist es nicht sinnvoll, Vorerfahrungen einzubeziehen und dafür auch erst einmal zu erfassen? (aus dem „Gemeinsamen Unterricht“, der „Pilotregion“, …)
- Welchen Sinn hat diese Art der Vorgehensweise?
- Warum integriert man die Vorüberlegungen, ob und mit welchem konkreten Ziel man eine Modellregion gründen möchte, nicht in die Schulentwicklungsplanung und erhält dadurch die Chance, einen auf die Frankfurter Situation bezogene, von vielen getragenen Entwicklungsprozess gestalten zu können?

Keine unserer Fragen wurde von Frau Sorge beantwortet.

Neben vielen bereits bekannten Allgemeinplätzen wurden, was uns besonders empört, Befürchtungen und die ungewisse Situation, in der sich zur Zeit viele FörderschulkollegInnen befinden, als vorübergehende Befindlichkeiten eingestuft. Das kann man wohl Arroganz nennen.

Wir fragen uns, warum auch in diesem Bildungsausschuss Frau Sorge keine konkreten Maßnahmen benannte, obwohl den Schulleitungen und Kollegien der oben genannten Schulen diese bereits vom Staatlichen Schulamt so mitgeteilt wurden.
Offensichtlich wird hier bereits hinter den Kulissen eifrig gehandelt, während man in der Öffentlichkeit beschwichtigt und das ganze herunterspielt. So kann aus unserer Sicht aber weder Schulentwicklungsplanung noch eine Modellregion funktionieren und gelingen.

Uns ist neben den planerischen Fragen aber auch die Situation an den Schulen und die Auswirkungen des oben beschriebenen Handelns wichtig, weshalb wir zu einer Pressekonferenz einladen und dort auch die Personalräte der drei genannten Schulen über die Situation an ihren Schulen berichten werden.

Sebastian Guttmann

Keine 3 Cent mehr für Frankfurter Schüler

Der Ausschuss für Bildung und Integration der Stadt Frankfurt hat mit den Stimmen der CDU, Grünen und FDP den Antrag der SPD zur Etaterhöhung des Frankfurter Stadtschülerrates von 6.800 auf 8.800 Euro abgelehnt.

Der Stadtschulsprecher Frederik Michalke bedauert, dass der Bildungsdezernentin und den Regierungsfraktionen im Römer die Schülerinnen und Schüler pro Kopf keine 3 Cent mehr wert sind.

Mit den zusätzlichen Geldern war geplant, einen großen Frankfurter Schülerkongress zu veranstalten, ein zusätzliches SV-Einsteigerseminar zu organisieren und die SV-Strukturen in den über 150 Frankfurter Schulen zu unterstützen.

Dass man sich nicht interfraktionell bei solch einem moderaten Anliegen für die Frankfurter Schüler einigen kann, enttäuscht den Stadtschülerrat.

Man sollte Bildungspolitiker an ihren Taten messen, wenn es dann um 3 Cent mehr pro Frankfurter Schüler geht, wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit offensichtlich.

Dieses Beispiel ist ein Lehrstück dafür, dass Politikverdrossenheit unter Jugendlichen gefördert werden kann, so Frederik Michalke.

Der Stadtschülerrat vertritt die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden und beruflichen Schulen.

Das sind über 60.000 Schülerinnen und Schüler. Dies ergäbe bei einer Aufstockung des jetzigen Etats um 2000 Euro 3 Cent mehr, also 14 Cent statt 11 Cent pro Kopf.

Pressemitteilung des StadtschülerInnenrats Frankfurt vom 02. 12. 2013

Das Engagement des Stadtschülerrats unterstützen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt möge beschließen:
Der Etat des Stadtschülerrats Frankfurt wird angehoben von 6.800 Euro, um 2.000 Euro, auf 8.800 Euro

Begründung:
Schülervertretungen sind für Schülerinnen und Schüler der erste Weg, sich sozial zu engagieren und an den Schulen mitzubestimmen. Der Stadtschülerrat Frankfurt ist die stadtweite Interessenvertretung der ca. 91.000 Schüler der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Frankfurt. Die Aufgabe des SSR ist es, den Schulen beim Aufbau und Ausbau ihrer schulinternen Vertretungen zu helfen, Einsteigerseminare zur Arbeit in den SVs zu organisieren, einen thematischen Frankfurter Schülerkongress zu veranstalten und die Schüler bildungspolitisch aufzuklären. Um die organisatorische Arbeit bewältigen zu können, beschäftigt der SSR außerdem einen nebenamtlichen Geschäftsführer, dessen Vergütung sich auf 200 Euro pro Monat beläuft.

Das Budget des Stadtschülerrats wurde in den letzten Jahren um fast 50% gekürzt. Dadurch können über die genannten Aktivitäten hinaus keine weiteren Veranstaltungen mehr organisiert werden. Es sollte jedoch dem Stadtschülerrat Frankfurt möglich sein, weitere Projekte zu realisieren, um wieder einen größeren Teil der Frankfurter Schülerschaft zu erreichen. Dafür ist eine maßvolle Erhöhung des Etats für den Stadtschülerrat dringend notwendig. In den Schülervertretungen wird der Grundstein für späteres gesellschaftliches Engagement gelegt, was mit einem vergleichsweise geringen Budget stärker gefördert werden sollte.

Antragsteller: SPD

Studienseminar verhindert
Vorstellung der GEW bei den neu eingestellten LiVs

Seit Jahren ist es üblich, dass sich die GEW (und, soweit vorhanden bzw. interessiert, auch andere Verbände) bei den neu eingestellten LiVs (ReferendarInnen) im Studienseminar im Verlauf einer Seminarveranstaltung vorstellen. Wir halten es für besonders wichtig, dass gerade den neuen KollegInnen zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung nahe gebracht wird, sie über grundlegende Aspekte der GEW-Politik sowie auch über AnsprechpartnerInnen der GEW, über Möglichkeiten, wie LiVs auch von der GEW unterstützt werden können, informiert und auch zu eigener aktiver Mitarbeit in der Interessenvertretung motiviert werden. So ist auch immer die Junge GEW bei diesen Vorstellungsterminen beteiligt.

Zu dem letzten Einstellungstermin (01. 11. 13) wurde dies am Studienseminar GHRF (Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen) Frankfurt der GEW jedoch verweigert, obwohl wir schon öfter nachgefragt haben. Als Begründung wurden organisatorische Zwänge genannt.

Die GEW Frankfurt kann dies jedoch nicht akzeptieren und protestiert entschieden gegen diese erstmalige Verweigerung. Das Seminar ist unserer Ansicht nach verpflichtet, auch die Aspekte der beruflichen Interessenvertretung angemessen in die Ausbildung zu integrieren, wozu eindeutig auch die Vorstellung der größten Organisation, in der LehrerInnen organisiert sind, nämlich der GEW, gehört. Wir fordern, dass uns, der GEW Frankfurt, umgehend die Möglichkeit gegeben wird, uns im Rahmen einer Seminarveranstaltung auch den neu eingestellten LiVs des Studienseminars GHRF vorzustellen.

Obere Reihe: *Uli Hildebrand, Sebastian Guttmann*
Zweitobere Reihe: *Waltraud Umbach, Albin Zeidlewitz, Ernst Olbrich, Daniel Gnida, Margret Kröger, Meike Bär, Christina Avellini*
Zweituntere Reihe: *Enis Gülegen, Henrich Zorko, Christa Sperr-Straub, Hanne Hirn, Ingeborg Ulrich, Claudia Glock*
Untere Reihe: *Valentin Wiedemann, Martina Dunkel-Volknandt, Bine Friedrich, Rainer Koch, Christiane Treffert, Alexandra Menk, Maike Wiedwald.*

GEW Beamte

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Bär, Meike	FR-Dessauer Gym.	GOS	06192-309299	MeikeBar@aol.com
Dunkel-Volknandt, Martina	E-Huperdinck-Schule	GrS	069-59791886	TinaDV@gmx.de
Friedrich, Sabine	Panoramaschule	Fö	06171-4753	bine-friedrich@t-online.de
Glock, Claudia	Holbeinschule	R	069-676908	claudiaglock@web.de
Guttmann, Sebastian	Hostatoschule	GrS+	06190-8879915	ps.guttmann@t-online.de
Hildebrand, Ulrich	L-v-Rothschild-Schule	R	06101-497144	Hibrand@yahoo.de
Hirn, Hanne	Franz-Böhm-Schule	BS	06171-508241	brainmail@t-online.de
Koch, Rainer	G-August-Zinn-Schule	IGS	069-7891567	rainer.j.koch@t-online.de
Olbrich, Ernst	Klingerschule	BS	0641-98689602	Ernst.Olbrich@yahoo.com
Treffert, Christiane	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	069-766291	c.treff@gmx.net
Ulrich, Ingeborg	Schule am Ried	KGS	069-46308697	Ing.Ulrich@gmx.net
Umbach, Waltraud	Kirchnerschule	GrS	069-6667588	Waltraud.Umbach@t-online.de
Wiedwald, Maike	C-v-Weinberg-Schule	IGS	069-66076959	m.wiedwald@t-online.de
Zorko, Henrich	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	0172-7785855	zorko.ersii@t-online.de

GEW Arbeitnehmer

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Kröger, Margret	Panoramaschule	Fö	069-96230970	Kroeger-Frankfurt@t-online.de
Zeidlewitz, Albin	Bethmannschule	BS	069-595248	zeidlewitz@t-online.de

Nachrücker / Gewerkschaftsbeauftragte

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Weber, Katja	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	06196-653003	webkmail@yahoo.de
Wiedemann, Valentin	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	069-778956	valentin-wiedemann@gmx.de
Menk, Alexandra	Walter-Kolb-Schule	HR	06146-8492575	a.menk@walter-kolb-schule.de
Gülegen, Enis	Sophienschule	H	069-547434	guelegen@googlemail.com

Schwerbehindertenvertreter

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Wrede	Engelbert	SSA FFM	069-38989-430 069-20326287	e.wrede@f.ssa.hessen.de

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt
Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19
E-mail: **info@gew-frankfurt.de**
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:
dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr
donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam
Bettina Happ-Rohé, Maike Wiedwald

Redaktion Ernst Olbrich (verantw.), Herbert Storn
Rechtsberatung Hanne Hirn, Hans Wedel, Thomas Sachs
montags 15.30 - 18 Uhr,
Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt
Satz & Layout
Karin Dienst, Christian Häussler
Druck ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH i.G
Auflage ca. 3.200
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Nachrichten ...

Zwangsversetzungen von Förderschullehrkräften

Seit diesem Schuljahr versucht das Staatliche Schulamt Frankfurt, damit zu beginnen, Förderschullehrkräfte, die ihre Stammdienststelle an einer Förderschule haben, auch gegen ihren Willen an Förderschulen zu versetzen. Wir lehnen diese Maßnahmen, die gegen das Interesse der Kollegen gehen, ab. Sie verhindern auch eine echte inklusive Schulentwicklung (Förderschullehrkräfte müssen gleichberechtigter Teil des Kollegiums und vor Ort sein)!

Im März schickte das Staatliche Schulamt eine Verfügung an die Schulleitungen der betroffenen Schulen, ohne den Gesamtpersonalrat zu beteiligen. Neben den inhaltlichen Aspekten war hier vor allem auch die extrem eng gesetzte Frist (Verfügung kam kurz vor den Osterferien, eine Woche nach den Osterferien sollten die Schulleitungen Namen von zu versetzenden Förderschullehrkräften melden) eine Zumutung. Das Staatliche Schulamt vertrat die Auffassung, dass die Verfügung keiner Beteiligung unterliege, da sie nur selbstverständliche Abläufe regele. Daraufhin leiteten wir beim Verwaltungsgericht ein Beschlussverfahren auf ein Beteiligungsrecht bei der Verfügung ein.

In der mündlichen Anhörung teilte der zuständige Richter unsere Auffassung, weshalb das Schulamt eine Beteiligung einräumte, die Verfügung zurückzog und uns einen neuen Entwurf zur Beteiligung vorlegte. Trotz einiger Verbesserungen, die wir in der Erörterung mit dem Schulamt erreichen konnten, stimmten wir der Verfügung nicht zu. Dies hat zwar keine aufschiebende Wirkung, ist aber dennoch ein Signal, dass wir weiterhin alle betroffenen Kollegen bestmöglich unterstützen werden. Wir sehen es als Erfolg, dass bisher keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt werden konnte.

Großes Schulbudget – Selbstständige Schule

An einigen Frankfurter Schulen wird über die Beantragung des „Großen Schulbudgets“ und somit über die Einführung der „Selbstständigen Schule“ diskutiert (denn beides gehört zusammen und wird auch zusammen beschlossen!). Als neues Argument wurde von Befürwortern dieses Schrittes (zumeist Schulleitungen) ins Spiel gebracht, man habe vom Staatlichen Schulamt gehört, dass man das „Große Schulbudget“ jedes Jahr auch wieder zurückgeben könne und dann wieder alles beim Alten sei. Dies verwunderte uns sehr, da uns die dafür notwendigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht bekannt waren und auch im Schulgesetz §127 nichts über eine Rücktrittsmöglichkeit von der Selbstständigkeit steht. Auf unsere Nachfrage in der Gemeinsamen Sitzung war auch die Antwort des Schulamtes sehr interessant.

Man habe diese Auskunft gegeben. Man *glaube*, dass das doch irgendwie gehen müsse. Man kenne allerdings keine schriftlichen Verfahrensregelungen und auch keine praktischen Beispiele dafür. Da es aber beim „Kleinen Schulbudget“ auch gehe (hier gibt es allerdings Verfahrensregeln), müsse es beim „Großen Schulbudget“ doch auch gehen. Die mit dem „Großen Schulbudget“ verbundene Selbständigkeit sei doch gar keine große Sache, das wirke sich doch gar nicht auf die Schulen aus.

Zusammenfassend kann man diese Auskunft nur als weiteren Desinformationsversuch von Befürwortern der Selbstständigen Schule werten, denn wenn man die Fakten und Gesetzeslage betrachtet, gibt es derzeit keine Möglichkeit, durch Gremienbeschlüsse der Schule eine solche Entscheidung rückgängig zu machen.

Ludwig Weber-Schule

Völlig überraschend stellte sich heraus, dass es in Frankfurt immer noch Schulen gibt, in denen Asbest und auch PCB verbaut sind. Nach den großen Asbestsanierungen an vier Frankfurter Gesamtschulen vor ca. 10 Jahren war man davon ausgegangen, dass das größte Schadstoffproblem beseitigt sei. Und was es auch vergleichbar macht: auch dieses Mal wurde anfangs nicht mit offenen Karten gespielt; es dauerte lange, bis der Schulleiterin das Gutachten über die in den verschiedenen Bauteilen der Schule vorhandenen Schadstoffe zur Verfügung gestellt wurde. Überraschend ist schon, dass schwach gebundene Asbestprodukte auch nach so langer Zeit nicht in die Dringlichkeitsstufe I eingeteilt wurden. Schadstoffmessungen werden anscheinend immer noch, so weit uns bekannt, nicht bei laufendem Unterrichtsbetrieb vorgenommen.

Letzten Donnerstag fand in der Schule ein Treffen mit der Bildungsdezernentin Sorge und besorgten Eltern und Angehörigen der Schulgemeinde statt. Hier sollten Fragen zum Gutachten beantwortet werden und der Schule wohl mitgeteilt werden, wie es denn nun weitergeht.

Wir werden die Schule im Arbeitsschutzausschuss und mit unserem Fachwissen über Asbestsanierungen unterstützen. Die Forderung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen muss heißen: Entfernung aller schadstoffhaltigen Bauteile aus der Schule und, falls dies nicht möglich oder rentabel ist, die zeitnahe Planung eines Neubaus. In der Zwischenzeit müssen Schülerinnen und Schülern und Kolleginnen und Kollegen schadstofffreie Ersatzräume zur Verfügung gestellt werden.

Ein bitterer Beigeschmack bleibt auf jeden Fall: Vor ca. 15 Jahren wurden angeblich *alle* Frankfurter Schulen bezüglich Asbest und PCB untersucht und Gutachten darüber erstellt. Wo ist das Gutachten der Ludwig Weber-Schule von damals und fanden in der Zwischenzeit, falls man damals schon asbesthaltige Bauteile entdeckt hat, die vorgeschriebenen Begehungen und Begutachtungen der asbesthaltigen Bauteile statt?

Überlastungsanzeigen

Die von Lehrkräften an das Staatliche Schulamt gerichteten Überlastungsanzeigen seien nur im Rahmen der Verordnung über die Pflichtstunden der Lehrkräfte zu bearbeiten. „Entlastungsstunden“ seien daher nur über die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten oder die dort genannten Pflichtstundenermäßigungen möglich. Dieses war zumindest die Antwort der Dienststelle auf unsere Nachfrage, was sie an der Paul-Hindemith-Schule bezüglich der Überlastungsanzeige unternommen hätten. Zwischenzeitlich gab es auch

... aus dem Gesamtpersonalrat

Gespräche mit der Schulleitung der Paul-Hindemith-Schule. Ebenso werden die zuständige Schulpsychologin und die koordinierende Fachberaterin für „Schule und Gesundheit“ die Schule aufsuchen.

G8/G9

An vielen Frankfurter Gymnasien gibt es Diskussionen über die Rückkehr zu G9. Nachdem die ersten Frankfurter Gymnasien zu Beginn dieses Schuljahres zu G9 zurückgekehrt sind, möchten weitere folgen. Die hierfür nötigen Gremienbeschlüsse gibt es an der Musterschule, der Helmholtzschule und der Leibnizschule. Jetzt ist die Stadt Frankfurt gefragt, denn eine Rückkehr ist nur möglich, wenn die Stadt dem zustimmt, weil sich ein Raumbedarf ergeben könnte, für deren Schaffung die Stadt zuständig ist. An der Musterschule sei dieses alles geklärt, an den beiden anderen noch nicht. Hier sind wir gespannt, ob die Bildungsdezernentin ihr Versprechen einhält, keiner Schule, die zu G9 zurück wolle, Steine in den Weg zu legen.

Modulprüfungen

Auch an den Gesamtpersonalrat wenden sich Kollegen/innen, die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) betreuen und unterstützen und teilweise verzweifelt über Regelungen sind. So muss jetzt ein LiV den Vorbereitungsdienst beenden, weil das Modul nicht bestanden wurde. Ein Modul besteht aus der Mitgestaltung und Mitarbeit in diesem Modul und einem Unterrichtsbesuch. Für beide Teile erhält man eine Note und die muss insgesamt mindestens fünf Notenpunkte betragen, um das Modul zu bestehen. Sollte dieses nicht bestanden werden, muss eine sogenannte Modulprüfung abgelegt werden. Bei dieser kommen Ausbilder/innen anderer Studienseminare, die eine einzige Stunde beurteilen. Diese muss dann so ausfallen, dass die Note insgesamt fünf Notenpunkte ergibt, weil die Note für die Mitarbeit im Modul nicht verändert wird.

Wir können nicht nachvollziehen, warum man ein Examen insgesamt wiederholen kann, ein Modul aber nicht und alles von einer einzelnen Stunde mit fremden Ausbildern abhängen soll. Wir werden uns für eine Veränderung der Prüfungsordnung für die LiV’s einsetzen.

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Neue Landesregierung nicht vor vollendete Tatsachen beim Landesschulamt stellen

Nach dem Ausgang der Landtagswahl ist der HPRLL der Auffassung, dass das HKM weder die Präsidentenstelle besetzen soll, noch eine Liegenschaft anmieten soll, bis eine neue Landesregierung über Perspektiven des LSA entscheiden kann.

Dieses Ansinnen lehnt das HKM ab und beruft sich darauf, dass sie ein Gesetz umzusetzen habe. Sie verweist auch darauf, dass alle beim VG Wiesbaden anhängigen Personalverfahren vom LSA gewonnen wurden. Allerdings liegen noch einige Beschwerden beim VGH Kassel vor. Der HPRLL sowie der HPR Verwaltung sehen es nicht als politisch verantwortliches Handeln an, in dieser Situation mit den Stellenbestzungen und Versetzungsverfahren vom HKM zum LSA fortzufahren, da immerhin drei der fünf im neuen Landtag vertretenen Parteien sich in ihren Wahlprogrammen gegen die Errichtung des LSA in dieser Form ausgesprochen haben.

Der HPRLL hat ein Schreiben mit der Forderung nach einem Moratorium an den Ministerpräsidenten schickt – mit Kopie an die Kultusministerin und die Landtagsfraktionen.

Verordnung über die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler

In einer ersten Erörterung hat der HPRLL verdeutlicht, dass der VO-Entwurf einige positive Anpassungen an die Alltags- und Lebensrealität enthält, jedoch auch an einigen Stellen eine deutliche Ausweitung der Aufsichten und der Aufgaben der Lehrkräfte, ohne dass deutlich wird, wo die Zeit dafür herkommen soll. Auch sind Regelungen enthalten, die an kaum einer Schule umsetzbar sind, bspw. dass Lehrkräfte möglichst nicht zur Aufsicht eingeteilt werden sollen, „unmittelbar bevor oder nachdem sie Unterricht erteilen“. Der HPRLL hat folgende Regelungen besonders kritisiert: die Verpflichtung zur Aufsichtsführung an allen Haltestellen des ÖPNVs, die der Schülerbeförderung dienen, die Verpflichtung zur Ausbildung als Ersthelferin oder Ersthelfer über den Personenkreis der Sportlehrkräfte hinaus für alle Personen, die naturwissenschaftlichen oder technischen Unterricht erteilen, die Regelung, wonach die Lehrkraft als Letzte die Klasse nach dem Unterricht verlässt und als Letzte den Pausenhof nach der Aufsicht.

Das HKM hat einige kleinere Anmerkungen aufgenommen und will die Kritikpunkte „mitnehmen“.

Einsatz von „Teach First Deutschland-Fellows“

Nach längerer Erörterung hat der HPRLL den Erlassentwurf und den Entwurf eines Mustervertrags zur Arbeitnehmerüberlassung abgelehnt. Er sieht für das vorgelegte Vorhaben keine Rechtsgrundlage, insbesondere auch keine Rechtsgrundlage zur Finanzierung von Fellows. Zudem haben SchulleiterInnen rechtlich keine Befugnis, Verträge mit TeachFirst-Deutschland (TFD) abzuschließen, zumal das HKM bzw. das Land Hessen auch im Falle einer Zahlungsunfähigkeit einer Schule nicht eintreten wird, wie das HKM klarstellte. Weitere Ablehnungsgründe sind:

- Die vorliegenden Verträge zwischen TFD und den Fellows sind für Personalräte nicht zu akzeptieren.
- Schulen brauchen zusätzliches Personal zur Unterstützung ihrer Unterrichts- und Erziehungsarbeit, aber keine „Fellows“ ohne die erforderliche Qualifikation.
- Der von TFD vorgelegte „Einsatzrahmen“ ist nicht zu akzeptieren, insbesondere das selbstständige Arbeiten mit Schülerinnen und Schülern.
- Das Vertragsmuster zwischen TFD und Schule lässt Fragen offen. So wurde von Seiten des HKM immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne Zustimmung der GK der Einsatz von Fellows nicht möglich ist. Dem trägt der Mustervertrag nicht Rechnung.
- Der HPRLL sieht in TFD ein Einfallstor zur Entprofessionalisierung des Lehrerberufes, ein Geschäftsmodell mit ganz eigenen Interessen und das Ziel, ein Netzwerk für zukünftige Karriereplanung aufzubauen und nichts, was der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler dient.

„Modellregionen Inklusive Bildung“

Der HPRLL hat die Erörterung abgeschlossen. Nun sind die GPRLL gefordert, auf die Probleme bei Einrichtung bzw. Umsetzung der Modellregionen zu bearbeiten und ihre Beteiligung einzufordern. Die Mitarbeit in einer Planungsgruppe kann dabei nach Auffassung des HPRLL nicht die Personalratsbeteiligung ersetzen.

„104 / 105%“-Zuweisung

Die Unklarheiten bzgl. der Liste von Fragen und Antworten zur „104 / 105%“-Lehrerzuweisung im Internet (FAQ-Liste) konnten ausgeräumt werden. Die dort erwähnten verschiedenen Handreichungen werden z.T. noch erarbeitet. Es handelt sich z.B. um die „Handreichungen zum großen und kleinen Schulbudget“ (HGKS) oder die „Richtlinie für unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung“ (RUSF). Weiterhin erarbeitet das HKM noch eine Handreichung zu Vertragsgestaltungen (bei Einstellungen) durch die Schule. Es soll eine Übersicht geben, welche Verträge Schulen schließen können je nach ihrem Status. Zudem wird geklärt, dass die Zuweisung für OloV im Zuweisungserlass unter Anlage 19.8.1 extra ausgewiesen ist, während MINT, BILI und Schwerpunkt Musik mit den 104 / 105% verrechnet werden. Die Stunden für die Schulkoordinatoren zur Umsetzung der Bildungsstandards sind nun auch in den 104 / 105% enthalten.

Programm der Führungsakademie

Die Kritik des HPRLL, dass im Schulungsprogramm der Führungsakademie das HPVG und die Zusammenarbeit mit dem Personalrat nicht vorkommen, ist offensichtlich angekommen. Für 2014 sind zwei eintägige Veranstaltungen, eine für die Region Nordhessen und eine für Südhessen, für Schulleiter und Stellvertreter vorgesehen. Die Konzeption sei bereits in groben Zügen vorhanden, eine Teilnahme des HPRLL zur Konzeption und Durchführung sei „angedacht“. Der HPRLL hält dies nicht für ausreichend und fordert auch eine Einbeziehung des HPVG in die Angebote für neue Funktionsstelleninhaber, was das HKM nicht ausgeschlossen hat.

Erlass Lebensarbeitszeitkonto – Unterbrechung durch Krankheit

Der Erlassentwurf regelt, dass bei Vorliegen einer durch ärztliches Attest nachgewiesenen Erkrankung von mindestens einer vollständigen Woche (Mo-Fr) bei vorzeitiger Inanspruchnahme des Zeitguthabens aus dem Lebensarbeitszeitkonto der Kontingentabbau unterbrochen wird, ohne dass sich an dem ursprünglich genehmigten Gesamtzeitraum der vorzeitigen Inanspruchnahme etwas ändert. Die entsprechenden Stunden aus dem Lebensarbeitszeitkonto verbleiben weiter im Kontingent. Der HPRLL hat den Erlassentwurf zur Kenntnis genommen.

Ergebnisse nach Prüfungen im Rahmen der Ausbildung

Der HPRLL hat eine schriftliche Anfrage nach der Zahl der nicht bestandenen Prüfungen zum 2. Staatsexamen gestellt sowie nach den Gesamtnoten und den Durchschnittsnoten. Zudem möchte er wissen, wie viele Modulprüfungen absolviert wurden und wie viele davon nicht bestanden wurden, außerdem nach der Zahl der LiV, die ihre Ausbildung abgebrochen haben.

Einstellung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zum 01. 11. 2013

Aus der Sitzung der Konfliktkommission wurde berichtet, dass durch Absagen einiger BewerberInnen nun alle im GHRF-Bereich ein Angebot erhalten. Da in diesem Bereich sogar noch Stellen freibleiben, werden sie in den Gymnasial-Bereich und in den beruflichen Bereich verschoben. So können im beruflichen Bereich noch über 60 Nachrücker ein Angebot erhalten, so dass die Zahl der LiV dort nicht ganz so gering ausfällt wie befürchtet. Wartelisten gibt es also nur noch im Gymnasial-Bereich, allerdings sind diese immer noch sehr umfangreich, insbesondere was die Fächer Deutsch, Englisch, Geschichte, Powi und Sport angeht sowie neuerdings Ethik.

Innenrevision

Das HKM informierte, dass der hessische Rechnungshof vor allem den Verfahrensablauf der Innenrevisionen bemängelt. Diese komme auch auf Schulen zu. Ein Punkt, der auch auf die Personalräte zukomme, seien die bei einer Innenrevision aufgetretenen Unregelmäßigkeiten, die Vorstufe zu weiteren Ermittlungsverfahren seien. All dies werde u. a. in der Geschäftsordnung geregelt.

Der HPRLL sagte, dass er sich zunächst über die Bedingungen informieren will, unter denen die Innenrevision durchgeführt wird.

Das HKM merkte an, dass Sonderprüfungen punktuell an Schulen stattfinden werden. Diese würden dann nicht extra mit dem HPRLL verhandelt.

Der HPRLL erwiderte, dass er aber vom HKM eine Erörterung im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit erwarte, wenn übergreifende Dinge wie z. B. pädagogische Tage untersucht würden.

Bevor der HPRLL sich weiter damit beschäftigt, muss geklärt werden, inwieweit eine entsprechende Rechtsgrundlage für den Schulbereich vorhanden ist.

Abituraufgaben

Das HKM teilte auf eine Anfrage des HPRLL mit, dass in der Kommission zur Entwicklung von Aufgaben für das Landesabitur Ethik die Abordnungen der bisherigen Mitglieder zum 31. 07. 13 beendet wurden. Am 01. 08. 13 sei die Kommission neu besetzt worden. Die Bereitstellung von Aufgaben für das Landesabitur 2014 sei gesichert. Die Frage des HPRLL nach dem Konflikt, der zur Auflösung der Kommission geführt hat, blieb unbeantwortet.

Jahresgespräche

Der HPRLL überreichte dem HKM eine Verfügung des Landesschulamtes, in der an Jahresgespräche erinnert wird, deren Ergebnisse den Personalakten beigefügt werden sollen. Genau dies dürfe gemäß Erlass des HMdIS nicht erfolgen. Er bittet, dies zu klären. Zudem muss klargestellt werden, dass AusbilderInnen nicht zu Jahresgesprächen verpflichtet sind (gleiche Regelung wie bei Lehrkräften), da in einem weiteren Schreiben des LSA dies wiederum nicht berücksichtigt wird.

Weiterbildungskurs für das Fach Islamische Religion für das Lehramt an Grundschulen

Der HPRLL begrüßt, dass für diese WB-Maßnahme drei Entlastungsstunden vorgesehen sind und keine Verwaltungspauschale vorgesehen ist und fordert dies auch für andere WB-Maßnahmen. Dies sagt das HKM jedoch nicht zu. Die Veränderungs- bzw. Ergänzungswünsche des HPRLL zum Ausschreibungstext will das HKM aufnehmen. Hierbei geht es um den Hinweis, dass die Lehrbefähigung von einem unabhängigen wissenschaftlichen Gremium erteilt wird, das in staatlicher Hand liegt, und an anderer Stelle, dass Lehrkräfte mit dem Einsatz an mehreren, auch räumlich weit auseinander liegenden Schulen rechnen müssen.

Bettina Happ-Rohé
Klingerschule
(212-44019)
mffn1990@aol.com

Christoph Baumann
Paul-Hindemith-Schule
(21245355)
Tel. 06192-43935
gew@baumannchristoph.de

Tipps und Hinweise für die Personalratsarbeit

Marianne Friemelt

Arbeitszeit
Die Arbeitszeit ist – neben der Höhe des Gehalts – der zweite wichtige materielle Bestandteil unseres Beschäftigungsverhältnisses.

Müssten wir weniger arbeiten, wäre es leichter, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Weniger Menschen müssten in ein Teilzeitarbeitsverhältnis gehen aus der Befürchtung heraus, die volle Stelle nicht zur eigenen Zufriedenheit meistern zu können.

Umgekehrt würde eine höhere Vergütung es eher ermöglichen, auch im Teilzeitarbeitsverhältnis mit dem Verdienst auszukommen. Die Gehaltshöhe und die Menge der Arbeitszeit bedingen sich also gegenseitig.

Wer entscheidet über die Höhe der Arbeitszeit?
Für Beamte ermächtigt das Hessische Beamtengesetz die Landesregierung, die Arbeitszeit per Rechtsverordnung festzulegen. Im Gegensatz zu den Tarifbeschäftigten: deren Arbeitszeit wird in Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft ausgehandelt. Das Beamtenrecht bleibt demgemäß weit hinter dem demokratischen Verständnis von „gleichberechtigten Verhandlungspartnern“ zurück.

Wie hoch ist die Arbeitszeit?
Durch die „Aktion Düstere Zukunft“, die der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch im Jahre 2004 lostrat, mussten die hessischen Beschäftigten Arbeitszeitverlängerungen hinnehmen. Während vorher die 38,5-Stunden-Woche galt, die Ende der 80er Jahre von der damals noch existierenden ÖTV erstritten worden war, legte Koch ab dem 01. 01. 2004 „per ordre de mufti“ neue, nach Alter gestaffelte Arbeitszeiten fest. Er kündigte den BAT und erklärte, dass neu eingestellte Angestellte nunmehr so viel zu arbeiten hätten, wie er bestimmen werde. Dies sei ab sofort die 42-Stunden-Woche. Für Beamte erfolgte dieselbe Festlegung über die Arbeitszeitverordnung. Für Lehrkräfte schlug sich dies in der Änderung der Pflichtstundenverordnung nieder und wurde seither auch nicht mehr reduziert. Die GEW fordert die Übertragung der inzwischen wieder tariflich geregelten 40-Stunden-Woche auch auf den Beamtenbereich.

In § 1(2) der Pflichtstundenverordnung (neuste Variante im Amtsblatt 7/2012) sind für jede Schulform die Pflichtstunden für Lehrkräfte unter 50 Jahren festgelegt. Diese Pflichtstunden enthalten die seinerzeit von Koch oben draufgepackte „Koch-Stunde“. Zwischen 50 und 60 mindert diese sich um eine halbe Stunde, ab 60 um eine weitere halbe Stunde. Die folgende Tabelle zeigt die Arbeitszeitverpflichtung von Büroarbeitskräften und die Übertragung in der Pflichtstundenverordnung am Beispiel einer Grundschullehrkraft:

(Tabelle 1)

Tarifbeschäftigte haben mit Inkrafttreten des TV-Hessen seit dem 01. 01. 2010 wieder eine 40-Stunden-Woche. Leider gilt dies nicht für tarifbeschäftigte *Lehrkräfte*, da diese laut einer Sonderregelung im Tarifvertrag in Bezug auf alle Regelungen zur Arbeitszeit den beamteten Lehrkräften gleichgestellt sind (was an anderen Stellen auch vorteilhaft sein kann).

Sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen mit Förderschwerpunkt körperliche, motorische oder geistige Entwicklung haben als einzige Beschäftigte des Landes Hessen eine 38,5-Stunden-Woche. Sie sind (im Gegensatz zu Lehrkräften) verpflichtet, ihre Arbeitszeit zu dokumentieren und nachzuweisen, dass sie die Ferienzeit, die über dem 6wöchigen Urlaubsanspruch liegt, in den Schulwochen vorgearbeitet haben.

Lehrkräfte ohne Lehramt
Ein Lehramt hat, wer beide Staatsprüfungen absolviert hat. Lehrende ohne Lehramt müssen eine Pflichtstunde mehr als diejenigen mit Lehramt unterrichten (§ 2(5) PflStdVO).

Deputate
Die Pflichtstundenverordnung sieht Deputate für LeiterInnen („Leiterdeputat“, § 4), weitere Leitungsmitglieder („Leitungsdeputat“, § 5) und KollegInnen, die Sonderauf-gaben übernehmen („Schuldeputat“, § 6), vor. Diese berechnen sich je nach Schul-form und sind außerdem abhängig von der Schülerzahl.

Leiter- und Leitungsdeputat enthalten je eine Deputatsstunde für die Weiterentwick-lung des Schulprogramms (HKM-Erlass vom 30. 05. 2007). Sollte diese Arbeit von Menschen aus dem Kollegium übernommen werden, müssen diese Deputatsstunden an diese weitergegeben werden.

Ohnehin können die Schulleiterin oder weitere Schulleitungsmitglieder Aufgaben aus ihrem Bereich delegieren und damit auch Deputatsstunden weitergeben (§ 3(4) PflstdVO).

Vertritt ein Kollegiumsmitglied ein krankes Schulleitungsmitglied länger als vier Wochen, gehen dessen Deputatsstunden über (§ 4(7) und 5(4) PflStdVO).

Über die Deputatsstunden aus dem Schuldeputat entscheidet die Gesamtkonferenz auf Vorschlag der Schulleiterin (§ 6(4) PflStdVO). Personalräte sind gut beraten, im Vorfeld Transparenz zu schaffen und bei der Ausarbeitung des Vorschlags mitzuarbeiten. Denn wenn während der Gesamtkonferenz Dissens entsteht, kann die Schulleiterin die Hälfte der Stunden nach eigenem Gusto verteilen.

Was geschieht mit der „zusätzlichen Unterrichtsversorgung“, die über 100% liegt?
Die Anzahl der Klassen und deren Stundentafel ergibt die Anzahl der Unterrichts-stunden, die der Schule zugewiesen werden (=“100%“). Seit einiger Zeit wird ein Prozentsatz zugewiesen, der über 100% liegt. (Stand Schuljahr 2013/14: nicht selbstständige Schulen erhalten 104%, selbstständige Schulen erhalten 105%). Auf Rechentricks, wie die Landesregierung auf diese Prozentsätze kommt, wird hier nicht eingegangen.

Die Schulleiterinnen selbstständiger Schulen können diese Mehrzuweisung voll ihrem Leiter- bzw. Leitungsdeputat einverleiben (§ 3(3) und (5) PflStdVO).

Die Schulleiterinnen nicht selbstständiger Schulen können 20% der Mehrzuweisung ihrem Leiter- bzw. Leitungsdeputat einverleiben, auf Beschluss der Gesamtkonferenz auch 30% (§ 3(3) und (6) PflStdVO).

Personalräte sollten mit ihren Schulleitungen intensiv beraten, was mit der Mehrzuweisung geplant ist. Denkbar sind hier Entlastung für MentorInnen, Einrichtung kleinerer Lerngruppen, Doppelbesetzung, Team-Teaching, Kompensation der Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten bei nicht teilbaren Dienstpflichten wie z.B. Klassenfahrten u.v.m. Mitbestimmungspflichtig sind die Schul- bzw. Gesamtkonferenz, da es sich um Haushaltsfragen handelt.

Altersermäßigung (§ 9 PflStdVO)
Eine Altersermäßigung kann man ab dem Schuljahresbeginn bekommen, nachdem man 55 Jahre wurde. Die Altersermäßigung ist gestaffelt: sie verdoppelt sich, nachdem man 60 Jahre alt wurde.

Teilzeitbeschäftigte aufgepasst: Nur wer mehr als ¾ der Pflichtstundenzahl im Un-terricht eingesetzt ist, bekommt die Altersermäßigung voll. Wer mehr als die Hälfte, aber bis zu ¾ im Unterricht eingesetzt ist, bekommt nur die halbe Altersermäßigung. Anträge auf Teilzeit sollten im Wissen darüber geprüft werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Deputatsstunden nicht als Unterrichtseinsatz gelten.

(Tabelle 2)

Die „Holzapfelstunde“
Zur Überwindung des „Schülerbergs“, der Ende der 90er Jahre auf die Schulen zukam, und damit er nicht zusätzliche Stellen schaffen musste, kam der damalige Kul-

Arbeiten, bis der Schnitter kommt ...

(Tabelle 1)	unter 50 Jahre	50 bis 60 Jahre ab Halbjahresbeginn	über 60 Jahre ab Halbjahresbeginn	Schwerbehinderte unabhängig vom Alter
Arbeitsstunden im Büro	42	41	40	40
Pflichtstunden einer Grundschullehrkraft	29	28,5	28	28

(Tabelle 2)	ab dem Schuljahrsbeginn nach dem 55. Geburtstag	ab dem Schuljahrsbeginn nach dem 60. Geburtstag
Unterrichtseinsatz von mehr als ¾ der Pflstdzahl	1 Pflichtstunde Altersermäßigung	2 Pflichtstunden Altersermäßigung
Unterrichtseinsatz von mehr als der Hälfte, aber bis ¾ der Pflstdzahl	½ Pflichtstunde Altersermäßigung	1 Pflichtstunde Altersermäßigung

Tipps und Hinweise für die Personalratsarbeit

tusminister Holzapfel auf die Idee, Lehrkräften, die zwischen 35 und 50 Jahren waren, eine Mehrarbeitsstunde (auch „Vorarbeitsstunde“ oder in der Schulverwaltung „ZUV“-Stunde genannt) aufzudrücken. Diese Mehrstunde wurde Woche für Woche in den Jahren 1998 bis 2008 von all denen geleistet, die zwischen 35 und 50 waren.

Ab 2008 wurde diese Stunde dann zurückerstattet, allerdings in verschiedenen Varianten. Einige ließen sie sich in zwei Jahresraten ausbezahlen und machten damit ein schlechtes Geschäft, da sie nur die Mehrarbeitsvergütung erhielten und die relativ hohe Sonderzahlung auch noch versteuern mussten. Andere bestanden darauf, die Stunde abfeiern zu wollen. Für diesen Personenkreis gilt: Alle, die 2008 oder später 50 Jahre alt werden, können diese Stunde mit dem Beginn des folgenden Schuljahres abfeiern, und zwar so lange, bis die vorgearbeiteten Stunden abgetragen sind.

2 Beispiele zum besseren Verständnis:

Person A wurde 2004 50 Jahre alt, hat also 6 Jahre vorgearbeitet. Die „Rückerstattung“ begann 2008 und läuft noch bis 2014. Jede Woche eine Stunde weniger.

Person B wurde 2000 mit 30 Jahren eingestellt. Ab 35, also ab 2005 musste sie die Holzapfelstunde leisten, allerdings nur bis 2008 = 3 Jahre. Sie wird 2020 50 Jahre alt sein und kann dann 3 Jahre lang eine Stunde weniger pro Woche arbeiten.

Nachteilsausgleich für Schwerbehinderte (§ 10 PflStdVO)

Um – sozusagen – von derselben Ebene aus starten zu können wie nicht behinderte Menschen, erhalten Schwerbehinderte einen Nachteilsausgleich in Form von Reduzierung der Pflichtstundenzahl. Dieser richtet sich nach dem Grad der Behinderung: ab GdB 50 sind es zwei Stunden, ab GdB 70 3 Stunden und ab GdB 90 4 Stunden (§ 10(1)). Darüber hinaus kann das Staatliche Schulamt in besonders begründeten Fällen weiteren Nachteilsausgleich gewähren (§ 10(2)). Es empfiehlt sich die Einbeziehung der Schwerbehindertenvertretung.

Diensterleichterung zur Wiederherstellung der Gesundheit (§ 11 PflStdVO)

Wer lange Zeit krank war, kann möglicherweise nicht von einem Tag auf den anderen wieder voll arbeiten. Oder: jemand hat eine akute Behandlung, die viel Zeit kostet, aber die Gesundheit wieder voll herstellen soll.

Für diesen Fall kann man beantragen, bei voller Bezahlung über eine begrenzte Zeit weniger arbeiten zu müssen.

Der Antrag muss, zusammen mit einer ärztlichen Empfehlung, auf dem Dienstweg an das Staatliche Schulamt gestellt werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann das Schulamt den Antrag ohne weiteres genehmigen (HKM-Erlass vom 27. 10. 2011). Sind diese nicht gegeben, muss der/die Betroffene sich vom Versorgungsamt begutachten lassen, falls das Schulamt dies verlangt. In jedem Fall ist es sinnvoll, sich zuvor vom Schwerbehindertenvertreter beraten zu lassen, auch wenn keine Schwerbehinderung vorliegt.

Weitere Ermäßigungen auf die Pflichtstundenzahl in besonderen Fällen

Arbeiten Lehrkräfte an weit auseinanderliegenden Dienststellen oder Standorten, können nach § 8 PflStdVO Ermäßigungen erfolgen, die nach Entfernung und Häufigkeit des Doppeleinsatzes während eines Tages gestaffelt sind.

Außerdem erhalten folgende Personen nach § 7 PflStdVO Ermäßigungen:

- Tätigkeiten in schulübergreifenden Projekten und Maßnahmen
- Beratertätigkeiten
- Schulsportkoordination
- Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme, für die ein besonderes dienstliches Interesse besteht
- Kreis- oder Stadtverbindungslehrkräfte (Die Verbindungslehrkräfte an Schulen haben laut § 6(6) Anspruch auf eine Stunde aus dem Schuldeputat.)
- Tätigkeit im Landesbeirat der Schülervertretung
- Leitung eines Medienzentrums
- Leitung eines Schülerheims

Lehrkräfte mit mindestens 8 Stunden in der Gymnasialen Oberstufe erhalten eine Anrechnungsstunde (§ 3(7)).

Lehrkräfte an Abendschulen mit mindestens 8 Stunden Unterricht nach 20 Uhr oder an Samstagen erhalten eine Anrechnungsstunde (§3(8)).

Die Anrechnung für die Tätigkeit von Personalräten ist nicht in der Pflichtstundenverordnung, sondern in einer eigenen Verordnung geregelt. Danach erhält jedes Schulpersonalratsmitglied eine Anrechnungsstunde. Personalräte mit 5 oder 7 Mitgliedern erhalten zusätzlich eine „Poolstunde“, über deren Verwendung sie frei entscheiden.

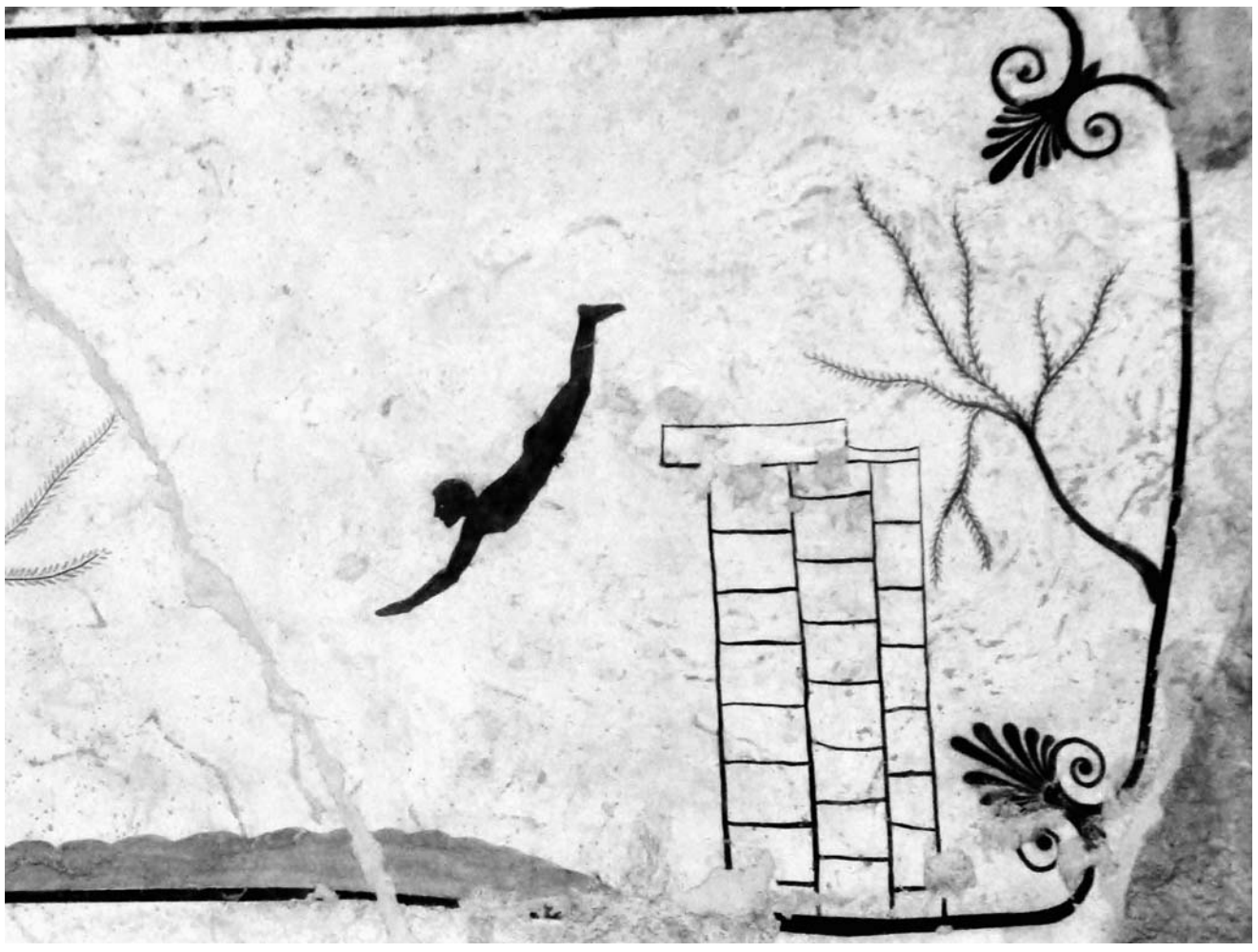
Lebensarbeitszeitkonto (§ 3 PflStdVO und Richtlinien zum Lebensarbeitszeitkonto, ABl 7/12)

Nachdem aufgrund der Auseinandersetzungen über das Zustandekommen des Tarifvertrags-Hessen für die Tarifbeschäftigten die 40-Stunden-Woche wieder durchgesetzt war, verlangte die GEW die Übertragung dieser Arbeitszeitverkürzung auch auf die Beamten und damit sowohl die beamteten wie auch die tarifbeschäftigten Lehrkräfte.

Die Hessische Landesregierung lehnte dies ab (was Wunder: allzu groß war das sich mit den Angestellten solidarisierende Engagement der Beamten während des Tarifkampfes ja auch nicht gewesen!) und probierte es mit einem „Trostpflästerchen“: Die Beamten unter 50, die derzeit die 42. Arbeitsstunde absolvieren (was im Lehrerbereich einer halben Pflichtstunde entspricht), bekommen diese ab dem 01. 01. 2007 auf einem „Lebensarbeitszeitkonto“ gutgeschrieben. Dieses können sie im letzten Jahr ihres Arbeitslebens, auf Antrag auch im letzten Halbjahr abrufen.

Ein Beispiel: Eine Lehrerin (Jahrgang 1979) wurde 2006 im hessischen Schuldienst eingestellt. Sie muss bis zu ihrem 50. Geburtstag im Jahre 2029 auf der Basis der 42-Stunden-Woche arbeiten und bekommt ab 2007 jedes Jahr eine halbe Pflichtstunde (Wochenarbeitszeit) gutgeschrieben. Bei 22 Jahren (2007 bis 2029) sind dies 11 Pflichtstunden. Diese kann sie in ihrem letzten Arbeitsjahr, also wenn sie 66 Jahre alt ist, das heißt im Schuljahr 2045/46 abfeiern. In diesem Schuljahr wird sie wöchentlich 11 Stunden weniger arbeiten müssen. Oder auf Antrag im letzten Schulhalbjahr 22 Stunden weniger. Wenn das kein Angebot ist und eine Perspektive für 2045! Vorausgesetzt natürlich, die Rechtsgrundlagen haben sich bis dahin nicht geändert. So könnte die Landesregierung die Zeitguthaben per Gesetz kassieren, weil sie die Schuldenbremse einhalten muss. Sie könnte das Pensionsalter auch weiter hinaufsetzen.

Problematisch ist: wenn die Lehrerin zu einem anderen Arbeitgeber, z.B. in ein anderes Bundesland wechseln will, muss sie sich selbst um ihr Guthaben kümmern. Mit viel Glück kann sie es vorher noch abfeiern. Aber wer weiß. Stirbt sie vorher, ist sowieso alles zu spät. Wird sie dienstunfähig, wird ihr die Zeit vergütet – immerhin – allerdings nur mit den Mehrarbeitsvergütungssätzen.



... oder auch mal tun und lassen, was man möchte?

Antrag auf vorzeitige Rückerstattung des Lebensarbeitszeitkontos stellen!

Aber es gibt einen Lichtblick: wenn man persönliche Gründe vorzuweisen hat und wenn keine dienstlichen entgegenstehen, kann man nach mindestens 4 Jahren Ansparzeit beantragen, das Lebensarbeitszeitkonto vorzeitig abfeiern zu dürfen. Die GEW rät allen Betroffenen, dies zu tun! Was man hat, hat man! Und Arbeitszeitverkürzung können wir – glaube ich – alle vertragen. Der Antrag muss ein halbes Jahr vorher gestellt werden. Man sollte hineinschreiben, wie man sich die Rückerstattung vorstellt, denn je nachdem, wie viele Stunden schon angesammelt wurden, möchte man vielleicht alles auf einen Schlag in einem Halbjahr abfeiern oder man möchte es lieber strecken. Persönliche Gründe sollten sich auch finden lassen: je individueller, desto größer die Chance, den Antrag genehmigt zu bekommen. Und sollte er abgelehnt werden, kann man Widerspruch einlegen. Das sollte man auch tun! Das Schulamt sollte ruhig zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeitszeitverkürzung dringlich ist und wir nicht so leicht nachgeben! Und man sollte den Antrag immer wieder stellen!

Lebensarbeitszeitkonto bei befristet Beschäftigten

Es leuchtet jedem ein, dass die Führung eines Lebensarbeitszeitkontos bei befristet Beschäftigten nicht sinnvoll ist. Für die Rückerstattung der halben Pflichtstunde hat sich das HKM deshalb etwas Besonders ausgedacht: Bei Verträgen, die über das ganze Schuljahr laufen, soll die Schule für den Ausgleich sorgen!!

Wenn also jemand ein ganzes Jahr lang eine halbe Stunde mehr gearbeitet hat, die er jetzt zurückbekommen soll, dann hat er (bei 52 Wochen) 26 Stunden auf seinem Lebensarbeitszeitkonto. Das heißt, dass er in der letzten Woche vor den Sommerferien praktisch zuhause bleiben kann! Werden das die Schulen so handhaben, insbesondere, wenn sie mehrere solche Beschäftigungsverhältnisse haben? Wie wird das geregelt?? Oder vertraut man dabei auf die Gutmütigkeit, das Engagement und die Angst der befristet Beschäftigten und hofft, dass der Anspruch unter den Tisch fällt? Eine Aufgabe für Personalräte, dies mit ihrer Schulleitung zu verhandeln, denn die Betroffenen werden sich nach aller Erfahrung nicht allzu sehr für ihre Rechte auf die Hinterbeine stellen, wenn dies auch wünschenswert wäre.

Beschäftigte mit einem Vertrag, der nicht über das ganze Schuljahr läuft, erhalten die Mehrarbeit übrigens in Form von Geld zurückerstattet. Auch dies sollte überprüft werden!

Hilfe durch die GEW

Die Regelungen zur Arbeitszeit sind kompliziert. Auch Schulleitungen wissen häufig nicht Bescheid und verschaffen den Beschäftigten nicht immer von sich aus die ihnen zustehenden Reduzierungen. Man muss sich also selbst darum kümmern. Personalräte müssen Verfahren absprechen und überprüfen, ob die geltenden Bestimmungen zu Gunsten der Beschäftigten angewendet werden. Die GEW hilft dabei, den Dschungel zu durchdringen. Wir kommen auch zu Personalversammlungen oder Gesamtkonferenzen, um über die Bestimmungen zu informieren.

*Vorhergehende Beiträge verpasst? Macht nichts: im Internet sind sie unter **www.gew-frankfurt.de** – Info für Personalräte – Materialien für den Schulpersonalrat abrufbar.*

Demokratieabbau gibt's gratis:
Wenn Bildung wirtschaftlichen Effizienzkriterien genügen soll

Am 31. 11. 2013 begann die von der GEW Frankfurt initiierte sechsteilige Vortragsreihe mit Diskussion unter dem Titel „Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Bildung" im Hörsaalgebäude der Frankfurter Universität in Kooperation mit der *Gesellschaft für Bildung und Wissen* (GBW) [1] und dem AStA.

Unter dem Titel *Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb* stand die Auftaktveranstaltung mit Dr. Matthias Burchardt von der Uni Köln als Referenten. Wie Matthias Burchardt der FLZ berichtete, stoßen er und weitere Repräsentanten der GBW bei ihren öffentlichen Auftritten mittlerweile auf Versuche, durch Klamauk Veranstaltungen gezielt zu stören. Er wertete dies als ein Zeichen dafür, dass die wachsende Resonanz der GBW, der neoliberalen Wende im Bildungssystem kritisch entgegenzuwirken, unterdessen wohl als Bedrohung empfunden werde. Kein Wunder, denn Matthias Burchardt zeigte mit seinem Vortrag wenig bekannte, aber zunehmend praktizierte Methoden der manipulativen Menschenbeeinflussung auf, die ein höchst trübes Licht aufs Demokratieverständnis von deren Veranstaltern werfen.

Auf dem Weg in die Postdemokratie

Burchardt legt seiner Analyse der Veränderungen im Bildungssystem die Theorie der *Postdemokratie* zugrunde, wie sie von dem britischen Politologen Colin Crouch in seinem gleichnamigen Buch entwickelt wird. Crouch zeigt auf, dass in den letzten Jahrzehnten Entscheidungsprozesse immer stärker von den dafür zuständigen demokratischen Institutionen wegverlagert wurden und weiter werden, und zwar hin zu Organisationen und Einrichtungen, die kein demokratisches Mandat besitzen. Dabei greift eine Top-Down-Logik, ausgehend von Organisationen auf der globalen Ebene wie der Welthandelsorganisation (WTO), dem dazugehörigen GATS (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) sowie der OECD, die sich heute in ihrem Staatenverbund als Universalverantwortliche für alles und jedes inszeniert. Allgemein bekannt ist die Verlagerung von Verantwortlichkeiten in Europa zu mangelhaft legitimierten Institutionen auf EU-Ebene, aber hinter den Kulissen üben weitere gänzlich unlegitimierte Akteure Einfluss aus wie z. B. die ERT (European Round Table of Industrialists). Der weltweit tätige Medienkonzern Bertelsmann mit seinen zahlreichen Gliederungen ist auf nationaler Ebene, aber nicht nur dort, eine machtvolle Einflussgröße, ohne irgendein Mandat dafür zu besitzen. Die Bertelmann-AG hat sich durch ein Stiftungsmodell einen gemeinwohldienlichen Anstrich verschafft, mit dem sie umso effektiver ihre strategischen wirtschaftlichen und politischen Ziele verfolgt. Für den 2009 verstorbenen Bertelsmann-Eigner Reinhard Mohn jedenfalls stellte die Unternehmens„kultur" des Konzerns das zukunftsfähige Organisationskonzept zur Gestaltung der Gesamtgesellschaft dar.

1 *Nähere Einzelheiten zur GBW unter http://www.bildung-wissen.eu*

So hält sich Bertelsmann bekanntermaßen einerseits für die innovative Kraft zur Umgestaltung des Bildungswesens, unterhält aber in Gestalt seiner Print- und TV-Medien auf der anderen Seite einflussreiche Volksverdummungsagenturen, deren Kampagnen und Wirkungsweise Matthias Burchardt mit eindrucksvollen Beispielen belegte.

Wie Bertelsmann Demokratie buchstabiert, wird aus dem auf der Homepage des Konzerns erhältlichen Ratgeber *Die Kunst des Reformierens* klar, wo es heißt: *„Um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Regierung sich im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen. Politische Entscheidungen, die der gegebenen Mehrheitsmeinung entgegenstehen, sind nur auf den ersten Blick demokratietheoretisch bedenklich.* „Demokratietheoretische" Bedenken wischt man dazu mit einer eigenwilligen Sichtweise des Wählerwillens weg, den man in einen ***empirischen Wählerwillen*** einerseits und einen ***hypothetischen Wählerwillen*** andererseits aufsplittet. Gerät dann einmal ein „verantwortungsvolles" Regierungshandeln in Gegensatz zum empirischen Wählerwillen, geht das in Ordnung, denn *„Regierungen sind nicht nur dem Elektorat (!) gegenüber, sondern auch **für etwas** verantwortlich"*, daher müssen sie *„für die situationsübergreifende Zielverfolgung"* auch unpopuläre Entscheidungen gegen Widerstände durchsetzen. Wahrscheinlich hat sich *„das Elektorat"* (neudeutsch für: der Pöbel) bei der Familie Mohn auch noch dafür zu bedanken, wenn es von seinen Regierenden so weise geleitet wird!

Change Management: Opposition war gestern!

Hartnäckige Widerstände gegen die notwendigen Veränderungen, die das dumme Volk einfach nicht einsehen will, sind daher mit ausgefeilten Strategien und Taktiken anzugehen, damit das Regieren auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelingt. Hier ist *Change Management angesagt* und hat dafür zu sorgen, die Veränderungen „publikumsfähig" zu machen, was strategisch anzugehen ist, wie im Folgenden gezeigt:

- Delegitimation des Bestehenden (schon als bestehende sind Strukturen reformbedürftig)
- Zerstörung gewachsener eingespielter Strukturen und Bindungen
- Entsolidarisierung und Diffamierung von Kritikern und Verlierern
- Etablierung von neuen Modellen mit kleinen Identifikationsattrappen
- Verheißung von Erfolg und gleichzeitigen Botschaften des Ungenügens = dauerhaftes Regime der Konkurrenz

Methoden ohne Inhalt – Wie man mit Unterricht Denken verhindert

Beim Vortrag von Prof. Andreas Gruschka vom Fachbereich Erziehungswissenschaften über *Strategien zur Vermeidung des Lehrens und des Lernens – der neue Methodenwahn* war zu erfahren, was die

Veranstaltungsreihe der GEW in der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Verdummungsstrategien, mit denen die Gesellschaft den Konzernen gefügig gemacht werden soll, innerschulisch anrichten, wenn sie zur Schablone für den Unterricht werden. Mit Slogans wie *From Teaching to Learning* gibt man sich einerseits den Anstrich, endlich das Ei des Kolumbus in der Pädagogik gefunden zu haben. Andererseits wächst die Bereitschaft, unter dem Label der „Wissensgesellschaft" Jahrtausende europäischer Entwicklung des Denkens und des verfügbaren Wissens auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Eine Bewegung mit einem tiefen Affekt gegen das Lehren und gegen Lehrer/-innen, nicht ohne historische Vorläufer wie beispielsweise J.-J. Rousseau, der verlangte, dass der Lehrer möglichst weit hinter das – autonome – Lernen des Schülers zu treten habe. Als Lockmittel dient einst und jetzt das Versprechen, die Potenziale des Schülers zu verbessern – auf Kosten des Anteils, den die Lehrtätigkeit für sich beanspruchen darf, die vielmehr als eine einzige Einschränkung und Knebelung der Lernenden niedergemacht wird. Rousseaus Utopie einer negativen Erziehung, die in der Abstandnahme von jeglicher eintrichternden Indoktrination der Schüler bestehen sollte und so emanzipatorische Ziele verfolgt, ist in den Händen der Methoden-Enthusiasten längst zu einem Programm der Scheinautonomie verkommen, die durch den geheimen Lehrplan zu umso effektiverer Unterwerfung der Schüler unter entmündigende Verfahren führt.

Gegenüber dem gängigen Methodenfetischismus mit seiner Tendenz zur inhaltlichen Entleerung des Unterrichts bestand der Referent darauf, dass Lehrmethoden nicht beliebig einsetzbare Instrumente seien, die sich bestimmten Inhalten gegenüber gleichgültig verhalten, sondern dass sie immer zu einer bestimmten Klasse von Inhalten gehören: Methoden sind Mittel zur Bearbeitung von konkreten Inhalten, hielt der Referent gegen die aktuelle Beliebigkeit im Methodeneinsatz fest. Unterricht habe sich der Aufgabe zu stellen, Methoden als Werkzeuge zu verstehen und sich anzueignen, die zur Erkenntnis von Inhalten des jeweiligen Wirklichkeits- bzw. Gegenstandbereichs dienen. Erkenntnis in diesem Sinne heißt Inhalte erkennen, verstehen, durchdringen.

„Verstehen" allerdings wird im „modernen", methodenfixierten Unterrichtsstil als schlimmstes Teufelswerk angesehen, aktuell sind dagegen Verfahrensweisen, bei denen der Schüler Methoden anwendet, ohne dass ein Begreifen des jeweiligen Gegenstands anvisiert bzw. erreicht wird. An verschiedenen Beispielen wurde diese Unsitte demonstriert.

Beispiel 1 – Gedichtinterpretation

Den Schülern wird zu einem vorliegenden Gedichtstext ein Arbeitsblatt offeriert, in dem es ihnen als „Interpretation" vorgegaukelt wird, wenn sie das Wortmaterial des Gedichts nach verschiedenen Kategorien in ein Schema einsortieren. Ein den Sinngehalt verstehendes Erfassen des Inhaltes von Metaphern dagegen erfolgt nicht; die gelungene Sortierungstätigkeit allein soll den gewünschten Lernerfolg darstellen: Kein ***Verstehen*** der metaphorischen Ausdrücke, sondern ***Suche*** und ***Einordnung*** davon.

Beispiel 2 – Experimentieren

Während das Experiment im tatsächlichen Forschungs-, d. h. wissenschaftlichen ***Erkenntnis***prozess der empirisch tastende Versuch ist, über einen unbekannten Gegenstand Einsichten zu gewinnen, indem er verschiedenen Einflussfaktoren ausgesetzt wird und die sich einstellenden Veränderungen begutachtet und verstandesmäßig untersucht werden, handelt es sich beim Schulexperiment um einen Akt pädagogischer Schaustellerei, da es um die didaktische Demonstration eines im Vorhinein sicheren und beabsichtigten Effektes geht. Es handelt sich also um eine Erkenntnis-***Simulation***, durch die einerseits das Experimentieren seines eigentlichen Wesensgehaltes beraubt wird, den Schülerinnen und Schüler andererseits aber auch nur vorgetäuscht wird, sie seien Erkennende, steht doch das Ziel ihrer „Erkenntnis" unabhängig von ihrem Wollen und Tun schon fest und soll in einem nur vorgetäuschten Denkprozess lediglich aufgefunden werden.

Beispiel 3 – Argumentieren

Hier bezog sich der Referent auf ein in Hessen weit verbreitetes Arbeitsblatt als Folie zur Einübung in das Argumentieren. Aufgabe ist, die in einem Text durcheinandergebrachte Ordnung wiederherzustellen. Wie Andreas Gruschka aufzeigte, ist ein Verstehen des im Text dargestellten gedanklichen Zusammenhangs zur Bewältigung der Aufgabe nicht nötig, da dies aufgrund anderer Merkmale ohne jedes Begreifen möglich sei: Einübung ins Argumentieren als mehr oder weniger schlaues Rätselraten: Auch im Nachhinein der erfolgreich gelösten Aufgabe werden die Schüler/-innen nicht an den vorliegenden Gedankengang und an dessen begreifendes Verstehen herangeführt. Argumentieren gerät hier jenseits jeder begreifenden Denkanstrengung zur Rekonstruktion von Ordnungen und verliert damit seinen emanzipatorischen Wesensgehalt.

Ein Methodenverständnis von diesem Kaliber beweist eindringlich die eingangs behauptete Erkenntnisfeindschaft gegenwärtiger Projekte, gelungenen Unterricht allein zur Frage eines passenden Methodenarrangements zu erklären. Bei Schülern/-innen kann dies zu verheerenden Auswirkungen führen, denn wozu soll man sich dann noch der Mühe des Denkens unterziehen, wenn auch auf anderem Wege das Ziel zu erreichen ist?

Massenmediale Verdummungsagenturen, sozialtechnologische Strategien zur Unterbindung von kritischem Denken und effektiver Interessensvertretung, schulische Erziehung zur kritiklosen Ausführung von vorgestanzten Lernprogrammen: So sieht das „Bildungs"programm des Neoliberalismus zur Erzeugung des konkurrenzfähigen Untertanen aus, dem auch in Zukunft mit wachsender Energie entgegenzutreten ist!

Ernst Olbrich

Bloß nicht denken! – Nachhilfeunterricht von Hirnpapst Hüther im HR

Am 30. 11. 2013 gab der Hörfunkboulevardsender HR3 dem Neurobiologen und massenmedial wohlinszenierten Hirnpapst Gerald Hüther die Gelegenheit, mit seiner dunkel raunenden Stimme zum Volk zu sprechen. Wer jemals Stress verspürt hat, wird beim Klang dieser Stimme sofort in einem prämeditativen Zustand versetzt. Dies war auch nötig, hatte doch die Moderatorin das stressmäßig höchstbelastete Thema „Schule“ und „Hausaufgaben als Störung des Familienfriedens“ auf die Tagesordnung gesetzt. Nachdem sie sich durch einige heftige Attacken gegen das Schulwesen als einer einzigen Einrichtung zur massenhaften und kollektiven geistigen Vergewaltigung von Minderjährigen der nötigen Zustimmung aller Hörerinnen und Hörer versichert hatte, die schon einmal an den Matheaufgaben ihrer Sprösslinge verzweifelt waren, durfte Hüther, von der Aura der Wissenschaftlichkeit besonnt, einige der Dummheiten vom Stapel lassen, für welche die Medienwelt ihn mit Prominenz belohnt. Zur Sprache kamen natürlich unfehlbar einige der bekannten Schock-Zahlen, um die von den Schulsorgen ihrer Kinder ohnehin genervte Zuhörerschaft endgültig auf seine Seite zu bringen. Nachdem das Märchen von der sturen Auswendiglernerei nutzlosen (!) Wissens, die angeblich den einzigen Inhalt schulischen Arbeitens darstellt, aufgewärmt worden war, folgte die Erklärung, Studien hätten festgestellt, dass sich die früheren Schulabsolventen/-innen zwei Jahre nach dem Schulabschluss nur noch an 2% des Gelernten erinnern würden. Was selbstredend zu dem in unseren Zeiten unwiderruflichen und letztinstanzlichen Todesurteil führt, das über eine Einrichtung zu verhängen ist: ***Ineffizient!***

Das Lustige an solchen Zahlenmogeleien ist die Tatsache (wenigstens lässt ihr hoher Verbreitungsgrad darauf schließen), dass niemand, vor allem kein Moderator und keine Moderatorin je auf die Idee käme, ihnen zu widersprechen oder sie kritisch hinterfragen. Zu kritischem Denken scheint bei den Beteiligten die von ***ihnen*** genossene Schulbildung wenigstens eher weniger angeregt zu haben. Interessant an der von Hüther verbreiteten Zahl wäre ja immerhin, was die zitierte Studie denn für eine Gesamtheit an Schulwissen zugrunde gelegt haben mag, wie sie diese in einem extrem parzellierten Schulwesen wie dem der föderalen Bundesrepublik zusammengestellt hat und wie dann die angenommene Gesamtheit mit den wirklich existierenden schulischen Wirklichkeiten übereinstimmt. Aber wie immer, wenn „Experten“ beim Radio vors Mikrofon geladen werden, war nicht die Stunde für dumme resp. intelligente Fragen, zumal die Moderatorin deutlich werden ließ, selbst von vorneherein von der Unhaltbarkeit eines Unternehmens wie dem öffentlichen Schulwesen überzeugt zu sein und sich Hüther wohl vor allem darum eingeladen hatte, um sich ihr Vor-Urteil noch einmal „wissenschaftlich“ bestätigen zu lassen.

Es kam, wie es kommen muss, wenn Hüther irgendwo auftaucht, um sozusagen aus dem Inneren des Gehirns heraus Institutionenkunde zu betreiben: Der Schule wurde insgesamt jede Legitimation für ihr Treiben abgesprochen, dafür wurden Kreativität, Entdeckungsfreude, selbstgestaltende Tätigkeiten und andere schöne Dinge als Alternative gepriesen, die an die Stelle des verruchten Systems treten sollten. Lediglich als Hüther zu „mehr elterlicher Gelassenheit“ angesichts der gewachsenen Leistungsanforderungen mahnte, kam leiser Widerspruch auf Seiten der Moderatorin auf, die zu Recht die Frage stellte, ob dies denn mit den Realitäten in dieser Gesellschaft vereinbar sei. Aber einen Wertordnungs-Hüther bringt eine kleine Radiosprecherin mit solch kleinlichen Einsprüchen nicht zum Straucheln. Ihm geht es um das Ganz Große Ganze, wie beispielsweise aus seinen visionären Worten hervorgeht, die er dem Manager Magazin 2012 in den Notizblock diktierte:

„Wir haben noch gar keine Ahnung davon, was alles im Menschen drinsteckt. Wir sind mitten in der Transformation, von der Ressourcennutzungs- zu einer Potenzialentfaltungskultur. Zum ersten Mal in der Geschichte können wir definieren, was wir brauchen, um uns entfalten zu können. Wir brauchen Gemeinschaften, in denen jeder auf seine Weise gesehen wird, in denen jeder auf seine Weise bedeutsam ist und dazugehören kann. Wir haben keine andere Chance, als diesen Weg gemeinsam zu beschreiten und dafür zu sorgen, dass dieser Planet nicht im Wahn der Machtinteressen zugrunde gerichtet wird.“

Je miserabler die Zeiten, umso hochtrabender die Sprüche!

Setzt man die verblasene Rhetorik dieser Welt-Runderneuerungsphrasen in Beziehung zum heruntergekommenen Zustand des deutschen Schulwesens unter dem Diktat der Schuldenbremse sowie dem tatsächlichen Stand der Verwüstung des Planeten durch die Profitgier, dann muss man wohl angesichts des Willens zum volltönenden Pathos von der totalen Hoffnungslosigkeit der Gegenwart ausgehen. *Unsere Mauern brechen, aber unsere Herzen nicht!* lautete eine Propagandaphrase der Nazis in den letzten Kriegsmonaten. Wenn die nutzbaren Ressourcen schwinden bzw. zum Schwinden gebracht werden, dann schwillt der Begeisterungssound zur Ertüchtigung *(Potenzialentfaltungskultur)* des Individuums an, aber auf keinen Fall, ohne nicht zugleich die sinnstiftende Wirkung der „Gemeinschaften“ zu beschwören, in welchen der Einzelne endlich *„dazugehören“* kann!

Wenn das Denken bei Hüther schon nicht in gutem Ruche steht, dann doch wenigstens das „Querdenken“ bzw. gleich der „Querdenker“, jedenfalls, wenn es dem Marketing dient. Früher eher als Störenfried empfunden, ist er laut Hüther durch das Anpassung fördernde System des Notenterrors zur ausgestorbenen Spezies unter den 1,0-Absolventen geworden, was das Marketing in entlegenen Weltregionen behindern kann:

Darum gilt ab sofort (Originalton Hüther): *„Schon ein einfaches Produkt, sagen wir mal ein Haarshampoo, das für Deutschland entwickelt wird, taugt nicht unbedingt für China. Da werden völlig andere Ansätze gefahren, etwa mit Neuromarketing oder Neuroökonomie. Deshalb kommt es sehr darauf an, dass es Diversität gibt, was das Geschlecht, die Kultur und das Talent angeht.“* Diversity zur Umsatzförderung! Neuromarketing! Da ist der Neurobiologe mit seiner Forderung nach mehr Querdenkerei „ganz bei“ dem Gesprächspartner von der philanthropischen Einrichtung BASF, die sich um den Verkauf ihrer Chemoprodukte sorgt.

Mehr als das hatte Hüther auch im HR nicht zu bieten. Was man durchaus so verstehen sollte, dass die ideologischen Lautsprecher vom HR sich für das geplante Stellenstreich-Orchester im hessischen Schulwesen unter Schwarz-Grün in Stellung bringen. Auf Lehrkräfte für eine Schule, die ohnehin nichts bringt als die Störung des Familienfriedens, wird man doch wohl weitgehend verzichten können! Man kann nur hoffen, dass die hessischen Eltern klug genug sind, solcher Verdummungspropaganda nicht aufzusitzen!

Ernst Olbrich

Veranstaltungshinweis **Jenseits des Hippokratischen Eids: Dr. Mengele und die Goethe-Universität**

Montag, 27. Januar 2014 , 18. Uhr, Raum Casino 1.801, Vortrag mit Diskussion von apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer

Die Veranstaltung betrifft die Schnittmenge zwischen der Goethe Universität einerseits und der vom NS Staat durchgeführt industriellen Massenvernichtung der europäischen jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma. Ganz bewusst am 27 Januar, dem Gedenktag an die Befreiung von Auschwitz soll diese Veranstaltung stattfinden, die an die Arbeit von Dr. Mengele an der Goethe Universität erinnern wird. Dr. Mengele war in Auschwitz-Birkenau dann als Lagerarzt nicht nur an den Selektion vor den Gaskammern und Krematorien beteiligt, er hat auch als Arzt mörderische medizinische Versuchung insbesondere an Zwillingskindern durchgeführt.

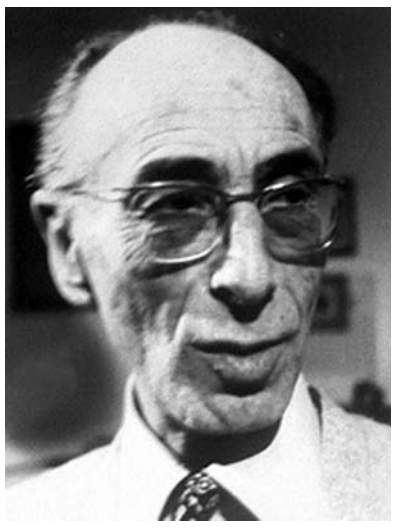
Für diese Veranstaltung wird nicht nur die umfangreich schon existierende Literatur über die mörderische Arbeit von Dr. Mengele aufgearbeitet und zusammengefasst, sondern es wird auch anhand der über ihn an der Goethe Universität existierenden Akten (Personalakte, Promotionsakte usw.) versucht werden, auf den schwer begreiflichen Bruch zwischen wissenschaftlicher und medizinischer Ethik, die für eine Universität verpflichtend ist, und seine spätere mörderische Arbeit in Auschwitz-Birkenau hinzuweisen.

Diese Veranstaltung es gleichzeitig eine Gedenkveranstaltung für die Verfolgten und Ermordeten des NS Systems, wie es der 27. Januar als Gedenktag zu Recht jedes Jahr erfordert.

100 Jahre Ernest Jouhy

(Erster Teil eines Artikels zu Ernest Jouhi – Fortsetzung in der nächsten FLZ)

Ernest Jouhy wäre 2013 100 Jahre alt geworden. Er war einer der herausragenden Persönlichkeiten aus der Professorenschaft der Goethe-Universität. Als Pädagoge und Erziehungswissenschaftler lehrte er ab 1969 und war einer der wenigen „Rückkehrer“ aus dem Exil, die an der Goethe Universität – wie auch Adorno und Horkheimer – lehrten.



Ernest Jouhy wurde vor hundert Jahren 1913 in Berlin als Ernst Jablonski geboren. Er wurde 1933 vom NS-Regime von der Berliner Universität (Studium der Pädagogik) relegiert und floh nach Frankreich. Dort übernahm er die Leitung des Jüdisches Kinderheims „Kinderrepublik“ für die Opfer des Pogroms am 9. November 1938, er kämpfte in der französischen Resistance (MOI – Mouvement des Ouvrier Immigrés) gegen die deutschen NS-Besatzer. Sein Vater wurde deportiert und ermordet. Er kehrte dann nach Deutschland zurück und arbeitete seit 1952 siebzehn Jahre als Lehrer. 1969 wurde er Professur für Sozialpädagogik an der Frankfurter Goethe-Universität, hier gründete er 1976 den Lehrstuhls „Pädagogik: Dritte Welt“. Ernest Jouhy starb im Jahre 1988.

1. Emigration aus NS-Deutschland

Ernest Jouhys Leben knapp darzustellen bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Ein ausführliches Interview über seinen Lebensweg von aus dem Jahr 1973 gibt entscheidende Hinweise. Bereits als Schüler engagiert er sich, wie er sagt aus jüdisch-demokratischer Tradition, gegen die deutschnationale Reaktion, die er schon als Sechzehnjähriger im Jahr 1928 nicht nur in Hindenburg repräsentiert sah. Die erste dokumentierte Auseinandersetzung betrifft Turnvater Jahn. Der Schüler Ernst Jablonski, wie Jouhy zunächst hieß (der Name Ernest Jouhy war sein Deckname in der französischen Resistance), nahm es nicht hin, dass 1928 an seiner Schule nicht der Gründung der Weimarer Republik gedacht, sondern der deutschnationale „Turnwüterich Jahn“ und die „Qualitäten der deutschen Rasse ‚frisch, frei, fröhlich, fromm‘ “ gefeiert werden sollte (Nicht auf Tafeln zu lesen…, S. 125). Jouhy organisierte eine Gegenveranstaltung. Durch die politischen Auseinandersetzungen und ununterbrochenen Diskussionen in Berlin organisiert er sich in einer kommunistischen Schülergruppe als Teil der KPD; von der Universität wird er 1933 als Kommunist relegiert.

2. Im von Nazi-Deutschland besetzten Frankreich

Die Emigration nach Frankreich, die Erfahrungen mit einem Land mit einer anderen Geschichte und einer anderen aktuellen Arbeiterbewegung prägten Ernest Jouhy nachhaltig. Auch später wird er immer wieder den Blick auf Frankreich und dessen wesentlichen Unterschiede zu Deutschland lenken. Er promovierte an der Universität Sorbonne in Psychologie, bekannte sich zum Freud-Schüler Alfred Adler und thematisierte Macht und Ohnmacht als eine der Kernfragen der Menschheit. (Alfred Adler, nach seinem Bruch mit Freud 1911 und seinem Siegeszug im sozialdemokratischen Wien nach 1919 eine weithin anerkannte Persönlichkeit, brach deutlich mit dem Marxismus und seinen sich auf den Marxismus berufenden Mitstreitern.) Die Jahre vor dem Einmarsch der deutschen Truppen ließen ihn die Abwehraktionen gegen den französischen Faschismus erleben. Die Erfahrung der gemeinsamen Aktion über Parteigrenzen und ideologische Differenzen hinweg ließ ihn sein Leben lang nicht mehr los.

Bereits nach dem Pogrom im November 1938 hatte Jouhy in der Nähe von Paris ein Heim für elterlose jüdische Kinder, die aus Deutschland nach Frankreich geschafft worden waren, mit dem Namen „Kinderrepublik“ gegründet. Ernst Jouhy selbst berichtete:

„Ab November 1942 gab es Razzien zur Deportation der jüdischen Bevölkerung. Ich war zu dieser Zeit pädagogischer Leiter eines jüdischen Kinderheims in Mittelfrankreich. Bei der ersten Razzia in unserem Heim wurden zwei Dutzend Kinder, Stefan Hermlin und ich in ein Durchgangslager gebracht. Nur Hermlin und ich wurden nicht deportiert, und das trotz meines Versuchs bei der französischen Lagerverwaltung, bei den Kindern bleiben zu können. Wieder im Heim zurück, organisierten wir bei jeder Warnung, die wir über Widerstandsleute in der Polizeiverwaltung bekamen, den Exodus der namentlich gesuchten Kinder. Wir gingen mit ihnen – es war Winter - die Nächte durch in die Wälder. Die jüngsten waren sieben Jahre alt. Im Februar gab es fünf Alarmnächte. Dann dachte ich, eine Nacht ausschlafen zu können. Ohne Alarm kamen Gendarmen, mich allein zu verhaften. Ich sollte als Antifaschist ausgeliefert werden. An der Dorfstraßenkreuzung, wohin sie mich brachten, standen alle großen Jungen unseres Heims. Ich lief um mein Leben, und die Jungen sprangen vor die Revolver der Gendarmen, um zu verhindern, dass sie mich trafen. Dann versteckte ich mich in der Scheune eines Bauern. Meine Frau besorgte falsche Papiere. In die Blankopapiere trugen wir den Namen Ernest Jouhy ein, damit die Initialen mit denen in der Wäsche übereinstimmten.“

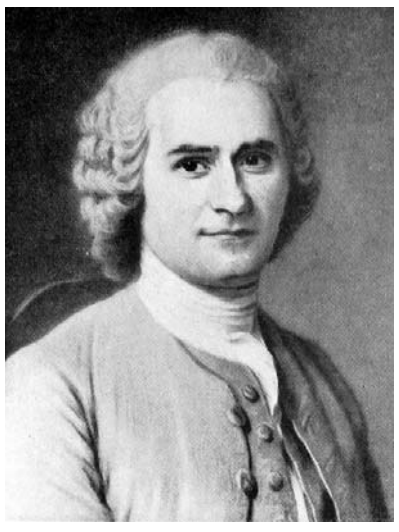
Diese erste große pädagogische Station im Leben Jouhys zeigt deutlich, wie Pädagogik unter den Bedingungen gesellschaftlicher und politischer Zwänge, von denen nicht abstrahiert werden kann, zu arbeiten hat. Alfred Adlers Ansatz, die Ohnmachtserfahrung, wurde in dieser extremen Situation täglich praktisch fühlbar.

Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer

„Alphabet“ – Film – Regie: Erwin Wagenhofer

„Der natürliche Mensch ist ein Ganzes für sich; er ist die numerische Einheit, das absolute Ganze, das nur zu sich selbst oder zu seinesgleichen in Beziehung steht. Der bürgerliche Mensch ist eine gebrochene Einheit, welche es mit ihrem Nenner hält, und deren Wert in ihrer Beziehung zu dem Ganzen liegt, welches den sozialen Körper bildet. Die guten sozialen Einrichtungen vermögen den Menschen am ehesten seiner Natur zu entkleiden, ihm seine absolute Existenz zu rauben, um ihm dafür eine relative zu geben, und das Ich in die allgemeine Einheit zu versetzen, sodass sich jeder Einzelne nicht mehr für eine Einheit, sondern für einen Teil der Einheit hält und nur noch in dem Ganzen wahrnehmbar ist.“

Das Ganze, von dem Rousseau hier spricht, heißt heute „die“ Wirtschaft, die relative Existenz eines jeden wird hergestellt durch einen universalen Mechanismus, den man als Konkurrenz kennt und die „gute soziale Einrichtung“, durch welche die Reduktion des „natürlichen Menschen als einer Einheit“ auf eine bloß relative Existenz vonstattengeht, findet man in der Schule und dem Ganzen der schulischen



Jean-Jacques Rousseau

Selektionsmechanismen, so wenigstens könnte eine zeitgemäße Deutung der zitierten Worte des Aufklärers Jean-Jacques Rousseau gehen.

Soweit der Film „Alphabet“ von Erwin Wagenhofer mit seinen Bildern den gerade dargestellten Zusammenhang zur Anschauung bringt, ist sein gedanklicher Gehalt reinster Rousseau. Jean-Jacques Rousseau, der keine allgemeine öffentliche Schule kannte, der ganz ohne die Erkenntnisse der modernen Hirnforschung auskommen musste, hat in seinem Erziehungsroman *„Émile oder über die Erziehung“* die natürliche Entwicklung des heranwachsenden Menschen in den Mittelpunkt gestellt und zum absoluten Maßstab aller pädagogischen Einwirkungen oder besser: Hilfestellungen gemacht, denn schon für Rousseau galt, dass der „Lehrer“ viel eher eine Art Lernbegleiter zu sein habe, wie es postmodern heißt, und dafür Sorge tragen solle, dass die naturgegebene Entfaltung der menschlichen Anlagen die passende Unterstützung erfahre.

Wagenhofers Film bringt in dieser Hinsicht nichts sensationell Neues, versucht aber das zu philosophischem Dünnbier gestreckte aufklärerische Erbe Rousseaus sensationell herauszuputzen. Rousseau hatte immerhin noch das ***ganze*** Kind mitsamt seinem Körper und dessen Bedürfnissen und unvermeidlichen Leiden im Blick, als er seinen detaillierten Erziehungsplan entwarf. In „Alphabet“ werden die Kinder dagegen darauf reduziert, allein körperliche Hüllen von ***Gehirnen*** abzugeben, deren optimale Entwicklung als alleiniges Ziel menschlicher Entwicklung aufscheint. Dafür sorgt alleine schon die szenenfüllende Präsenz des Hirnpropheten Gerald Hüther, der, ohne je die tiefen Täler und Niederungen täglicher (schul)pädagogischer Praxis durchschritten

Erwin Wagenhofer

zu haben, eine öffentlichkeitswirksam inszenierte Spätberufung zum Erziehungsguru publizistisch auszuschlachten weiß. Gegen Hüther und seine universal ausgezogenen Horizonte einer friedvoll-harmonischen „hirngemäßen“ Non-Erziehungswelt sieht jede beamtete oder angestellte Lehrkraft in der Republik notgedrungen alt und erbärmlich aus und steht als abgestumpfter, seiner eigentlichen Lebendigkeit beraubter Pauker da.

Der Trick an Wagenhofers Film ist die begriffslose Entgegensetzung von Extrembeispielen, die keine Vermittlung mehr zulassen. Den chinesischen „Lernfabriken“ mit ihrem durch entsprechende Kameraführung sinnfällig gemachten Leiden der Insassen/-innen wird die Idylle des zwanglosen *„Malortes“* von Arno Stern in Paris gegenübergestellt; dem gütigen Gesicht des in lebenslangem Einsatz für die Freiheit des Menschen ergrauten Greises Stern stehen die kantigen Profile von Bildungsmanagern und McKinsey-Aspiranten/-innen gegenüber; dem humanistischen Pathos der Stimmen aus dem Off werden die nur noch zynisch wirkenden Erfolgsformeln junger Management-Einsteiger/-innen entgegengesetzt. Von penetranter Zudringlichkeit ist die Kameraaufzeichnung der Gesichter von Prüflingen, mit der die stresserfüllte Anspannung und das innere Leiden unter dem Paukregime „dokumentiert“ werden sollen. Mindestens ist dem Film vorzuwerfen, in höchsten Graden manipulativ zu verfahren, da die Wertungen, zu denen das Publikum „erzogen“ werden soll, nicht nur von vorneherein feststehen, sondern durch entsprechendes Bild- und Tonmaterial den Sprechtexten so unterlegt werden, dass der Zuschauer nur den Intentionen des Filmemachers zustimmen kann, will er sich nicht als moralische Sau fühlen, die für die geistige Vergewaltigung von hoffnungsvollen kleinen Erdenbürgern/-innen eintritt.

Dabei zeichnet den Film eine eigentümliche Wahllosigkeit aus. Der ehemalige Personalvorstand der Telekom und Bologna-Fan Thomas Sattelberger, der sich mit 63 aus dem aktiven Geschäft zurückgezogen hat, um nun „das“ System kritisch anzugehen, darf ausführlich „unsere“ vom System darniedergehaltenen ***„Begabungsreserven“*** beklagen und sich dabei einen humanistischen Anstrich geben. Ist es zu weit hergeholt, sich hier an den *elder statesman* erinnert zu fühlen, der nach Beendigung seiner „erfolgreichen“ aktiven Karriere als Kriegsminister, in der er die flächendeckende Zerstörung weiter Landstriche eines südostasiatischen Landes und die dazugehörige Ermordung zahlloser Zivilisten betrieb, im Alter seine „humanen“ Regungen entdeckte und (beispielsweise, aber nicht nur) als Weltbankpräsident zwanghaft „Gutes“ tat?

Der Film vollbringt das Kunststück, von der selektiven Zurichtung des größten Teils der Menschheit für ein Leben ohne Glück, in Abhängigkeit und Armut (die fallweise eindrucksvoll ins Bild gesetzt wird) zu berichten, ohne auch nur einmal die Existenz sozialer Klassen auf diesem Planeten zu erwähnen, ohne jeglichen Verweis auf die entsprechenden mächtigen Interessen, die hinter den dargestellten Verhältnissen stehen. Das von Wagenhofer zur Anschauung gebrachte Szenario der Unterwerfung von Menschen unter das Regime einer bedingungslosen Konkurrenz verdankt sich ausschließlich dem „Wirtschafts***denken***“, der falschen ***Sicht*** auf den Menschen: Ein Reich der geistigen Gespenster, in dem es nun endlich einmal darum gehe, ein ***neues Denken*** einkehren zu lassen, damit alles gut werde! Einzig der Ex-Telekomianer spricht davon (man sieht es seinem würgenden Gesichtsausdruck an, wie schwer ihm das Unwort durch die Stimmritze passt), dass es einer ***„Revolution“*** bedürfe, um die erstarrten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, aber – das fügt er schneller, als das Unwort herausgewürgt ward, hinzu – selbstverständlich keiner „Revolution von ***unten***“, sondern einer von „oben“. Als ob man nicht schon von den „Reformen“ von oben her genügend darüber Bescheid wüsste, was auf die Mehrheit der Menschheit aus dieser Himmelsrichtung zukommt! Aber woher soll auch einer, der für die Telekom den obersten Personal-Drangsalierer gegeben hat, etwas von Demokratie verstehen!

Perfide wird das mit vielen schönen Erbauungsszenen arbeitende Filmchen von Wagenhofer dort, wo es den Gipfel des Bösen, das die Welt in seinen Ketten hält, ausgerechnet in ***China*** entdeckt, wo die Filmhandlung ihren Anfang nimmt. Ausgerechnet China, bekanntermaßen das Land, wo die vermaledeite „asiatische Massenseele“ haust, gegenüber der das im Westen so hochgeschätzte Individuum noch nie eine Chance hatte!

Perfide ist dieser Einstieg nicht nur deshalb, weil er sich an die sorgsam gepflegten ideologischen Feindbilder in dieser Richtung manipulativ andockt, sondern vor allem darum, weil es der europäische Imperialismus gewesen ist, der durch die Zerstörung des subtil austarierten paternalistischen Systems des alten chinesischen Kaiserreichs mit militärischer Gewalt, strategisch betriebenem Drogenhandel in riesenhaftem Stil und schließlicher Warlordisierung des Landes ein knappes Jahrhundert massenhaften Elends und Todes über ***den*** Kulturschaffer und – bringer der Menschheit heraufbeschwor. Ein Elend, aus dem die chinesische Nation nach unermesslichen Opfern und Anstrengungen dabei ist sich wieder zu erheben. Geschichtsblindheit ist hier das Mindeste, was man dem Film vorzuwerfen hat. Dies gilt auch für die Darstellung des Schulwesens in Europa als einer ***ausschließlich*** zur militärischen Ab- und Zurichtung von Menschen gedachten Institution, ohne zu berücksichtigen, um wie viel größer das massenhafte Elend einer Kindheit unter barbarischen Arbeitszwängen war, das der Schulpflicht voranging! Zynisch betrachtet, könnte man die Botschaft des Films, nur ein Leben ohne Schule sei lebenswert, auch einmal so verstehen, dass dann ja wohl die geschätzten 75 Millionen Kinder, die weltweit ohne Schulbildung auskommen müssen, am besten dran seien.

„Alphabet“ klingt aus in der warmherzigen Schilderung der selbstgewählten Handwerkerexistenz eines Autodidakten und da bleibt er dann auch stehen: Bei reaktionärem Idyllenquark, der sich um die Frage drückt, wie und was Kinder zur Bewältigung der Probleme in der modernen Welt jetzt und in Zukunft lernen sollen und wie die dazu geeigneten Lernumgebungen beschaffen sein müssen. Angesichts dieser durch naturromantische Feld-Wald-Wiesenpanoramen untermalten reaktionären Sehnsucht nach einer heilen Welt liegt die Befürchtung nahe, dass auch hier ein neuer Kulturkampf betrieben wird, dem das Konzept einer ***Entschulung*** der postmodernen Zivilisation zum ideologischen Steigbügel der finanzpolitisch gewünschten Zerstörung des öffentlichen Schulwesens wird. Allen diesen Bestrebungen kann daher nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Dass sich unabhängig davon die Frage stellt, wie ein menschengerechtes Schulsystem auszusehen hat und welche Veränderungen dafür in die Wege geleitet werden müssen, ist unstrittig. Dafür bedarf es nicht der Neurovisionen eines Gerald Hüther.

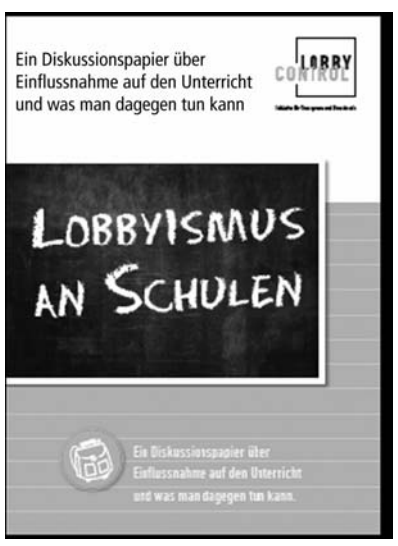
Ernst Olbrich

VOLKSINITIATIVE

Pro G9: Mehr Zeit für gute Bildung!

www.ProG9.d

Sammelt weiter (möglichst beglaubigte) Unterschriften für das Volksbegehren!
Bis Juni 2014 brauchen wir 90.000 Unterschriften!



Aus dem Inhalt

Lobbyismus an Schulen – Wo gibt's denn so was?!
Professioneller und offensiver – Was sich verändert hat
Warum Lobbyisten an Schulen aktiv sind
Risiken und Nebenwirkungen – Das sind die Gefahren
Wie und wo Einfluss genommen wird
So öffnet sich die Schultür
Was tun?! Unsere Forderungen
Fazit

Blockupy 2014: Die Vorbereitungen haben begonnen

Die Konferenz „Resistance in the heart of the European crisis management" vom 22. – 24. 11. 2013 in Frankfurt

Wer die Liste der Akteure auf der Blockupy-Vorbereitungskonferenz vom 22. – 24.11.2013 im Studierendenhaus der Uni Frankfurt durchlas, konnte feststellen, dass Repräsentanten einer linken Opposition Frankreichs unter den Einzelpersonen und mitwirkenden Organisationen nicht zu finden waren, britische im Übrigen auch nicht. Stattdessen fanden sich Akteure aus Staaten, die zum europäischen Kreis der sogenannten früheren „Anwerbeländer" gehörten, aus denen die „rheinische" Bundesrepublik selig bis 1973 die industrielle Reservearmee ihrer aufstrebenden Konzerne gewann. Außerdem waren Vertreter/innen der anti-neoliberalen Opposition aus Ungarn und Bulgarien gekommen, zwei Länder aus der Konkursmasse des Realen Sozialismus, die zum mittlerweile ostwärts ausgeweiteten Einflussgebiet der europäischen Großmacht Deutschland zählen.

Verdacht erregend war in diesem Zusammenhang die mehrfach wiederholte Beteuerung des Syriza-Mitglieds Yiannis Bournos im Workshop *„Die Rolle Deutschlands in der Krise"*, es gehe in der gegenwärtigen Situation nicht um „nationale Lösungen", weil es auch nicht um Ursachen gehe, die in Fehlern der jeweiligen nationalen Politiken zu finden seien. Sind – die Frage muss hier schon erlaubt sein – Vertreter der französischen Linken deswegen nicht unter den Blockupy-Mitwirkenden zu finden, weil mit Frankreich immerhin ein, bei allen Problemen, machtvoller Konkurrent Deutschlands in der EU vorliegt, der sich durchaus noch nicht sämtlichen neoliberalen Pressionen aus Brüssel zu beugen bereit ist? Frankreich hat mit seiner EU-Mitgliedschaft seit jeher Ziele auf eigene nationale Rechnung verfolgt und besitzt deswegen auch stärker als die von der Wucht des deutschen Kapitals in die Knie gezwungenen Nationalökonomien der „Süd-EU" eine Linke, die durchaus noch von nationalen Lösungen angesichts der um sich greifenden Krisenerscheinungen träumt.

Weitere respektlose Fragen seien in diesem Zusammenhang doch erlaubt.

Z. B. die, ob derjenige, der sich für die Krisen der südeuropäischen Nationalökonomien nur „europäische" Lösungen vorstellen mag, nicht das strategische Kalkül der wirtschaftlichen und politischen Machteliten Deutschlands (und der EU) um kritische Verbesserungswünsche von unten ergänzt. Immerhin ist doch die Berufung auf „Europa" und die Interessen der „europäischen Einigung" seit jeher das *urdeutsche Ticket*, auf dem die Bundesrepublik durch die Nachkriegsjahre und die ihnen folgenden Jahrzehnte segelte, um so ihren Wiederaufstieg zur europäischen Hegemonialmacht zu betreiben. Warum also eigentlich – z. B. im Falle Griechenlands – keine nationalen Lösungen, wenn dies gleichzeitig bedeuten würde, Maßnahmen einzuleiten, mit denen die destruktive Dominanz des deutschen Austeritätsprojektes eingeschränkt werden könnte? Immerhin ging und geht die Unterwerfung Griechenlands unter das Troika-Regime mit einer massiven Einbuße an demokratischer Legitimation der Exekutive einher, wie auch auf der Konferenz in verschiedenen Beiträgen immer wieder deutlich wurde. Man erinnert sich noch gut an den Aufschrei der „Spar-Europäer", als die letzte griechische Regierung die Troika-Pläne dem demokratischen Votum einer Volksabstimmung unterstellen wollte und diese Aufmüpfigkeit des griechischen Souveräns in den Zentralen der Euro-„Retter" gar nicht gut ankam. Unterdessen erlebt Griechenland den Übergang zu einem Notverordnungsregime, das an die Untergangsphase der Weimarer Republik erinnert und in dessen Rahmen das Parlament in Gefahr gerät, zunehmend auf eine Fassadenveranstaltung reduziert zu werden. Wären nicht „nationale" Lösungen in diesem Kontext auch der Weg hin zu einem Rückgewinn an Demokratie?

Das Regime des Lissabon-Vertrages

Natürlich ist dem Syriza-Vertreter zuzustimmen, wenn er darauf besteht, dass die Krisen der griechischen, der portugiesischen usw. Ökonomien nicht „hausgemacht" sind, sondern ihnen der Vertrag von Lissabon zugrunde liegt, mit seinem Anspruch, aus der EU den *„wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt"* zu machen. Ein Vorhaben zur Verschärfung der Konkurrenz nach *außen und innen*, eine veritable Drohung, die vor allem die aufstrebende Wirtschaftsmacht China als Widerpart und Maßstab ins Visier nimmt. Weiterhin ist Yiannis Bournos' Schlussfolgerung aus diesem Vorhaben nicht von der Hand zu weisen, dass die Intentionen des Lissabon-Abkommens nur mit einer radikalen Absenkung der europäischen Kosten für den Faktor Arbeit zu haben sein werden, was auf die Einführung „chinesischer" Verhältnisse auf dem europäischen Arbeitsmarkt hinausläuft. Wie in der FLZ berichtet, macht Griechenland hier schon seit einiger Zeit einschlägige Erfahrungen im Hafen von Piräus mit der chinesischen Großreederei Cosco.

Arbeitslose heute – Wanderarbeiter/-innen morgen?

Vielleicht sollte man sich in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken vertraut machen, dass die Zeit für fraglose Sozialstandards in Europa nach dem Willen der Euroschöpfer endgültig abgelaufen ist. Ernst zu nehmen ist die Angst davor, dass die Massen der in Südeuropa buchstäblich auf die Straße geschmissenen Beschäftigten die Anfänge einer europäischen Arbeits-Reservearmee von Wanderarbeitern/-innen darstellen. Sie als die Ausgemusterten der Eurokrise wären dazu ausersehen , um der nackten Selbsterhaltung willen ihre Arbeitskraft zu Bedingungen ausnutzen zu lassen, die nur geringfügig über dem Elend von Obdachlosen und brasilianischen Favela-Bewohnern/-innen, ein Elend, in welches sie in Zeiten erzwungener Beschäftigungslosigkeit ohne Überlebensgarantien periodisch hineingedrückt würden. Der globale „Bildungsexperte", der das auf PISA-Niveau getrimmte europäische Schulsystem an der angeblichen Integrationsfähigkeit chinesischer Großstädte für den Nachwuchs von Wanderarbeitern/-innen ausrichten will (laut seinen Aussagen in der FR vom 16. 08. 2013), steht in Form des deutschen PISA-Koordinators Andreas Schleicher schon in den Startlöchern. Wer all dies für düstere Verschwörungstheorien aus den Köpfen von Paranoikern hält, dem seien beispielsweise die öffentlich in der SZ vom 22. 11. 2013 ausgeplauderten Ideen des Präsidenten des International Institute of Strategie Studies in London, François Heisbourg, für eine Post-Euro-EU zur Kenntnisnahme empfohlen. Heisenbourg nämlich erklärte dort: *„Funktionieren kann das"* [der Euroausstieg, FLZ] *„allerdings nur, wenn Frankreich sich gleichzeitig zu umfassenden Reformen verpflichtete -Hartz l bis IV sozusagen, das Programm des Gallois-Berichts, mit dem die Arbeitskosten drastisch gesenkt würden."* So artikulieren sich die sehr bewussten Planungsideen zur Verbreitung von weiterem massenhaften Elend als edle Verpflichtung der Strategen in London.

Blockupy 2012 in Frankfurt am Main

Jedenfalls lassen die von Bournos skizzierten Worst-Case-Szenarios die zentrale Wichtigkeit einer auf der Konferenz geforderten „linken" Position in der europaweiten Migrationspolitik in einem neuen Licht erscheinen. Wenn es auf irgendeinem Gebiet darum zu gehen hätte, nationale „Egoismen" gründlich zu diskreditieren und ihre institutionellen Verlaufsformen abzubauen, dann hierbei. Zurzeit jedenfalls wird hier unter Ausnutzung primitivster rassistischer Vorurteile die Illegalisierung auch der europainternen Arbeitsmigration betrieben, um auf diese Weise die Betroffenen der sich ausbreitenden Massenarbeitslosigkeit, häufig aus den früheren Ländern des Realen Sozialismus, abgewertet als „Zigeuner", unter ein Migrationsregime zu pressen, das sie sämtlicher, mit dem ökonomischen Zwang zur Lohnarbeit verbundenen Rechte beraubt. So werden sie zum umso willfährigeren Opfer skrupelloser Ausbeuter. Hier ist auch eines der zentralen Themenfelder eines entschiedeneren Kampfes gegen Rechts und eines wiedererstarkenden Nazitums zu sehen, das seine Erfolge zu einem wesentlichen Anteil aus der „Verteidigung" von hermetisch gegen „Ausländer" abgeschlossenen nationalen Arbeitsmarktes und der dazu gehörigen rassistischen Gewalt bezieht.

Durch Selbsthilfe zu einer Erneuerung der Demokratie?

In der Eröffnungsveranstaltung betonten die Vertreter aus Italien und Griechenland neben ihren eindrücklichen Beschreibungen des sich ausbreitenden Elends in ihren Ländern, dass in den von der Troika und verwandten Deregulierern geschaffenen Verhältnissen auch Funken der Hoffnung aufblitzten, da Menschen – dazu gezwungen, in ihren Nachbarschaften und anderen Bezugssystemen Überlebensstrukturen zur Kompensation ausfallender staatlicher Einrichtungen zu schaffen – beginnen, sich selbst zu organisieren, neue Formen der Kooperation und der direkten Demokratie zu entwickeln und so eine Autonomie gewinnen, die ihnen unter dem bisherigen staatlichen Regime verwehrt blieb.

Der Vertreter Italiens auf dem Eröffnungspodium betonte die – noch? – deutlich weniger dramatische Situation der Menschen dort im Vergleich zu Griechenland und erklärte, man habe es in Gestalt der Krise mit einem riesenhaften, tiefgehenden Prozess der Neujustierung der Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen zu tun, der europaweit verlaufe und alle Länder betreffe, wenn auch in unterschiedlichen Graden.

Als typische Merkmale benannte er weiterhin auch in Deutschland sattsam bekannte Erscheinungen wie die Umwandlung öffentlicher Güter in private und die Privatisierung von öffentlichen Diensten. Deren Konsequenzen führten zu einer Vielzahl einzelner Kämpfe auf unterschiedlichen Ebenen lokaler, regionaler und überregionaler Art. Sie drehen sich darum, soziale Existenzbedingungen und Rechte zu verteidigen wie z. B. bei Hausbesetzungen, um das Recht auf Wohnraum zu verteidigen oder auch in Kämpfen zur Aufrechterhaltung der Einkommensbedingungen. Da diese im Prinzip zunächst sehr zersplittert wirkenden Kämpfe alle auf dieselben gemeinsamen Ursachen im europäischen Maßstab zurückzuführen seien, müsse man einigende Bänder entwickeln, um die einzelnen Auseinandersetzungen in einer zusammenhängenden sozialen Bewegung zu vereinigen. Nur so sei letztlich die darin liegende Macht und Dynamik zu voller Wirksamkeit zu entfalten. Lokale Aktionszentren, wie sie beispielsweise in der Existenz des Blockupy-Bündnisses vorlägen, seien wichtige Knotenpunkte einer notwendigerweise europaweiten sozialen Bewegung, aus denen Bündelungsenergien gewonnen werden müssten, die über den bloße Anlass der jeweiligen Aktionen hinausreichen müssten. Eine symbolische Aktion wie jene, die für 2014 von Blockupy aus Anlass der wahrscheinlichen Einweihung der EZB geplant und in Vorbereitung sei, solle daher auch nicht die Absicht verfolgen, mit dem Finger auf den „Feind" zu zeigen, denn wo dieser stehe, sei den Menschen ohnehin bewusst. Vielmehr habe man dem Feind die Einheit der verschiedenen Zweige der Widerstandsbewegung zu demonstrieren.

Auch wenn man Blockupy aus vielen Gründen positiv gegenübersteht, bleiben abschließend gewisse Zweifel wie z. B. der, ob man mit der EZB tatsächlich den richtigen Gegner ausfindig gemacht hat oder ob eine Aktion vor einer Lidl- bzw. ALDI-Filiale, einer Niederlassung der BASF, einer „ökologisch" unverdächtigen Produktionsstätte für Windkraftanlagen oder einem Naturkostladen nicht ebenso angebracht wäre, weil an allen diesen Örtlichkeiten (bei der BASF wahrscheinlich noch am wenigsten) auf Arbeitgeberseite sehr wohl die Gleichung beherrscht wird, nach der eine anständige Entlohnung Gift für die wirtschaftlichen Überlebensbedingungen der jeweiligen Betriebe Denn überall dort, wo man den Niedriglohn, die 450,-Eurojobberin oder einfach die prekär beschäftigte Angestellte, die aus „ökologischen" Erwägungen die eigenen Ansprüche schon selbstständig reduziert hat, vor allem anderen schätzt, ist die Krise, gegen die es geht, schon angekommen. Steckt nicht vielmehr in der Wut auf „das Finanzkapital" als dem bösen Buben und Urheber der Krise ein falsches Verständnis von der – notwendigen! – Funktion der Banken im euphemistisch „Marktwirtschaft" genannten Wirtschaftssystem und damit den tatsächlichen Gründen für die grundsätzlicher Unverträglichkeit des (neo) liberalen Freiheitsbegriffs und den Bedürfnissen der Menschheit?

Wichtig und bedeutsam bleibt an dieser Veranstaltung der Hinweis auf die außereuropäischen Krisenerfahrungen und deren Bewältigungsformen, die erheblich älter und länger anhaltend sind als das Euro-Szenario. Wenn hier in Frankfurt jetzt von fünf Jahren Krise die Rede sei, dann sei dieser Aussage damit zu begegnen, dass aus diesem Standpunkt eine ausgesprochen eurozentrische Sichtweise spreche, so jedenfalls die deutsche Sprecherin des Eu-Grenzcamps. Immer wieder kam in den verschiedenen Beiträgen der Diskutierenden das Beispiel Argentinien vor, bei dessen Zusammenbruch unter dem IWF-Regime ausgesprochen modellhafte Erfahrungen von Selbstorganisation, neuen – auch wirtschaftlichen – Kooperationsformen und demokratischer Selbstbestimmung erzielt wurden, die bis heute nachwirken, ohne dass sie in der „Ersten Welt" hinreichend rezipiert würden. Die Konferenz hatte sicher jede Menge Diskussionsthemen und –stränge zu bieten, die angesichts der gegenwärtigen Lage und der drohenden Gefahren weiter diskutiert werden müssen.

Ernst Olbrich

Militär raus aus den Schulen!

Am 8. Mai dieses Jahres wurde bekannt: die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach soll zusammen mit zwei anderen Schulen den Aachener Friedenspreis erhalten, weil sie der Bundeswehr den Zutritt zur Schule verwehrt.

Im Kollegium herrscht große Freude. Denn wir haben gute Gründe für unsere Haltung. Gleichzeitig betrachten wir den Preis als Anerkennung und Rückenstärkung für unsere Auseinandersetzung mit einer Schulleiterin, die die Meinung des Kollegiums am Liebsten totschweigen will. Ein Blick zurück.

Im März des Jahres 2011 befasst sich die Gesamtkonferenz auf Initiative der GEW-Schulgruppe mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft. Der Einsatz der Bundeswehr im Inland, die immer stärkere Unterordnung ziviler Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr („Heimatschutz"), der Einsatz der Bundeswehr in aller Welt zur Sicherung der Rohstoffversorgung und schließlich der massive Zugriff der Militärs auf die Jugend, um sie für diese Ziele zu gewinnen – das waren die Themen, mit denen wir uns auf der Konferenz auseinandersetzten. Als Ergebnis dieser Diskussion fassen wir dann mit 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen den Beschluss:

Die Gesamtkonferenz lehnt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ab und will keine Jugendoffiziere an der Käthe-Kollwitz-Schule haben.

Einen Tag später übernimmt die Schulkonferenz (einstimmig) diesen Beschluss und begründet ihn: *Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der „Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege" und vielem mehr – so als offizielle Regierungspolitik festgeschrieben im Weißbuch der Bundesregierung im Jahre 2006. Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann. Deshalb lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an die Käthe-Kollwitz-Schule kommen und stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.*

Die GEW-Schulgruppe macht die Beschlüsse dann bekannt, und die Antimilitaristen und Kriegsgegner sind bald bundesweit informiert. Unsere Beschlüsse werden weiter getragen, wir werden als Redner zu Veranstaltungen eingeladen, werden um Rat gefragt. So werden schließlich auch die Initiatoren des Aachener Friedenspreises auf uns aufmerksam.

Die neue Schulleiterin, die kurz nach unserer Diskussion an die Käthe-Kollwitz-Schule kommt, tritt zunächst nicht offen gegen unsere Beschlüsse auf. Eine Anfrage der Initiative „Bertha ohne Militär" (die gegen die regelmäßigen Auftritte der Bundeswehr an der Bertha-von-Suttner- Schule in Mörfelden-Walldorf mobil macht) wegen eines Referenten für eine Veranstaltung unterschlägt sie dem Kollegium dann allerdings. Wochen später wird uns diese dennoch bekannt und wir stellen die Schulleiterin in der Gesamtkonferenz zur Rede. Das endet schließlich darin, dass die Initiative eine Absage bekommt und uns untersagt wird, im Namen der Käthe-Kollwitz-Schule an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Wir fahren trotzdem hin, sind auf dem Podium und machen neben unserer Haltung auch das Verbot bekannt

Im Mai dieses Jahres berichten die Medien dann bundesweit, dass der Käthe-Kollwitz-Schule der Aachener Friedenspreis verliehen wird. Wir bekommen zahlreiche Solidaritätsschreiben, aber natürlich auch wütende Proteste: von der Offenbacher CDU, dem Reservistenverband, der „Jungen Freiheit", einzelnen Soldaten und anderen.

Den Friedenspreis abzulehnen, wie es die Schulleiterin der Hulda-von-Pankok Schule in Düsseldorf getan hat, das traut sich die Schulleiterin der Käthe-Kollwitz-Schule nicht. Die Empörung im Kollegium wäre zu groß. Also tritt sie die Flucht nach vorn an. Eine Delegation darf den Preis am 1. September (Antikriegstag) in Aachen entgegennehmen. Gleichzeitig werden die Beschlüsse von Schul- und Gesamtkonferenz, sowie der Schülervertretung, die einen ganz ähnlichen Beschluss gefasst hatte, unter Verschluss gehalten. Sie sind bis heute von der Schule nicht veröffentlicht worden. Dafür hat allein die GEW-Schulgruppe gesorgt.

WENN DIE OBREN
VOM FRIEDEN
REDEN
Weiß das gemeine Volk
Daß es Krieg gibt.
Wenn die Oberen den
Krieg verfluchen
Sind die Gestellungs-
befehle schon ausge-
schrieben:

Bertolt Brecht,
Svendborger Gedichte

Wir stecken heute mitten drin in der dritten Weltwirtschaftskrise. Ein Ende ist nicht in Sicht. Und wir wissen, wie der Kapitalismus seine ersten beiden Weltwirtschaftskrisen gelöst hat: mit zwei Weltkriegen. Millionen von Menschen mussten für die Profitgier des Kapitals sterben, ganze Länder wurden verwüstet. Heute nun wird das Militär in die Schulen gepresst und der Jugend die Kriegsvorbereitung als Einsatz für Frieden und Demokratie für andere Völker verkauft.

Die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr müssen fallen! Die Beschlüsse einzelner Schulen gegen diese Vereinbarungen sind nur ein erster kleiner Schritt. Wir müssen zu einer breiten Antikriegsfront kommen. Es ist höchste Zeit!

„Das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam": (Jean-Claude Junker, Premierminister Luxemburgs ehemals Vorsitzender der Euro-Gruppe, Kurier 13. 01. 2013)

Eberhard Enß
GEW-Vertrauensmann, Käthe-Kollwitz-Schule, Offenbach

Unterricht unter schwierigen Bedingungen

„Wo wohnen Sie?" - „In die Kirche." - „Fast richtig. Die Antwort lautet: Ich wohne in DER Kirche. Noch besser: Ich wohne in Frankfurt-Gutleut in der entwidmeten Kirche".

Ungewöhnlicher Unterricht: Ehrenamtliche unterrichten in einer Kirche die sogenannten Lampedusa-Flüchtlinge. Jeden Tag gibt es Alphabetisierungs- und Deutschkurse in verschiedenen Niveau-Stufen.

„Ich bin froh, die Sprache lernen zu können", so Bill, ein junger Mann aus Ghana. „Vor allem können wir hier erstmal wohnen. Und viele Menschen interessieren sich für uns". Vor ein paar Wochen sah das noch anders aus: 22 Männer im Alter von 20 bis 45 aus Ghana, Nigeria und anderen westafrikanischen Staaten haben unter einer Brücke in der Frankfurter Innenstadt übernachtet. Über Spanien und Italien waren sie nach Deutschland gekommen, um hier eine Zukunft zu finden.

Eine Pfarrerin knüpfte Kontakt zu ihnen und handelte - „Zunächst konnten die Leute in der Cantate-Domino-Kirche übernachten, um nicht draußen schlafen zu müssen", erzählt Christine Fischer, eine der HelferInnen. „Die ist aber auf Dauer ungeeignet. Jetzt haben sie erstmal in der entwidmeten Kirche eine Bleibe erhalten". Viele HelferInnen unterstützen die Flüchtlinge nach Kräften: Sachspenden werden gesammelt und verteilt, es gibt täglich eine warme Mahlzeit. Und Unterricht. „Wir wollen die Leute so wenig wie möglich bevormunden", betont Fischer. „Damit sie für sich selber sprechen und selbstbestimmt handeln können, sind Deutschkenntnisse extrem wichtig".

Die Lehrkräfte und ihre Schüler stehen dabei vor verschiedenen Herausforderungen. Von ruhiger Lernatmosphäre während des Unterrichts kann kaum die Rede sein: Im Unterrichtsraum, dem Eingangsbereich der Kirche, herrscht ein ständiges Kommen und Gehen, HelferInnen bringen Essen, Kleidung und Unterrichtsmaterial, die Presse ist oft da. Der Bildungsstand der Flüchtlinge ist zudem sehr unterschiedlich. Erst seit dieser Woche gibt es Stühle. „Aber das wird", meint Fischer optimistisch, „bald erhalten wir auch Tische, Flipchart und Beamer".

An Lehrkräften mangelt es hingegen nicht: Mehr als 50 Menschen, die mitmachen wollen, haben sich bereits gemeldet, darunter viele LehrerInnen und PädagogInnen. Für unerfahrene Lehrkräfte wird ein Deutschkurs-Workshop organisiert. „Das große Interesse ist super", so Lara Fritz vom Netzwerk „Teachers on the Road", das den Unterricht koordiniert und normalerweise Deutschunterricht in Flüchtlingsheimen in Rheinland-Pfalz und Hessen anbietet. „Wir hoffen natürlich, dass es durch die Solidarität mit den Lampedusa-Flüchtlingen zu einer dauerhaften Unterstützung von Menschen in ähnlichen Situationen kommt. Ein erleichterter Zugang zu Bildung ist für sämtliche Flüchtlinge dringend notwendig. Und eine Zukunftsperspektive".

Diese ist auch bei den Lampedusa-Flüchtlingen in der Frankfurter Kirche vollkommen unklar. Erstmal geht der Unterricht weiter. „Was ist dein Ziel?" – „Ich möchte arbeiten und in Frankfurt bleiben".

Der Autor:
Uli Tomaschowski ist Koordinator des Projekts „Teachers on the road";
Kontakt: lehreruli@googlemail.com;
Website: https://nksnet.wordpress.com

Transborder Map: **Eine Karte des Widerstandes gegen das EU-Grenzregime**

Ob an der griechisch-türkischen Grenze und in der Ägäis, in den Meerengen von Sizilien oder Gibraltar, rund um die Insel Lampedusa oder um die Enklaven Ceuta und Melilla: die Bilder an den Außengrenzen, gleichen sich. Monströse Zaunanlagen und High-Tech-Überwachung, EU-finanzierte Abschiebegefängnisse und Dauereinsätze der Grenzschutzagentur Frontex prägen die Situation. Die Ukraine, Türkei, Libyen, Tunesien, Marokko und sogar westafrikanische Länder sind aus der Perspektive der EU wesentliche Stationen der Transitmigration und sollen - mittels ökonomischem Druck und finanziellen Anreizen – so weit wie möglich in die Migrationskontrolle eingebunden werden. Diese Vorverlagerung des Grenzregimes Richtung Süden und Osten, hat tausendfachen Tod und Leid zur Folge, einkalkuliert im Sinne einer EU-Abschreckungsstrategie gegen die „illegale Migration".

Umso bedeutender erscheint, was sich in den letzten Jahren an transnationalem Widerstand entwickelt hat.

Die Nobordercamps und Karawanen in den umkämpften Grenzräumen stehen für öffentlichkeitswirksame und eher symbolische Interventionen. Aus den Kontakten haben sich zugleich längerfristige Strukturen entwickelt, die sich zunehmend besser vernetzen. Das so gewonnene Wissen findet Umsetzung z.B. in dem virtuellen Fluchthilfe-Leitfaden von Welcome to Europe, der zur konkreten Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen „on the move" nützliche Adressen und praktische Informationen aus allen wichtigen Transit- und Zielländern in vier Sprachen anbietet.

Die andauernden Kämpfe um Bewegungsfreiheit an den Außengrenzen korrespondieren mit einer Welle von Streiks, Protestcamps und Demonstrationen selbstorganisierter Flüchtlinge im Innern der EU, u.a. in Deutschland, Niederlande, Österreich, Polen und Ungarn. Die gegenseitige Inspiration ist offensichtlich, und die Kampferfahrungen aus dem Transit fließen mit ein.

In der Transborder-Map finden sich bislang nur wenige Symbole für migrantische Kämpfe im Innern der EU. Sie erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Die Karte bietet aber einen ersten Überblick über eine wachsende Anzahl sich vernetzender Initiativen in ganz Europa und darüber hinaus. Momentan ist der Aufbau einer interaktiven Plattform im Gange. Also einer Karte, die es zu ergänzen und zu aktualisieren gilt, die am Puls der Bewegungen der Migration die Widerständigkeiten in ihrer Vielfalt sichtbar macht.

http://kompass.antira.info/netzwerke/die-transborder-map/

„Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegentreten!“

Seit Wochen gehören aggressive Proteste mit Slogans wie „“Nein zum Heim“ vor Flüchtlingsunterkünften quer durch Deutschland zum Alltag. Täglich werden in Deutschland zwei bis drei politisch rechts und rassistisch motivierte Gewalttaten verübt. Es vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht Neonazis in der Provinz aufmarschieren. Sie demonstrieren vor Asylheimen mit Fackeln, wie in Schneeberg, sie organisieren Angriffe und pogromartige Stimmungen gegen Flüchtlinge nicht nur in Ostdeutschland. Es brennen wieder Flüchtlingsunterkünfte und „Roma-Häuser“, in einer Dichte vergleichbar Anfang der 90er Jahre:

- **16. 08. 2013**
  Brandsatz auf Luckenwalder „Asylheim“ (Brandenburg)
- **16. 09. 2013**
  Brandanschlag auf zukünftige Flüchtlingsunterkunft in Premnitz (Brandenburg)
- **07. 10. 2013**
  Brandanschlag auf Asylbewerberheim in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)
- **09. 10. 2013**
  Brandstiftung an von Roma-Familien bewohntem Haus in Duisburg (NRW)
- **17. 10. 2013**
  Brandstiftung auf Asylbewerberunterkunft in Gemünden am Main (Bayern)
- **19. 10. 2013**
  Brandanschlag auf Asylunterkunft in Wehr (Baden-Württemberg)
- **21. 10. 2013**
  Brandanschlag auf Sinti und Roma-Zentrum in Oldenburg (Niedersachsen)

Dass dies im Deutschland von heute möglich ist, dass die Menschen ganzer Landstriche wieder eine Art soziale Bewegung „gegen Ausländer“, geschürt von Neonazis, mittragen, ist beschämend und bedarf klarer Antworten.

Die Sorge um die Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, hat mehr als 180 Prominente aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft, 13 evangelische Bischöfe, Superintendenten und Kirchenpräsidenten im September zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Aufrufs von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Amadeu Antonio Stiftung, Pro Asyl, der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus und Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche veranlasst.
http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2013/Aufruf_Erstunterzeichner_innen.pdf

Sie erklären: *„Die Ausgrenzung von Flüchtlingen und Asylsuchenden muss beendet werden. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima des Willkommens schaffen, statt Flüchtlinge zum Problem zu erklären und rassistische Kampagnen auf dem Rücken von Schutzsuchenden zu führen.“*

Sie fordern in ihrem Appell auch, Flüchtlinge statt in „Massenunterkünften“ in „menschenwürdigen Wohnungen“ unterzubringen. Sie fordern, dass sich Asylsuchende frei bewegen können und sich nicht in einem bestimmten Gebiet aufhalten müssen. Sie wollen, dass Flüchtlinge arbeiten und zur Schule gehen dürfen und nicht jahrelang betätigungslos in Heimen herumsitzen müssen.

Die GEW hat als Bildungsgewerkschaft stets Rassismus in und außerhalb der Schule thematisiert und wird auch weiterhin ihren Beitrag zu einer demokratischen Erziehung im Sinne der Menschenrechte leisten.

Politische und konkrete Unterstützung leisten die Initiatoren des Aufrufs ebenso wie lokale Flüchtlingsinitiativen in Frankfurt.

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung
Ein rassismuskritischer Stadtrundgang

Zur bewussten Auseinandersetzung mit Flucht und Asyl möchte ein Projekt kritischer Bildungsarbeit in Frankfurt anregen, das sich in den letzten zwei Jahren etabliert hat.

Die Schwierigkeiten, denen Menschen nicht nur auf ihren Fluchtwegen begegnen, sondern auch in Zusammenhang mit dem deutschen Einwanderungssystem, bleiben oft im Verborgenen. Auf diese unbeleuchteten und häufig diskriminierenden Bedingungen möchte das Bildungsangebot aufmerksam machen und bietet hierfür einen interaktiven Rundgang an, der für die schulische und außerschulische Bildung ab Jahrgang 8 geeignet ist.

Schülerinnen und Schülern werden die Lebensrealitäten von Flüchtlingen in Deutschland ein Stück näher gebracht. Auf der pädagogisch begleiteten Spurensuche im Zentrum Frankfurts können die Teilnehmenden über mehrere Stationen verteilt lernen, wie verankert und dennoch oft unsichtbar institutionelle Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ist. Entlang symbolischer Orte, denen thematische Schwerpunkte wie Lagerleben, Residenzpflicht, racial profiling und Asylrecht zugeordnet sind, ermöglicht der Rundgang andere, ungewohnte Perspektiven auf Alltägliches. Bekannte Orte, wie die U-Bahn-Station Konstablerwache, erhalten durch die Diskussion der Mobilitätsbeschränkung für Flüchtlinge ganz neue Bedeutungen, wodurch direkte Verbindungen zum Leben der Schülerinnen und Schüler hergestellt werden. Die schwierigen Themen werden durch Übungen und Rollenspiele immer wieder praktisch erfahrbar gemacht, wenn etwa der Fluchtweg nach Deutschland zur Interaktionsgeschichte wird, in der die ganze Klasse eingebunden ist. Den Abschluss – und für viele Schülerinnen und Schüler der eindringliche Höhepunkt – bildet der Besuch im ehemaligen Polizeigefängnis „Klapperfeld“. Bis vor zehn Jahren unter anderem als Abschiebehaftanstalt genutzt, können dort heute Abschiebezellen im Originalzustand erlebt werden. Das Leben von Menschen ohne gesicherten Aufenthalt rückt so nahe an die Schülerinnen und Schüler heran, die dadurch nicht nur vielfältiges Wissen über Migration erwerben, sondern sich selbst mit dem Thema auseinandersetzen. Wichtig ist, dass der Rundgang nicht nur eine „Opferperspektive“ vermitteln möchte, sondern regt mit Verweis auf die aktuellen Widerstände und Kämpfe von Geflüchteten auch eine Diskussion über die Gestaltungsspielräume an – nicht zuletzt, um die Teilnehmenden zur Reflexion über eigene Handlungsmöglichkeiten zu bewegen.

Entwickelt und durchgeführt wird der das Bildungsformat ehrenamtlich vom Frankfurter ***Bildungskollektiv Bleiberecht***. Als GEW Mitglieder können Sie den Rundgang auch über die Bildungsgesellschaft *lea* als Abrufangebot für ihre Klasse buchen. Er kann bei Interesse gerne auf die Bedürfnisse und Voraussetzungen unterschiedlicher Altergruppen zugeschnitten werden.

Weitere Informationen und Kontakt unter:
lebenohnepapiere.antira.info

Ehemaliges Untersuchungsgefängnis „Klapperfeld“

MigrAr – Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere

Im Rhein-Main-Gebiet leben zwischen 25.000 und 50.000 „statuslose“ Menschen, sog. „Sans Papiers“ oder „Undokumentierte“. Sie arbeiten in unterschiedlichsten Branchen und Betrieben, am Flughafen oder am Bau, im Reinigungsgewerbe, in Privathaushalten, Pflege, Gastronomie und Landwirtschaft, und stellen damit eine wichtige Säule der Dienstleistungsökonomie des Ballungsgebietes dar. Seit September 2010 gibt es für sie eine kostenlose arbeits- und tarifrechtliche Erstberatung bei „MigrAr“, der „gewerkschaftlichen Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere“. Mit MigrAr decken wir eine „Lücke“ im Beratungsangebot des Rhein-Main-Gebiets ab: die Durchsetzung bestehender Arbeitsrechte unabhängig von Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis. Denn, was viele nicht wissen: Wer arbeitet, hat immer auch Rechte – selbst ohne schriftlichen Arbeitsvertrag! Jede geleistete Arbeit muss bezahlt werden, incl. Überstunden, Urlaubs- und Krankengeldansprüchen. Es gibt gesetzliche und tarifliche Regelungen für die Arbeitszeit. In vielen Branchen gibt es zudem Mindestlöhne, die eingehalten werden müssen.

Aktuell ist dies besonders wichtig für Menschen aus Osteuropa, die zwar EU-BürgerInnen sind, aber als BürgerInnen zweiter Klasse‘ oft nur einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben und meist nur als selbständige Gewerbetreibende hier arbeiten dürfen. Das wird von vielen Arbeitgebern ausgenutzt, die die Beschäftigten als Scheinselbständige auf Werkvertragsbasis einsetzen und damit die Zahlung von Sozialversicherungsabgaben und Steuern umgehen. Allein im Rhein-Main-Gebiet arbeiten lt. polizeilichen Schätzungen derzeit rund 10.000 bis 12.000 Beschäftigte auf Werkvertragsbasis, de facto meist als Tagelöhner, zu Dumpinglöhnen und unversichert. Wenn dann etwas passiert, stehen die Menschen oft schutz- und mittellos da und fallen durch alle Maschen des Sozialsystems.

Konkret unterstützen wir zur Zeit z.B.

- einen Bauarbeiter aus dem Kosovo, der schwerste Verletzungen mit bleibenden Folgen erlitt, als er beim Zusammenbruch eines Baugerüsts aus dem 4. Stock stürzte. Sein Auftraggeber hatte ihn nicht angemeldet und versichert, seinen Lohn für 14 Tage Arbeit hat er auch nicht erhalten.
- Eine Gruppe von algerischen Kollegen, die als Küchenhilfen und Kellner in einer Frankfurter Pizzeria tätig waren und um ihren Lohn für mehrere Wochen Arbeit geprellt wurden.

Bei unserer Arbeit setzen wir auf vertrauensbildende Maßnahmen und Multiplikationseffekte durch muttersprachliche Schlüssel-Kontakte in die migrantischen Communities. Arbeitsrechtliche Probleme gehen oft Hand in Hand mit sozialrechtlichen Problemen, etwa Verlust von Unterkunft oder fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung. MigrAr ist daher als Kooperationsprojekt in einem breiten Netzwerk von gewerkschaftlichen, kirchlichen, menschen- und sozialrechtlichen Unterstützerorganisationen angelegt, um den Ratsuchenden passende fachliche und sozialrechtliche Unterstützung in ihrer Sprache vermitteln zu können.

Beratung:
jeden 1. Donnerstag von 9–11 Uhr und jeden 3. Donnerstag im Monat von 17–19 Uhr
im DGB-Gewerkschaftshaus,
Servicecenter des
ver.di-Bezirks Frankfurt a. M.
und Region,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77;
Tel.: 069-25692569,
Email: kontakt@migrar-ffm.de.

Unterstützerkreis:
Aktionsbündnis gegen Abschiebung,
Apecia e.V.,
Caritasverband Frankfurt e.V.,
DGB Südosthessen,
DGB Region Frankfurt-Rhein-Main,
Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.,
Europäischer Wanderarbeiterverband (EVW),
Evangelischer Regionalverband,
FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V.,
Hessischer Flüchtlingsrat,
IG BAU Region Hessen, IG Metall Frankfurt,
Imbradiva e.V., kein mensch ist illegal Hanau,
Malteser Migranten Medizin,
NGG Region Rhein-Main,
No Border Frankfurt a.M.,
Rechtshilfekomitee e.V.,
Redaktion express,
ver.di Hessen,
ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region,
Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte e.V. und Zusammen e.V.

Nachruf auf Adi Feuster

Adi Feuster (hinter dem Megaphon) thematisch in Aktion, wenn es um prekäre Arbeit ging: „Statt Tagelöhner-Vertrag Regeleinstellung!“

Adam (Adi) Feuster, Ehrenvorsitzender des Bezirksverbands Frankfurt der GEW, ist nach langer Krankheit am 19. September 2013, im Alter von 78 Jahren, verstorben.

Adi war zunächst im Postdienst beschäftigt und bei der Postgewerkschaft organisiert. Über den außerschulischen Bildungsweg für Erwachsene wurde er zum Gymnasiallehrer mit den Fächern Politik und Sport. Er war viele Jahre Personalratsvorsitzender am Lessing-Gymnasium in Frankfurt.

In der GEW war er zunächst Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasium im Bezirksverband Frankfurt – zu einer Zeit, in der Gewerkschafter an Gymnasien eine kleine radikale Minderheit darstellten. Bei den Vorstandswahlen im BV Frankfurt im Mai 1976 wurde er als 1. Vorsitzender der Fachgruppe bestätigt. Er engagierte sich mit der Fachgruppe im Protest gegen die verordnete „Neuordnung der Gymnasialen Oberstufe“ (Kurssystem), gegen die Kursstrukturpläne sowie die sog. „Normenbücher“, deren Zweck die Vereinheitlichung der Leistungsanforderungen in der Abiturprüfung war. Ein weiteres „heißes Eisen“ war in dieser Zeit der Kampf gegen die Berufsverbote für Kollegen, die als „Linksradikale“ aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden sollten.

Als stellvertretender Vorsitzender ab 1978, ab 1982 dann als Vorsitzender im BV Frankfurt unterstützte Adi vorbehaltlos die betroffenen Kollegen und wandte sich auch innergewerkschaftlich entschieden gegen die damals vom Hauptvorstand verfügten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gegen Gewerkschaftsmitglieder, die politisch links eingestuften Organisationen angehörten.

Hauptbetätigungsfelder der GEW und somit auch ihres Frankfurter Vorsitzenden waren dann in den achtziger Jahren die Kämpfe für Arbeitszeitverkürzung und gegen die CDU-Landesregierung, die in den großen Lehrer- und Schülerstreik 1989 mündeten. Aber auch der aktive Einsatz für die Beschäftigten in prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen in ihrem Kampf für ordentliche Arbeitsverhältnisse war ihm immer wichtig. Sein besonderes Engagement galt außerdem der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität, konkret der Integration der ausländischen Lehrkräfte in den hessischen Schuldienst.

Er hat die mit dem Wechsel von der CDU zur Rot-Grünen Landesregierung 1991 verknüpften Hoffnungen für längeres gemeinschaftliches Lernen gegen ein selektives Schulwesen unterstützt. Seit 1989 trat die Frankfurter GEW unter Adis Führung offensiv für das „Projekt einer flächendeckenden Stadtteil(gesamt)schule“ ein.

Ende der achtziger und in den neunziger Jahren rückte der Kampf um gesunde Schulgebäude stärker ins Blickfeld der Frankfurter GEW. Auch hier konnte man sich im Gesamtpersonalrat und in den zahlreichen Gesprächen mit Schuldezernat und Hochbauamt auf Adis klare Parteinahme für eine schnellstmögliche Beseitigung der Asbest- und PCB-Altlasten verlassen.

Adi Feuster hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Frankfurter GEW in der innergewerkschaftlichen sowie der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung als unabhängige und selbstbewusste Gewerkschaft wahrgenommen wurde. Wichtig war dabei für ihn immer die Anbindung an die Basis der Kollegen vor Ort, an den Schulen und Bildungseinrichtungen. Adi stand dafür, dass die Auffassungen der Gewerkschaftsbasis innerhalb der repräsentativen Gremien auf Landes- und Bundesebene zur Geltung kamen. Die Personalräte sah er in der Pflicht der Kollegen an den Schulen und an ihre Voten gebunden. In gewerkschaftsinternen Debatten war Adi gefürchtet, da er seine Gegenüber wortgewaltig, nicht selten mit durchaus polemischen Attacken, in die Schranken wies. Respekt vor Autoritäten war ihm fremd. Wenn es um die Interessen der Kollegen ging legt er sich nicht nur mit dem damaligen Kultusminister Holzapfel, der Frankfurter Schuldezernentin Ebeling oder dem Leiter des Staatlichen Schulamts, Dr. Bleienstein an, sondern auch mit Gewerkschaftern der oberen Ebene, wenn sie ihm zu basisfern oder opportunistisch waren.

„Bleib wie du bist, wenn du dich änderst wirst du zu gut!“ und: „Vergiss den Kampf nicht...“ waren zwei seiner – mit einem Lächeln und Schulterklopfen einhergehenden typischen Abschiedsfloskeln. Bedingt durch seine Krankheit schied er 1994 unerwartet schnell aus allen gewerkschaftlichen Funktionen aus. Alle die ihn kannten werden seiner mit Respekt für sein Engagement und seine Leistungen gedenken, viele werden sich gerne an die Zeiten und die gemeinsame Arbeit mit Adi erinnern.

Hans Wedel/
Christoph Baumann

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ und weitere Termine finden Sie auf unserer Homepage: www.gew-frankfurt.de

Ankündigung **Bezirksdelegierten-versammlung des BV Frankfurt**

Montag, den 17. 02. 2014, von 9 – 16 Uhr im DGB-Haus

Am 17. 02. 2014 wird die nächste Bezirksdelegiertenversammlung (BDV) stattfinden. Hier wird der Bezirksvorstand (BVo) über die Arbeit der vergangenen 2 Jahre Rechenschaft ablegen, und ein neu-er BVo soll gewählt werden. Außerdem soll über den aktuellen Stand der Schulentwicklung in Frankfurt informiert und diskutiert werden.

Die GEW-Schul- und -Betriebsgruppen sollen Delegierte für diese BDV wählen (auch die Wiederwahl der bisherigen Delegierten ist möglich). Jede Schul- und Betriebsgruppe entsendet pro angefangene 10 Mitglieder eine(n) Delegierte(n). Eine Aufforderung zur Delegiertenwahl ist den Schul- und Betriebsgruppen bereits zugegangen. Auch Mitglieder, die keiner Schul- oder Betriebsgruppe angehören (dies ist der Fall, wenn es in einem Betrieb nur ein oder zwei GEW-Mitglieder gibt) oder die arbeitslos sind oder aus Alters- oder anderen Gründen bereits nicht mehr im aktiven Dienst sind, können Delegierte nach dem genannten Personalschlüssel (je angefangene 10 Mitglieder ein(e) Delegierte(r)) wählen. Eine Wahlversammlung für die Gruppe der Pensionäre (bzw. Rentner bzw. KollegInnen, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind) findet am 20. 01. 14 statt – eine Einladung hierfür erfolgt noch per E-Mail. Eine Wahlversammlung für die anderen genannten Einzelmitglieder hat bereits am 05. 12. stattgefunden.

Die gewählten Delegierten haben für den Tag der BDV das Recht auf Dienstbefreiung. Diese kann entweder formlos (bisweilen gibt es auch schulinterne Antragsformulare) oder unter Benutzung des der Einladung beiliegenden Formulars beantragt werden. Die Dienstbefreiung kann nur aus wirklich schwerwiegenden dienstlichen Gründen verweigert werden – bloßer Unterrichtsausfall reicht hierfür als Begründung keinesfalls aus. Sollte ein(e) Schulleiter(in) bzw. sonstiger Vorgesetzte(r) hier Schwierigkeiten machen, benachrichtigt bitte sofort die Rechtsberatung des BV Frankfurt.

Vorstandspositionen, die auf der BDV zu besetzen sind

In § 9 unserer Satzung heißt es: „§ 9 Zusammensetzung des Vorstands
Der Vorstand besteht aus:

1. dem/der 1. Vorsitzenden
2. zwei stellvertretenden Vorsitzenden
3. dem Geschäftsführer/der Geschäftsführerin
4. dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin
5. dem Schriftleiter/der Schriftleiterin der FLZ
6. dem Leiter/der Leiterin der Abteilung Rechtsschutz
7. den Leiterinnen und Leitern der Referate:
   a) Schule und Bildung
   b) Tarif, Besoldung, Beamtenrecht
   c) Weiterbildung und Bildungsmarkt
   d) Mitbestimmung und gewerkschaftliche Bildungsarbeit
   e) Umwelt/Arbeitsschutz
   f) Kommunale Angelegenheiten
8. den Vorsitzenden der Fachgruppen [...]
9. den Vorsitzenden der Personengruppen [...]“

Die Positionen zu Nr. 8 und 9 werden von den Fach- bzw. Personengruppen selbst gewählt und auf der BDV lediglich bestätigt.

Unmittelbar von der BDV gewählt werden die oben unter Nr. 1 bis 7 genannten Positionen.

Zu allen Positionen ab Nr. 3 sollen zusätzlich Stellvertreter(innen) gewählt werden.

Anstatt der genannten Positionsinhaber und deren Stellvertreter können aber auch Teams von bis zu 3 Personen gewählt werden (dies gilt auch für die Vorsitzenden). Dies ist beim jetzigen BVo bei allen Positionen der Fall.

Wir rufen dazu auf, Kandidaten vorzuschlagen oder selbst zu kandidieren. Jede Gliederung des BV Frankfurt (z.B. Schulgruppen), aber auch jedes Mitglied, haben das Recht, Vorschläge zu machen. Jede(r) hat auch das Recht, selbst seine bzw. ihre Kandidatur zu erklären.

Kandidaturvoschläge sollen dem Bezirksverband bis zum 20. 01. mitgeteilt werden, damit sie noch den Delegierten vor der BDV mitgeteilt werden können. Es ist aber auch möglich, noch auf der BDV selbst Kandidaturen vorzuschlagen oder selbst eine Kandidatur zu erklären.

Kandidaturvorschläge des jetzigen BVo werden den Delegierten Ende Januar noch zugesandt.

KandidatInnen sind verpflichtet, selbst auf der BDV anwesend zu sein und sich auf der BDV den Delegierten vorzustellen. Für die Dienstbefreiung gelten dieselben Bedingungen wie oben für die Delegierten. Wer dennoch an der Teilnahme verhindert ist, also absolut keine Möglichkeit hat zu erscheinen, muss seine Bereitschaft zur Kandidatur in schriftlicher Form erklären und die Erklärung rechtzeitig dem Bezirksverband zuleiten.

Anträge für die BDV

können von allen Schulgruppen, Betriebsgruppen, dem BVo, aber auch von allen einzelnen Mitgliedern dieser Organe sowie von allen Delegierten der BDV gestellt werden. Anträge sollen bis zum 20. 01. bei dem BV Frankfurt eingereicht werden, damit sie den Delegierten noch vor der BDV mitgeteilt werden können.

Es ist auch möglich, unmittelbar vor der BDV selbst Anträge zu stellen; diese werden jedoch nur dann behandelt, wenn die BDV zu Beginn ihrer Sitzung deren Dringlichkeit anerkennt.

Protest gegen Stellenkürzungen

Sehr geehrte Damen und Herren,
gerüchteweise ist durchgedrungen, dass in den schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen derzeit über den Abbau von 3000 Lehrerstellen beraten wird. Wenn das auch offiziell noch dementiert wird, so gehe ich trotzdem davon aus, dass es der Wiesbadener Kurier nicht vollkommen aus der Luft gegriffen hat.

Ich fasse es nicht!!
Ist Ihnen denn nicht bekannt

- dass für den Ausbau von Ganztagsschulen dringend mehr Lehrkräfte benötigt werden?
- dass für die Umsetzung der Inklusion *mindestens* das bisherige Niveau der Lehrerversorgung im Bereich des Gemeinsamen Unterrichts notwendig ist, und zwar *flächendeckend*, und dass alles andere, insbesondere die seit einem Jahr laufenden Spar- und Umverteilungsmaßnahmen in diesem Bereich, ein Verrat an den Kindern – behinderten wie nicht behinderten – ist?
- dass angesichts der Rechtsprechung im Bereich der befristeten Verträge es erforderlich ist, Vertretungsreserve in Form von festen Stellen zur Verfügung zu stellen, was auch inhaltlich geboten wäre und verwaltungstechnisch eine riesige Entlastung in den Schulen und den Staatlichen Schulämtern bedeuten würde, ganz abgesehen davon, dass die unselige Praxis, befristet Beschäftigte vor den Sommerferien zu entlassen und sie den Arbeitsämtern und damit der Gemeinschaft der Versicherten zu überlassen, endlich zu beenden ist?
- dass Kinder aus sozial schwachen Familien und auch viele mit Migrationshintergrund besondere Förderung benötigen?
- dass die Klassengrößen flächendeckend verkleinert werden müssen, schon alleine, weil die Klassenräume viel zu klein sind, um mit 30 Kindern Arbeitsformen jenseits des Frontalunterrichts durchführen zu können?
- dass die Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte schon seit einigen Jahren (40-Stunden-Woche im Tarifvertrag Hessen!!!) auf sich warten lässt und umgehend umgesetzt werden muss, auch im Interesse der Gesundheit der Lehrkräfte, die bis 67 durchhalten müssen?

Ich fordere Sie auf, die so genannte „Demographie-Dividende“ für all diese Aufgaben zu verwenden, anstatt unsere Jugend kaputtzusparen. Mir sind noch die Argumente im Zusammenhang mit der Schuldenbremse im Ohr: man dürfe nicht auf Kosten der jungen Generation leben. Was aber tun Sie, wenn Sie nicht endlich an den Schulen Bedingungen schaffen, die Schule zu einem Lebensraum macht, an dem Kinder sich wohl fühlen können, anstatt von gestressten Lehrkräften in Käfighaltung bearbeitet zu werden?

Mit empörten Grüßen
Marianne Friemelt

Für die nächste Nummer vorgesehen:

US-Firma CSC (Hauptlieferant für den US-Geheimdienst) hat auch die LUSD erstellt.